MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Diskursive Technopolitik
Über den gewerkschaftlichen Kampf um Macht im Digitalisierungsdiskurs

verfasst von | submitted by

Nicolas Pretterhofer BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree programme code as it appears on the student record sheet:	UA 066 905
Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree programme as it appears on the student record sheet:	Masterstudium Soziologie
Betreut von | Supervisor:	Univ.-Prof. Mag. Dr. Bernhard Kittel

Abstract

Mit der vorliegenden Masterarbeit wird untersucht, wie Gewerkschaften in Machtkämpfen im Kontext des Transformationskonflikts Digitalisierung agieren. Mit der Ebene des Diskurses wird hierbei eine Arena in den Fokus gerückt, deren Relevanz häufig unbeleuchtet bleibt. Analysiert wird, wie industrielle Beziehungen als Formationsbedingung die Gestalt diskursiver Technopolitik prägen. Hierzu fokussiert sich die Arbeit auf das Feld Industrie 4.0 und zeigt dabei auf, wie sich gewerkschaftliche Diskursführung in Orientierung am sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss ausgestaltet und welche Implikationen damit einhergehen. Gewonnen wurden die Erkenntnisse durch die Anwendung der Wissenssoziologischen Diskursanalyse auf Mitgliedermagazine und Presseaussendungen österreichischer Gewerkschaften.

Danksagungen

Vielen Dank an Bernhard Kittel, für das hilfreiche Feedback zur Arbeit, der Arbeiterkammer Niederösterreich für die Förderung und hilfreiche Diskussion und allen, die ein bisschen drüber gelesen oder es angeboten haben.

Special Thanks an meine Schreibgenossin Hannah, so war das Schreiben immer eine Freude, an Ronja, die auf den letzten Metern noch mal hart unterstütz hat und an Magdalena, die mich zur Bildungskarenz motiviert-, meine Spompanadeln ertragen und mich immer unterstützt hat. Bussi. (geschrieben 9 Minuten vor Deadline)

„Verstrickt in die Verläufe der Diskurse, tun alle etwas und strengen sich erheblich an. Was dabei herauskommt, hat keiner gewollt.“ (Jäger 2015, S. 223)

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung: There is an alternative 4

2 Diskursive Technopolitik – Konzeptionalisierung, Relevanz und Forschungslücke... 5

2.1 Die Machtwirkung der Diskurse als Quelle von Gewerkschaftsmacht 6

2.2 Die diskursive Konstruktion der Digitalisierung 9

2.3 Forschungstand zu gewerkschaftlicher Technopolitik..... 12

3 Formations- und Kontextbedingungen diskursiver Technopolitik 16

3.1 Die Sozialpartnerschaft – Industrielle Beziehungen in Österreich 17

3.2 Österreichische Gewerkschaften im Kontext der Sozialpartnerschaft..... 18

3.3 Gewerkschaften als technopolitische Akteure 20

3.3.1 Sozialdeterminismus 21

3.3.2 Gestaltungsoptimismus..... 22

3.3.3 Mitbestimmung als Modus der Gestaltung..... 23

3.4 Kapitalinteressendominierter Digitalisierungsdiskurs als Kontext..... 24

3.4.1 Technikdeterminismus..... 25

3.4.2 Wettbewerbsfetisch..... 26

3.4.3 Kommodifizierte Partizipation..... 26

3.5 Fokussierung auf Industrie 4.0 und Forschungsfrage 27

4 Die wissenssoziologische Diskusanalyse als Forschungsprogramm..... 30

4.1 Foucault: zur Relevanz der Formationsbedingungen von Diskursen..... 30

4.2 Berger und Luckmann: zur sozialen Konstruktion der Wirklichkeit 32

4.3 Keller: zur diskursiven Konstruktion von Wirklichkeit 34

4.4 Methodische Umsetzung 36

4.4.1 Auswertungsstrategie 36

4.4.2 Auswahl des Datenmaterials und Analysestrategie 37

5 Zu möglichen Gestalten diskursiver Technopolitik..... 39

5.1 Deutungsmuster diskursiver Technopolitik 40

5.1.1 Zur Struktur gesellschaftlicher Kämpfe im digitalen Kapitalismus..... 41

5.1.2 Deutungsmuster emanzipatorischer Technopolitik 42

5.1.3 Zweierlei Ausprägungen emanzipatorischer Opposition 45

5.1.4 Die Idealtypen-Heuristik auf einen Blick 46

5.2 Subjektpositionen 47

5.3 Klassifikationsschemata im Digitalisierungsdiskurs als Querschnittsthema . 48
6 Auswertung 49
6.1 Sozialpartnerschaftlicher Klassenkompromiss par excellence? 51
6.1.1 Gestaltbare Alternativlosigkeit 51
6.1.2 Die Substituierung von Arbeitsplätzen als Gestaltungsaugtrag 54
6.1.3 Betriebliche Partizipation als Win-Win-Praxis 60
6.2 Über Problemlöser:innen und Problematisierte 62
6.2.1 Problemlösungskompetente Sozialpartnergewerkschaft 63
6.2.2 Gewinner:innen im Mittelpunkt, Verlierer:innen in Gefahr 65
7 Diskussion der Ergebnisse 67
7.1 Zur Beantwortung der Forschungsfrage 67
7.1.1 Zur Genese der Forschungsfrage 67
7.1.2 It's the Formationsbedingungen, stupid! 68
7.1.3 Erfüllte Erwartungen 72
7.2 Der Preis des Klassenkompromiss 73
7.2.1 Das Arbeitendensubjekt im Klassenkompromiss 73
7.2.2 Hegemonie der Vermarktlichung im Klassenkompromiss 76
7.2.3 Grenzen des Diskurses im Klassenkompromiss 77
8 Das Beste kommt zum Schluss 78
8.1 Limitierungen 78
8.2 Möglichkeit zur Anschlussforschung 79
8.3 Fazit und Schlusswort 81
9 Literaturverzeichnis 83
10 Tabellenanhang 103

1 Einleitung: There is an alternative

Alternativen scheinen rar, wenn es um die Digitalisierung der Arbeitswelt geht. Oft wirkt es, als wären Arbeitsmarkteffekte, neue Qualifikationsanforderungen sowie spezifische Auswirkungen auf Arbeitsbedingungen unausweichliche Begleiterscheinungen des technologischen Wandels. Derartige Betrachtungsweisen münden zwangsläufig in einem Verständnis politischer Positionierung zur Digitalisierung als logische Reaktionen auf eine alternativlose Entwicklung, deren Varianz sich ausschließlich im Bereich der Akzentuierung unterschiedlicher Interessenlagen abspielt. Das Politische scheint auf das Austarieren der Gewichtung interessenpolitischer Schwerpunktsetzung beschränkt. Darauf, dass dieser „Mythos der Alternativlosigkeit“[1] als Ideologie im Sinne eines falschen Bewusstseins fungiert, weist die Techniksoziologie schon seit den 1980ern hin. Digitalisierung müsse demzufolge als „Feld gesellschaftlicher Machtkämpfe [verstanden werden]. In diesem Sinne ist Technologie stets auch eine Verdinglichung verschiedener gesellschaftlicher Interessen“ (Schaupp 2021, S. 63). Insofern verhalten sich interessenpolitische Interventionen tatsächlich nicht reaktiv zur Digitalisierung, sondern wirken transformativ auf sie ein, fungieren also als konstitutiver Faktor zur Ausgestaltung der Digitalisierung.

Zur Entwicklung eines Verständnisses vom „Megatrend“ (Naisbitt 1984) Digitalisierung lohnt sich also eine Untersuchung des Verhaltens interessenpolitischer Akteure. Als konstitutive Kräfte dieser Entwicklung versuchen sie Macht aufzubauen, auszuüben und zu verteidigen, um die Digitalisierung nach ihren Interessen zu prägen und dabei das Machtverhältnis zwischen Arbeit und Kapital zu ihren jeweiligen Gunsten zu verschieben. Diese Machtkämpfe vollziehen sich nicht auf einem grünen Brett der Klassengegensätze, sondern reproduzieren oder transformieren bestehende, institutionalisierte Konfliktmuster. Eingehegt sind sie dabei in Systeme industrieller Beziehungen. Und auch diese, institutionelle Grundlage interessenpolitischer Auseinandersetzung ist keine in Stein gemeißelte Vorabbedingung, sondern steht in ihrer Beschaffenheit gerade in Zeiten der Produktivkraftentwicklung zur Disposition[2].

Die vorliegende Arbeit setzt analytisch beim Zusammenhang zwischen institutioneller Einhegung von Konfliktakteur:innen und ihren Konfliktpraktiken an. Beforscht wird, welche Form gewerkschaftlichen Agierens unter Bedingungen der österreichischen Sozialpartnerschaft zu Tage tritt. Hierzu wird der Diskurs als Arena des Machtkampfes in den Fokus gerückt. Mit der Einengung der Untersuchung auf Auseinandersetzungen zum Thema Industrie 4.0 wird ein Feld ins Auge gefasst, in dem – wie gezeigt wird – der sozialpartnerschaftliche Klassenkompromiss besonders ausgeprägt ist. Spiegeln sich die ausgeprägt korporatistischen Verhältnisse dieses Feldes in den Diskursstrategie der Gewerkschaften wider? Dieser Frage wird mit der vorliegenden Arbeit unter Anwendung

[1] Zur Konstruktion des Mythos der Alternativlosigkeit siehe etwa Flecker (2018).

[2] So kann etwa das „Stinnes-Legien-Abkommen“ als „Gründungsdokument der Sozialpartnerschaft“ Schaupp 2024, S. 134 in Deutschland als Ergebnis von Machtkämpfen zwischen Arbeit und Kapital im Kontext einer Produktivkraftentwicklung verstanden werden.

wissenssoziologischer Diskursanalyse (WDA) nachgegangen. Im Zuge dessen wird außerdem untersucht, wo Gewerkschaften sich hierbei in der Struktur sozialer Kämpfe im digitalen Kapitalismus verorten lassen, welche Form gewerkschaftliche Identität dabei vermittelt wird sowie wo und wie Industrie 4.0 in der moralischen Ökonomie eingeordnet wird. Zur Behandlung dieses Forschungsinteresses werden Artikulationen österreichischer Gewerkschaften zu Industrie 4.0 diskursanalytisch unter die Lupe genommen. Dabei zielt das Forschungsvorhaben nicht auf den Spezialdiskurs in Positionspapieren, Beiträgen in Fachliteratur oder gewerkschaftlichen Grundsatzprogrammen ab. Stattdessen werden Artikulationen im öffentlichen Diskurs zur Analyse herangezogen. Konkret handelt es sich hierbei um Beiträge in Mitgliedermagazinen sowie Presseaussendungen österreichischer Gewerkschaften.

Die vorliegende Arbeit ist wie folgt aufgebaut: Kapitel 2 zeigt die Relevanz des unternommenen Forschungsvorhabens auf, indem die Wirkmächtigkeit diskursiver Technopolitik dargelegt- sowie zu ihrer Beforschung eine Lücke im Forschungsstand identifiziert wird. Kapitel 3 widmet sich der Verortung österreichischer Gewerkschaften als Sozialpartnergewerkschaften und leitet ab, welche Konsequenzen hieraus auf ihre diskursiv-technopolitischen Praktiken erwartbar sind. Anschließend wird gezeigt, warum die Fokussierung auf Industrie 4.0 optimale Bedingungen zur Beforschung des sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromisses bietet, um daraufhin die Forschungsfrage zu formulieren. Kapitel 4 stellt die WDA als Forschungsprogramm vor und zeigt, wie dieses in der vorliegenden Arbeit zur Anwendung gebracht wird. Mit Kapitel 5 werden aus Kapitel 3 abgeleitete, sensibilisierende Konzepte in ein Analyseschema für die Auswertung des Datenmaterials überführt, indem sie in das konzeptionelle Vokabular der WDA übersetzt werden. Kapitel 6 widmet sich der Ergebnisdarstellung, die dann in Kapitel 7 diskutiert wird. Kapitel 8 zeigt Limitierungen der Arbeit sowie Möglichkeiten zur Anschlussforschung, bevor in einem Schlusswort noch einmal reflektiert wird, wie die gewonnenen Erkenntnisse eigeordnet werden können.

2 Diskursive Technopolitik – Konzeptionalisierung, Relevanz und Forschungslücke

Dieses Kapitel widmet sich dem Abstecken des Forschungsfeldes der vorliegenden Arbeit und zeigt dabei die Relevanz von Untersuchungen zu Einflussfaktoren auf Digitalisierungsdiskurse auf. Diese Relevanz liegt vor allem in der Machtwirkung von Diskursen (Abschnitt 2.1) sowie deren Einfluss auf die digitale Produktivkraftentwicklung (Abschnitt 2.2) begründet. Gewerkschaftliche Bestrebungen diese Machtwirkung interessenpolitisch zu mobilisieren, werden als *diskursive Technopolitik* (dTP) konzeptualisiert (Abschnitt 2.3). Diese Form gewerkschaftlicher Technopolitik findet in der bisherigen Forschung zwar teilweise Beachtung, eine systematische Untersuchung des Einflusses der Ausprägung industrieller Beziehungen als Formationsbedingung blieb bisher jedoch aus (Abschnitt 2.4).

2.1 Die Machtwirkung der Diskurse als Quelle von Gewerkschaftsmacht

Dass Diskurse und Macht eng miteinander verknüpft sind, stellt eine grundlegende Annahme der vorliegenden Arbeit dar. Mit den nachfolgenden Ausführungen wird diese begründet, indem ein basales Verständnis der Wirkweise der Machtwirkung von Diskursen hergestellt wird. Hierbei wird Literatur referenziert, die sich maßgeblich auf das Werk Michel Foucaults bezieht (siehe Abschnitt 4.1), das daraus ableitbare Verständnis von Diskursen teilweise jedoch auch weiterentwickelt. Darauf aufbauend wird erörtert, inwiefern diese Machtwirkung der Diskurse in eine gewerkschaftliche Machtressource überführt werden kann. Gezeigt wird damit, dass Einflussfaktoren auf die Gestalt gewerkschaftlicher Diskursführung sich in deren interessenpolitischen Durchsetzungsfähigkeit widerspiegeln.

Grundsätzlich kann Diskurs als eine „Praxis des Denkens, Schreibens, Sprechens und auch Handelns, die diejenigen Gegenstände, von denen sie handelt, zugleich selbst systematisch hervorbringt“ (Kammler et al. 2017, S. 234) beschrieben werden. Derartige Praktiken der (Re-)Produktion von Diskursen können unter dem Begriff der *Artikulation* zusammengefasst werden. „Dazu zählen alle Praktiken, da jede, auch die nicht-sprachliche Praktik Bedeutungen generiert“ (Keller 2008, S. 161). „Die aus der artikulatorischen Praxis hervorgehende strukturierte Totalität nennen wir Diskurs“ (Laclau und Mouffe 2020, S. 139). Diskurs geht also aus Artikulation hervor, strukturiert gleichzeitig jedoch auch das Artikulierbare über die „unsichtbaren und gewaltlosen Zwänge, für subtile Formen der Vermachtung, die die Gesellschaft, die Körper und die Subjekte durchziehen und die bewirken, dass in der Regel nur das gedacht oder gesagt werden kann, was in einer Kultur oder Gesellschaft als denk- oder sagbar erscheint“ (Bublitz 2003, S. 59). „Indes ist eine diskursive Struktur keine bloß ‚kognitive‘ oder ‚kontemplative‘ Entität“ (Laclau und Mouffe 2020, S. 129), sondern „emergente Strukturierungsmuster von sprachlichen Äußerungen und Handlungsweisen, als soziale Erzeugnisse, die nicht auf die Intentionalität erzeugender Subjekte zurückgeführt werden können. Sie entstehen als nicht kontrollierte Struktureffekte, die den Spielraum des Sagbaren regulieren. Gesellschaftsentwicklung ist dann eine Abfolge solcher Strukturierungsweisen, die erscheinen und vergehen“ (Keller 2008, S. 126).

Diskurs als artikulierte Strukturierung des Artikulierbaren produziert „Wahrheit“, worunter jedoch keine „ ‚richtige‘ Abbildung von Realität, (…) sondern ein historisch kontingentes Ergebnis von Wissenspolitiken“ (Keller 2008, S. 141) verstanden wird. Wissen transportiert diese Wahrheit als „aller Erfahrung liegende Ordnungsmuster sozialer Wirklichkeit“ (Bublitz 2003, S. 46) und „[zwängt] Menschen in den semantischen Rahmen einer bestimmten Weltauslegung“ (Honneth, S. 142). Indem Diskurse Wissen transportieren, konstituieren sie die „wahrheitsgemäße“, soziale Realität. Damit handelt es sich bei Diskurs

„weniger um einen Diskurs *über* etwas. Stattdessen entsteht dieses Etwas mit seinen konkreten Eigenschaften erst *durch* die diskursive Produktion“ (Vey 2015, S. 59). Der Transport von Wissen über Diskurs ist eng mit dessen Machtwirkung verknüpft:

> *„[Es] ist wohl anzunehmen, daß die Macht Wissen hervorbringt; daß Macht und Wissen einander unmittelbar einschließen; daß es keine Machtbeziehung gibt, ohne daß sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert“ (Foucault 1991 [1975], S. 39)*

Im Zuge der „diskursive[n] Konstruktion des Wissen[s]“ (Keller 2008, S. 20) bilden sich Macht-Wissen-Komplexe heraus, „die diskursiv gesteuert, ein Regime des Wissens bilden“ (Bublitz 2003, S. 59). Transportiertes Wissen darüber, was wahr ist und was nicht, was gesagt und gedacht werden kann und was nicht, enthält auch Wahrheit darüber, wer in gewissen Kontexten, Situationen und auch generell über (Handlungs-)Macht verfügt. Gleichzeitig stellt (Handlungs-)Macht die ermöglichende Grundlage für Artikulation als Beitrag zur Produktion von Wissen und Konstituierung von Wahrheit dar. Damit sind „Diskursverläufe ein Resultat von Herrschaftsverhältnissen“ (Jäger 2015, S. 223), an deren Reproduktion sie gleichzeitig mitwirken.

Diskurs (re-)produziert bestehende Macht-Wissen-Komplexe jedoch nicht einfach bis in alle Ewigkeit, sondern kann ebenso eine subversive Wirkung entfalten: „Es handelt sich um ein komplexes und wechselhaftes Spiel, in dem der Diskurs gleichzeitig Machtinstrument und -effekt sein kann, aber auch Hindernis, Gegenlager, Widerstandspunkt und Ausgangspunkt für eine entgegengesetzte Strategie. Der Diskurs fördert und produziert Macht; er verstärkt sie, aber er unterminiert sie auch, er setzt sie aufs Spiel, macht sie zerbrechlich und aufhaltsam“ (Foucault 2023 [1976], S. 100). Diese Beschaffenheit von Diskurs als „offen und instabil und damit veränderbar“ (Bublitz 2003, S. 50), macht ihn zum Austragungsort von Kämpfen um Macht: „Der Diskurs ist (…) ein Gut, welches von Natur aus Gegenstand eines Kampfes, eines politischen Kampfes ist“ (Foucault 1969, S. 158). Modus dieser Machtkämpfe ist die Artikulation: „Durch Praktiken der Artikulation können soziale Akteure Diskurse festigen, herausfordern und verändern. Diskursive Sinnfixierungen sind Gegenstand sozialer Kämpfe bzw. Auseinandersetzungen“ (Keller 2008, S. 164) .In diskursiven Kämpfen um Macht an Oberwasser zu gewinnen, bedeutet also die Durchsetzung wahrhaftigen Wissens gegenüber konkurrierenden Wissensregimen.

Der Kampf um Gewerkschaftsmacht vollzieht sich damit auch im diskursiv zirkulierenden Wissensbestand. Gewerkschaftliche Artikulationspraxis ist damit Teil des Versuchs „durch kollektive Mobilisierungen von Machtressourcen (…) Interessen erfolgreich [zu] vertreten“ (Schmalz und Dörre 2014, S. 231), beziehungsweise diese Ressourcen überhaupt erst herzustellen, also Diskursmacht[3] aufzubauen. Konkret drückt sich diese Machtressource in „Meinungsführerschaft zu gewerkschaftlich relevanten Themen“

[3] Schmalz und Dörre (2014) systematisieren in ihrem Machtressourcenansatz unterschiedliche Formen der Gewerkschaftsmacht. Neben struktureller-, Organisations-, und institutioneller Macht, stellt Diskursmacht eine Unterkategorie gesellschaftlicher Macht dar.

sowie der Positionierung von Gewerkschaften als „Verfechter gerechter Anliegen“ (ebd., S. 232) aus. Um Diskursmacht bemühte Gewerkschaften zielen in ihrer Artikulationspraxis darauf ab „hegemoniefähig zu werden, das heißt, das politische Projekt der Gewerkschaften innerhalb der herrschenden Kräftekonstellation als jenes der gesamten Gesellschaft zu verallgemeinern“ (ebd., S. 230). Über die Beeinflussung dominanter Diskurse soll hierzu darauf eingewirkt werden, was „überhaupt in politischen Auseinandersetzungen auf der Tagesordnung erscheint [sowie den] vorgelagerten Raum der Legitimität und Normativität, in dem verhandelt wird“ (Kuhlmann und Rüb 2020, S. 25). Als hierbei erfolgsversprechende Diskursstrategien, also „[a]rgumentative, rhetorische, praktische Strategien zur Durchsetzung eines Diskurses“ (Keller 2008, S. 235), werden von Schmalz und Dörre (2014, S. 231-232) die folgenden genannt: Erstens das Thematisieren von verletzten Gerechtigkeits-, bzw. Fairnessnormen in Orientierung an herrschenden Moralvorstellungen. Zweitens verweisen sie auf die Mobilisierung narrativer Ressourcen, also die Bezugnahme auf „Kämpfe und feste Normen, die im gesellschaftlichen Bewusstsein verwurzelt sind“ (ebd., S.231). Drittens gilt es „glaubwürdige Interpretationsmuster und Lösungen für Probleme an[zu]bieten und diese in der Öffentlichkeit [zu] präsentieren“ (ebd., S. 232), Gewerkschaften also als Akteure mit „Problemlösungskompetenz“ zu positionieren.

Ob, wie und was gewerkschaftliche Akteure artikulieren (können) wirkt sich also darauf aus, inwiefern die Etablierung einer für sie vorteilhaften Wahrheit möglich ist. Entsprechende Potentiale sind zwar diskursiv präfiguriert, jedoch nicht determiniert. Vor dem Hintergrund der mitetablierten Wahrheit entscheidet sich, ob die Dursetzung gewerkschaftlicher Interessen als realistische, angebrachte, notwendige, etc. Option erscheinen. Damit ist jeglicher Prägungseffekt auf die Artikulationspraxis gewerkschaftlicher Akteure eine Variable in der Konstellation von Machtkämpfen zwischen Arbeit und Kapital und damit ein relevanter Untersuchungsgegenstand. Die vorliegende Arbeit widmet sich mit der institutionellen Einbettung österreichischer Gewerkschaften in die Sozialpartnerschaft einem solchen Prägungseffekt. Mit der „Rekonstruktion der institutionellen Regulierung diskursiver Praktiken“ (Keller 2008, S. 130) rücken „institutionelle Verknappungsprozesse“ (ebd., S.139) der Wissens(re)produktion in den Fokus. Derartige Verknappungsprozesse wirken zum einen über die Regulation von Specher:innenpositionen, in dem sie gewisse Kriterien der Legitimität von Sprecher:innenrollen festlegt. Wirksam sind jedoch auch informellere Mechanismen der Verknappung. „Konventionen und Institutionalisierungen diskursiver Praktiken“ (ebd., S. 146) regulieren Artikulationen und produzieren eine übliche Art und Weise des Sprechstils. Neben der diskursiven Einengung des Artikulierbaren, kommt es also auch zu einer Regulierung der Artikulationspraxis durch Institutionen, in die Artikulierende eingebettet sind (siehe hierzu auch Abschnitt 4.1). Genau dieser Regulierungseffekt soll mit der vorliegenden Arbeit für die dTPöG aufgezeigt werden.

2.2 Die diskursive Konstruktion der Digitalisierung

Im vorangegangenen Abschnitt wurde dargestellt, warum es sich bei Einflussfaktoren auf gewerkschaftliche Diskursmacht um wirkmächtige Phänomene- und damit um relevante Untersuchungsgegenstände handelt. Nun gilt es mit der Digitalisierung jenes Phänomen in den Fokus zu rücken, auf welches sich die mit dieser Arbeit untersuchte Artikulationspraxis bezieht. Damit wird ein soziologisches Verständnis von einem sonst meisttechnologisch betrachteten Prozess etabliert. Wie sich zeigen wird, ist die Verhandlung von Digitalisierung – und damit auch Industrie 4.0 – geprägt durch ideologische Verzerrungen, wie etwa dem Mythos der Alternativlosigkeit. Um mit der vorliegenden Arbeit nicht an der Reproduktion dieser Verzerrungen zu partizipieren, bedarf es also einer Aufarbeitung dieser anhand der Literatur. Dabei wird deutlich, dass diskursiv ausgetragene Machtkämpfe nicht einfach als Begleiterscheinung von Digitalisierungsprozessen verstanden werden können, sondern diese maßgeblich mitprägen.

Unter dem Begriff der Digitalisierung wird „eine neuerliche Welle der [Anm.: technologischen] Innovationen, von der tiefgreifende Veränderungen der Arbeit erwartet werden“ (Flecker 2017, S. 198), besprochen. Kursierten diese Erwartungen bei Auftreten des Diskursbegriffes Digitalisierung noch eher als „sozio-technische Zukunftsvorstellung“ (Meyer 2020), prägt Digitalisierung „mittlerweile eine wachsende Zahl von Arbeitswelten – und zwar in zunehmendem Maße“ (Kuhlmann 2023, S. 332). Die damit einhergehenden und erwarteten Auswirkungen auf Arbeitende (vor allem) in den Bereichen Qualifikationsanforderungen, Arbeitsbedingungen und Beschäftigungssicherheit, machen die Digitalisierung zu einem relevanten Feld gewerkschaftlicher Interessenpolitik (z.B. Gerst 2023).

Betreffend das Ausmaß des Wandels im Zuge der Digitalisierung wird häufig ein weitreichender, disruptiver, revolutionärer Sprung suggeriert. So beginnen zahlreiche Publikationen zum Thema mit einem Hinweise auf umfassende Veränderungen und damit einhergehende Umwälzung der Arbeitswelt im Zuge des Megatrends Digitalisierung (Becka et al. 2019, S. 342). Gerade „Schreckensszenarien“ (Flecker et al. 2016, S. 20) zur Substituierbarkeit von Arbeitsplätzen (vor allem mit Verweis auf Frey und Osborne 2013; für Österreich: Nagl et al. 2017) wecken dabei bei manchen Erinnerungen an vergangene Automatisierungsdebatten (Heßler 2016) und werfen die Frage auf: „Ist diesmal wirklich alles anders?“ (Wajcman 2023), oder handelt es sich um „alten Wein in neuen Schläuchen“ (Kühl 2016)? Schließlich kann die vermeintliche Revolution auch als evolutionärer Schritt im Aufstieg der Informationstechnologie seit den 1950ern eingeordnet werden (Flecker 2017, S. 198). Außerdem reiht sie sich in die Informatisierung von Arbeit ein, deren Anfang mit der Erfindung der doppelten Buchführung datiert wird (Boes und Kämpf 2023). Der Hinweis auf Kontinuitäten der Technisierung von Arbeit sowie das Zurückweisen von Annahmen einseitiger Kausalität technologischer Entwicklung auf die Arbeitswelt erweisen sich als zentrale Argumente soziologischer Kritik am Digitalisierungsdiskurs:

> *„Es scheint fast schon unvermeidlich zu sein, dass jeder neue Technologieschub mit einer Fetischisierung der Technik einhergeht und der Technikdeterminismus mal mehr, mal weniger*

offensichtlich eine Wiederauferstehung feiert. (…) Angesichts ähnlicher Phasen technikfixierter Aufgeregtheit in der Vergangenheit, (…), scheint ein Habitus der demonstrativen Gelassenheit angesichts des Digitalisierungsdiskurses beinahe unabdingbar. Die Antwort der Arbeits- und Industriesoziologie auf Technikfixierung und -determinismus besteht meist im fast schon kanonisierten Verweis auf die Wechselwirkungen von Arbeit, Organisation und Technik in soziotechnischen Systemen." (Butollo et al. 2021, S. 28)

Konzeptionell gefasst werden kann diese politische Natur des Digitalen mit dem Begriff des sozio-technischen Systems, unter dessen Anwendung Digitalisierung als ein Zusammenwirken von „interdependenten technologischen, organisatorischen und personellen Teilsystemen" verstanden wird. „Danach begrenzt zwar das technologische Teilsystem die Gestaltungsmöglichkeiten der beiden anderen Teilsysteme, jedoch weisen diese eigenständige arbeitspsychologische, arbeitspolitische und organisationale Eigenschaften auf, die wiederum auf die Funktionsweise des technologischen Teilsystems zurückwirken" (Hirsch-Kreinsen 2015, S. 14). Je nach Beschaffenheit der unterschiedlichen Teilsysteme, kann „der Einsatz ein und derselben Technik ganz unterschiedliche Wirkungen haben" (Nies 2021, S. 486). In welcher Form sich die Digitalisierung im Betrieb also vollzieht und welche Auswirkungen auf Arbeitende damit einhergehen, unterliegt nicht der Autonomie eines „Scheinsubjekts" (Schadt 2020) Digitalisierung, sondern ist von sozialen Faktoren mitbestimmt. Als theoretischer Referenzpunkt eines solchen Verständnisses zum Verhältnis von Technologieentwicklung und Sozialem gilt unter anderem das Konzept „The Social Shaping of Technology" (MacKenzie und Wajcman 1999). Gewerkschaftliches Wirken im Kontext der Digitalisierung bleibt demnach nicht auf das Reagieren auf Digitalisierungsfolgen beschränkt, sondern kann diese Folgen bereits durch interessenpolitisches Einwirken auf sozio-technische Systeme mitgestalten. Eine solche Einflussnahme „auf die Entwicklung und Implementierung von Technologie" (Schaupp 2023, S. 327) wird im Folgenden unter dem Begriff der „Technopolitik" (ebd.) besprochen. Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen gilt es zu ergänzen, dass diese Einflussnahme auch auf das gesamte sozio-technische System mitsamt seinen arbeitsorganisatorischen, regulatorischen und sonstigen Aspekten abzielen kann.

Digitalisierung als sozio-technisches System steht technopolitischen Gestaltungsambitionen durch Gewerkschaften jedoch nicht uneingeschränkt zur Verfügung, sondern unterliegt als Gussstück eines gesamtgesellschaftlichen Kontextes, der maßgeblich von Machtasymmetrien und Herrschaftsverhältnissen geprägt ist, einer strukturell angelegten Formation. So vollzieht sich Digitalisierung als „bestimmender Teil der aktuellen Produktivkraftentwicklung" (Pfeiffer 2019b, S. 390)[4] im (digitalen) Kapitalismus „nicht [als] Selbstzweck, sondern [als] bloßes Mittel für die Kapitalakkumulation" (Nuss und Butollo 2023, S. 12). Die Ausgestaltung als „im Dienste der Kapitalverwertung instrumentalisierte Technik" (Müller-Jentsch 2009, S. 101) manifestiert sich in „drei zentralen Funktionen der

[4] „Die Produktivkraft der Arbeit ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter anderen durch den Durchschnittsgrad des Geschickes der Arbeiter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Kombination des Produktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel und durch Naturverhältnisse" (Marx 1962 [1864], S. 54).

Technisierung von Arbeit, die sich eben nicht aus einer rein sachlich-technologischen Perspektive ableiten oder erklären lassen, nämlich: Arbeitsersparnis, Effektivitätssteigerung und Prozesskontrolle“ (Pfeiffer 2018, S. 321). Im Kontext der Digitalisierung kommt diese „macht- und herrschaftsbezogene Einbettung der Gestaltung und Wirkung digitaler Technologien“ (Bella et al. 2022a, S. 15) etwa in technologisch vermittelten Strategien zum Ausbau betrieblicher Herrschaft und Kontrolle über den Arbeitsprozess durch digitale Technologie zum Ausdruck (Raffetseder et al. 2017; Nachtwey und Staab 2015; Barthel 2023).

Diese Rolle digitaler Technologie als Medium der Reproduktion und Perpetuierung von Herrschaft ändert nichts daran, dass Digitalisierung ebenso als „Feld gesellschaftlicher Machtkämpfe“ (Schaupp 2021, S. 63) fungiert. Schließlich sind auch im digitalen Kapitalismus Interessenantagonismen eingeschrieben, „die weiterhin in umkämpften Konflikten ausgetragen werden. (…) Es sind also vor allem machtbasierte Aushandlungsprozesse, die den konkreten Technik- und Herrschaftspfaden die Richtung weisen“ (Urban 2022, S. 88). In diese „Transformationskonflikte“ (ebd.) werden „Interessen und Strategien der Digitalisierungsakteure“ (Urban 2016, S. 46) gegeneinander in Stellung gebracht. Insofern „kann technologischer Wandel immer auch Anlass sein, dass (…) Machtverhältnisse neu ausgehandelt werden“ (Carstensen 2023, S. 404). Machtkämpfe im Kontext der Digitalisierung verhandeln demnach – neben der Ausgestaltung sozio-technischer Systeme – auch die Machtverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital im digitalen Kapitalismus aus.

Derartige Machtkämpfe um- und im Rahmen der Digitalisierung verlaufen entlang von vier Dimensionen (Ewen et al. 2022, S. 13–16). Neben der wirtschaftlichen-, der technologischen- und der politischen Dimension, zählt hierzu auch die diskursive Dimension der Digitalisierung. So stattet das im Digitalisierungsdiskurs zirkulierende Wissen die Digitalisierungsakteure in unterschiedlichem Ausmaß mit (Handlungs-)Macht aus. „Wie wir über sie [Anm.: die Digitalisierung] (nicht) sprechen und (nicht) denken, eröffnet und schließt Handlungsräume“ (Ewen et al. 2022, S. 14). Somit werden zum einen diskursiv die Grundvoraussetzungen für Machtkämpfe im Kontext der Digitalisierung hergestellt, zum anderen wird der Digitalisierungsdiskurs selbst zum Austragungsort dieser Kämpfe, in dem Akteure versuchen unterschiedliche Wissensordnungen zu- und über Digitalisierung durchzusetzen: „Auseinandersetzungen um den digitalen Wandel der Arbeitswelt werden nicht allein, aber auch mittels diskursiver Strategien und der Durchsetzung von Deutungsmacht über gesellschaftliche Wirklichkeit entschieden“ (Kuhlmann und Rüb 2020, S. 37). Insofern weist auch Technopolitik eine diskursive Dimension auf. Diese *diskursive Technopolitik* österreichischer Gewerkschaften (dTPöG) wird mit der vorliegenden Arbeit beforscht. Verstanden werden soll unter diesem Begriff in weiterer Folge *der Aufbau - beziehungsweise die Ausübung von Diskursmacht im Sinne der Einflussnahme auf Gestaltungs- und Implementierungsprozesse von Technologie oder sozio-technischen Systemen*.

Diese Hinweise zur diskursiven Dimension der Digitalisierung sowie zum Kampf um Macht im Digitalisierungsdiskurs schließen insofern nahtlos an die Darlegung der Funktionsweise gewerkschaftlicher Diskursmacht in Abschnitt 2.1 an, als dass Machtwirkung von- und Machtkämpfe über Diskurse hier betreffend ihre Wirkweise in derselben Weise aufgefasst werden. Dass sich entsprechende Auseinandersetzungen um- und über Diskursmacht im Zusammenhang mit der Digitalisierung als Transformationskonflikte vollziehen, erhöht die Potentiale einer Verschiebung von Machtverhältnissen. Außerdem geht aus den Ausführungen dieses Abschnitts hervor, welche Rolle die sich in Aushandlung befindenden Machtverhältnisse im Hinblick auf ihren Einfluss auf die Ausgestaltung der Digitalisierung als sozio-technisches System spielen. Die Betonung des Einflussfaktors Diskurs(-macht) auf den Verlauf von Digitalisierungsprozessen ist dabei – wie die Ausführungen dieses Ausschnitts deutlich gemacht haben – keineswegs trivial. Schließlich ist der Digitalisierungsdiskurs geprägt von Ideologien, die anstelle eines sozial konstruierten Prozesses eine alternativlose Revolution technologischer Natur (siehe hierzu auch Abschnitt 3.3.1) suggerieren. Mit der Beforschung des Zusammenhangs zwischen der Verfasstheit industrieller Beziehungen und der Artikulationspraxis von Gewerkschaften, also zwischen der konkreten Ausprägung institutionalisierter Machtverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital und der Art und Weise, wie darin eingehegte Akteure im Transformationskonflikt Digitalisierung um Macht kämpfen, leistet die vorliegende Arbeit mit der Offenlegung der politischen/sozialen Natur des Digitalen einen Beitrag zu einer „wesentliche Aufgabe soziologischer Aufklärung im digitalen Kapitalismus“ (Schaupp 2023, S. 327).

2.3 Forschungstand zu gewerkschaftlicher Technopolitik

Anschließend an das Ende des letzten Abschnittes muss festgehalten werden, dass die vorliegende Arbeit bei weitem nicht das erste Forschungsprojekt darstellt, das sich der Offenlegung der politischen/sozialen Natur der digitalen Arbeitswelt widmet. Die Literaturrecherche offenbart ein breites Feld an Untersuchungen zu gewerkschaftlicher Technopolitik, in welches sich das umgesetzte Forschungsprojekt einordnet. Insofern lohnt sich ein Streifzug durch diesen Forschungsstand, um erstens Orientierungspunkte für die nachfolgend umgesetzte Untersuchung zu gewinnen und zweitens aufzuzeigen, dass zur dTPöG bisher eine Forschungslücke besteht.

Generell handelt es sich bei gewerkschaftlicher Technopolitik im Kontext der Digitalisierung und im Speziellen betreffend Industrie 4.0 um einen ausführlich beforschten Untersuchungsgegenstand. Ein Großteil der zahlreichen Studien kann grob in zwei Kategorien unterteilt werden: Erstens handelt es sich hierbei um Studien zu Aushandlungsprozessen während der Implementierung von Digitalisierungsprojekten in „klassischen“ Betrieben unter Bedingungen aufrechter, innerbetrieblicher industrieller Beziehungen. Thematisch drehen sich entsprechende Studien um Bedingungen, Hindernisse und Möglichkeiten der Anwendung institutioneller Machtressourcen im Kontext der Digitalisierung (Kuhlmann et al. 2018; Wienzek und Virgillito 2018; Ehrlich und Engel 2019; Klippert et al. 2018; Schörpf et al. 2020; Haipeter et al. 2018; Rego et al. 2021; Matuschek und Kleemann 2018;

Falkenberg et al. 2020a; Guhlemann et al. 2018; Spindler 2020; Kutlu et al. 2023; Kuhlenkötter et al. 2019; Hoose et al. 2019; Georg et al. 2017). Zweitens widmet sich eine mittlerweile kaum überschaubare Menge an Studien dem gewerkschaftlichen Umgang mit dem Phänomen Plattformarbeit. Zentrales Thema sind hier die Möglichkeiten zur gewerkschaftlichen Aktivierung der Plattformarbeitenden. Unter Problematisierung der unzureichenden Anwendung des Arbeitnehmerbegriffs bei Scheinselbstständigen, Prekarität und Fragmentierung, widmen Studien dieser Stoßrichtung meist zwei Formen der Technopolitik ihre Aufmerksamkeit: Zum einen geht es um Versuche der Betriebsratsgründung, Anwendung des Arbeitsrechts oder kollektiver Lohnverhandlung in einem Feld, in dem dies vom Kapital mit Zähnen und Klauen bekämpft wird. Zum anderen widmen sich Studien den Möglichkeiten, Bedingungen, Hindernissen und Ergebnissen der gewerkschaftlichen Organisierung von Arbeitenden der Plattformwirtschaft (Bormann und Haake 2019; Krüppers 2022; Hoose und Haipeter 2021; Albicker und Blättel-Mink 2023; Kramer 2019; Greef et al. 2020; diverse Beiträge in Marhold et al. 2023; Loschert et al. 2024; Wenckebach 2023; Herr 2017; Schaupp 2021; Walker 2017).

Teilweise greifen Untersuchungen zu Technopolitik den Machtressourcenansatz (Schmalz und Dörre 2014) auf, klammern jedoch in den Analysen gesellschaftliche Macht und damit Diskursmacht aus (Lorig und Gnisa 2022; Schneider und Struck 2024; Dittmar 2024). Vereinzelt finden sich jedoch auch Studien, in denen dTP untersucht wird. Das einzige Beispiel hierfür betreffend „klassischer" Betriebe mit aufrechten, innerbetrieblichen industriellen Beziehungen findet sich bei Kuhlmann und Rüb (2020). In dieser Studie wird der Digitalisierungsdiskurs entlang von zwei Diskursachsen dargestellt: eine Achse bildet ein Kontinuum zwischen Chancen- und Risikodiskurs ab, die andere verläuft zwischen den Ausprägungen Wettbewerbs- und Regulierungsdiskurs. Untersucht wird, wie sich betriebliche Akteure (Betriebsrat und Management) im Zuge technopolitischen Agierens auf Diskurse beziehen, die entlang dieser Achsen klassifiziert wurden. Diskurse wirken hierbei als „Raum für fiktionale Erwartungen (…) und [stellen] zugleich Voraussetzung für eine vorausschauende, strategisch angelegte Politik dar (…). Die diskursive Schaffung fiktionaler Erwartungen ist wiederum Teil einer Überzeugungs- und Beeinflussungsarbeit der gegnerischen Verhandlungspartei" (Kuhlmann und Rüb 2020, S. 24–25). Beschrieben wird, wie das Management in seinen Diskursstrategien die Wettbewerbsfähigkeit ins Zentrum rückt und „zugleich die Chancen der Digitalisierung auch für die Beschäftigten oder aber die Alternativlosigkeit des eingeschlagenen Wegs trotz der damit verbundenen Risiken" (Kuhlmann und Rüb 2020, S. 36) betont. Teilweise gelingt es jedoch auch den Betriebsräten, das Argument der Wettbewerbsfähigkeit zu nutzen, um Beschäftigteninteressen (in etwa Mitgestaltungsmöglichkeiten und Qualifizierungsangebote) durchzusetzen. Die Ausführungen am Ende von Abschnitt 2.1 in Erinnerung rufend, kann diese Strategie zur Anwendung von Diskursmacht über die Positionierung des Betriebsrats als Akteur mit Problemlösungskompetenz betreffend das Problem eines drohenden Wettbewerbsverlusts interpretiert werden. Abschließend resümieren die Studienautor:innen, dass „Interessenvertretungen vor allem dann Handlungsfähigkeit gewinnen, wenn

Regulierungsdiskurse gestärkt“ (Kuhlmann und Rüb 2020, S. 37) werden, also Regulierungsnotwendigkeit als Deutung der Digitalisierung in den zirkulierenden Wissensbestand eingespeist wird. Die dTPöG kann demnach durch die Bereitstellung spezifischer Wissensformen im Diskurs die Handlungsmacht von betrieblichen Akteuren in Digitalisierungskonflikten stärken.

Auch in Untersuchungen zu Arbeitskämpfen in der Plattformarbeit sind vereinzelt Erkenntnisse zu dTP anzufinden. Schreyer und Feist (2024, S. 34) beschreiben anhand einer Fallstudie etwa, wie das Führen technopolitischer Auseinandersetzungen über „die öffentliche Kommunikation von Missständen der Arbeitsbedingungen“ als erfolgreiche Strategie zum Aufbau von Diskursmacht angewandt wurde. Kollektive Identität wurde geschaffen indem „aus der Klasse an sich die Beschäftigten zu einer Klasse für sich“ geframed wurden. „Hierfür wurde eine Semantik der Solidarität genutzt, um die Fahrer*innen durch persönliche Betroffenheit und moralische Entrüstung anzusprechen“ (ebd.). Auch eine andere Studie zu dTP in der Plattformarbeit beschreibt den Zugang „die mediale und gesellschaftliche Öffentlichkeit zum Teil des Arbeitskampfs zu machen“ (Ewen 2023, 300). Als technopolitischer Akteur tritt hier nicht der Betriebsrat auf, sondern die Belegschaft selbst: „Indem die Fahrer:innen ihre Kommunikationsfähigkeiten einsetzten (...), konnten sie medial erfolgreich die prekären Arbeitsbedingungen der Rider und das Verhalten des *Gorillas*-Managements skandalisieren“ (Ewen et al. 2023, S. 124). Eine weitere Studie, diesmal zur gewerkschaftlichen Organisierung von Youtubern, beschreibt die Möglichkeit im Arbeitskampf wegen „Skandalen zur Datenerhebung und Fällen von Steuerhinterziehung von der wachsenden kritischen Stimmung gegen Google und andere Plattformriesen [zu] profitieren“ (Niebler und Kern 2020, S. 9). Beschriebene Erfolge von dTP beruhen hier also vor allem auf der diskursiven Vermittlung verletzter Gerechtigkeits- und Fairnessnormen. Mit der vorliegenden Arbeit wird untersucht, inwiefern die dTPöG sich an derartigen Diskursstrategien in einem Feld beteiligt, dessen sozialpartnerschaftliche Praxis deutlich von jener in der Plattformarbeit abweicht (siehe Abschnitt 3.4 & 8.2).

Auf Ebene des Spezialdiskurses angesiedelt ist eine diskursanalytische Studie zu diskursiv-technopolitischen Auseinandersetzungen zum Thema Industrie 4.0 in Deutschland (Müller und Ruiner 2022). Mit Bezugnahme auf Antonio Gramscis Hegemonietheorie, wird der „Stellungskrieg“ (ebd., S. 49) zwischen den Digitalisierungsakteur:innen Staat, Arbeitgebervertretung und Gewerkschaft über die Analyse von Strategie- und Positionspapieren, Forderungskatalogen sowie Stellungnahmen untersucht. Seitens der IG Metall finden sich im Datenmaterial teilweise und in unterschiedlichen Abstufungen Artikulationen der Zustimmung zu einem „sozialpartnerschaftlichen Modernisierungsbündnis mit korporatistischen Zügen“ (ebd., S. 52). An anderen Stellen äußern sich gewerkschaftliche Sprecher:innen jedoch auch kritisch zu entsprechenden Projekten, etwa weil korporatistische Arrangements den Ambitionen einer Demokratisierung von Wirtschaft nicht zuträglich sind. Zwischen korporatismusbefürwortenden- und wirtschaftsdemokratieorientierten Positionen ergibt sich schließlich der positionelle Kompromiss der Einforderung des

Ausbaus von Mitbestimmungsrechten im Zuge der Digitalisierung. Damit steht die IG Metall im Interessenswiderspruch zu den Akteuren des Kapitals, die sich nicht nur „gegen jeden Eingriff in die industriellen Beziehungen - sofern er zugunsten der Gewerkschaften erfolgt - sowie gegen jeden Ausbau der Mitbestimmung verwehrt“ (Müller und Ruiner 2022, S. 60), sondern auch danach streben, gewerkschaftliche Machtressourcen im Kontext der Digitalisierung zu untergraben (ebd., S. 52-57). An diesem Interessenswiderspruch, der sich zentral um das Thema der betrieblichen Mitbestimmung dreht, scheitert den Autor:innen zufolge der Plan des Staates, Industrie 4.0 „möglichst reibungslos als hegemoniales Projekt zu etablieren“ (Müller und Ruiner 2022, S. 60). Die dTP der IG Metall wird in dieser Studie also als Ergebnis interner Aushandlungsprozesse untersucht, nicht als Konsequenz ihrer Einbettung in das deutsche System industrieller Beziehungen. Für die mit dieser Arbeit umgesetzte Untersuchung, scheint der Hinweis auf betriebliche Mitbestimmung als Zankapfel des Transformationskonflikts relevant.

Als einzige, im Zusammenhang mit dem Forschungsinteresse relevante Publikation zur Situation in Österreich, ist der Forschungsbericht von Aulenbacher und Kolleg:innen (2024a) zu Digitalisierungsnarrativen zu nennen. In einem der enthaltenen Beiträge wird der Digitalisierungsdiskurs in Österreich historisch anhand von Artikeln in den Zeitschriften „Arbeit und Wirtschaft“ (herausgegeben von Bundesarbeiterkammer und ÖGB; damit durchaus als Medium gewerkschaftlicher dTP klassifizierbar) sowie „Die Wirtschaft“ (herausgegeben vom Wirtschaftsverlag; befindet sich in Privatbesitz und beschreibt sein Zielpublikum mit „Vertreter heimischer KMU“[5]; wird von den Studienautor:innen als der Seite der Arbeitgeber:innen zuordenbare Publikation klassifiziert) zwischen 1970 und 2020 analysiert (Friedl und Langthaler 2024). Dargestellt werden die Ergebnisse entlang von zwei Dimensionen. Die erste Dimension verläuft zwischen Technologieabhängigkeit und Gesellschaftspolitik, wobei hiermit ähnliches erfasst wird, wie mit der oben zitierten Unterscheidung zwischen Wettbewerbsfähigkeits- und Regulationsdiskurs. Entlang der zweiten Achse wird ein Kontinuum zwischen Optimierung und Flexibilisierung abgebildet, womit besprochene Auswirkungen von Technologie auf die Arbeitswelt abgebildet werden. Der Beitrag resümiert mit der Beobachtbarkeit eines diskursiven Hegemonieeffekts, „der die Diskurspositionen der Wortführer*innen von Kapital und Arbeit in ähnlicher Weise verschiebt“ (Friedl und Langthaler 2024, S. 42). Konkret wandert der Schwerpunkt des Diskurses zwischen 1970 und 1990 von Gesellschaftspolitik und Optimierung stärker in Richtung Technologieabhängigkeit; ab 2000 gewann das Thema Flexibilisierung an Relevanz. Schließlich rückte das Diskursgeschehen im Pandemiejahr 2020 wieder stärker in Richtung Gesellschaftspolitik. In weiteren Beiträgen wird untersucht, in welchem Verhältnis die identifizierten Digitalisierungsnarrative zur Digitalisierungspraxis in der IT-Branche (Meyer und Raible 2024), Altenbetreuung und -pflege (Aulenbacher und Pillinger 2024) sowie Plattformwirtschaft (Maric und Schüßler 2024) stehen. Es zeigt sich eine „Diskrepanz zwischen Narrativ und Praxis“, die „zur (Re-)Politisierung der Digitalisierung genutzt

[5] https://www.wirtschaftsverlag.at/ zuletzt abgerufen am 08.01.2025

werden [kann], um sie in umfassender Weise zu einem Gegenstand der Interessensauseinandersetzung zu machen“ (Aulenbacher et al. 2024b, S. 107). Damit liefert die Studie zwar sehr interessante Erkenntnisse zum Verhältnis zwischen Digitalisierungsdiskursen und ihrer Rezeption in den Betrieben, bleibt in der Analyse der Diskurse jedoch auf der deskriptiven Ebene verhaftet.

Der Forschungsstand zu dTP liefert also durchaus einige Ansatzpunkte für die im Zuge der vorliegenden Arbeit umgesetzten Analysen. So konnten bereits einige Erkenntnisse zu Gewerkschaften als technopolitische Akteure gesammelt werden, die weiter unten (Abschnitt 3.3) noch weiter vertieft und systematisiert werden. Vor allem wird jedoch eine Forschungslücke betreffend dTP im Bereich des öffentlichen Diskurses deutlich. Zwar gibt es hierzu Erkenntnisse im Zusammenhang mit einzelnen Arbeitskämpfen im Bereich der Plattformarbeit sowie einzelne Studien, die als „Diskursanalysen“ betitelt sind (so beispielsweise auch Bader et al. 2023; Buhr 2021), jedoch in der Analysetiefe nicht oder wenig über die Darstellung von in den Diskurs eingebrachten Positionen durch unterschiedliche Akteure hinausgehen. Studien, die in ihrer Analyse eine vertiefende Interpretation von Diskursen mitsamt schematischer Klassifizierung vornehmen (Kuhlmann und Rüb 2020; Aulenbacher et al. 2024a), liefern keine Erklärungsangebote zur vorgefundenen Gestalt der Diskurse, sondern beschreiben deren Wirkung in konkreten Digitalisierungskonflikten. Die dTPöG im öffentlichen Diskurs offenbar sich damit nicht als komplett unerforschtes Niemandsland (die Studie von Aulenbacher et al. 2024a widmet sich diesem Phänomen in gewissem Ausmaß), eine Verortung entsprechender Praktiken in spezifischen Formations- und Kontextbedingungen bleibt jedoch bisher aus. Öffentliche Diskurse als „politisch-argumentative Auseinandersetzungen über gesellschaftliche Problemfelder, an denen sich, vermittelt über die Massenmedien und diverse andere öffentliche Arenen[,] die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit beteiligt“ (Keller 2008, S. 229) spielen jedoch eine zentrale Rolle beim Aufbau von Diskursmacht. Schließlich sind zu Spezialdiskursen „nur begrenzte Teilnehmer und Publika zugelassen“ (ebd. S. 76), der *direkte* Weg zur Hegemonie gewerkschaftlicher Positionen verläuft also über den öffentlichen Diskurs. Insofern scheint es allerhöchste Zeit, diese technopolitische Konfliktarena unter die Lupe zu nehmen und Erkenntnisse dazu zu generieren, warum Gewerkschaften in dieser agieren, wie sie agieren.

3 Formations- und Kontextbedingungen diskursiver Technopolitik

Zur Untersuchung des Zusammenhangs zwischen dem System industrieller Beziehungen und der dTPöG gilt es nun zu besprechen, wie dieses System industrieller Beziehungen in Österreich („Sozialpartnerschaft“) verfasst ist (Abschnitt 3.1), welche Konsequenzen sich aus dieser Verfasstheit auf Gewerkschaften als interessenpolitische Akteure ergeben sowie wie sich diese interessenpolitische Prägung in der technopolitischen Positionierung

niederschlägt (Abschnitt 3.3). Anschließend wird die allgemeine, diskursiven Großwetterlage zu Digitalisierung als relevanter Kontext erörtert, auf den dTPöG Bezug nehmen muss (Abschnitt 3.4). Aufbauend auf diesen Ausführungen wird dann argumentiert, warum die Einengung des Fokus der Forschung auf Industrie 4.0 sinnvoll im Sinne des Erkenntnisinteresses ist und die Forschungsfrage- sowie Erwartungen zu deren Beantwortung formuliert (Abschnitt 3.4).

3.1 Die Sozialpartnerschaft – Industrielle Beziehungen in Österreich

Unter dem Begriff der „industriellen Beziehungen" versteht man jene institutionellen Arrangements, die die Aushandlung von Interessenkonflikten zwischen Arbeit und Kapital einhegen. Hierzu zählen unter anderem rechtliche Institutionen wie das Arbeitsverfassungsgesetz oder institutionalisierte Konfliktbeziehungen (z.B. die „Herbstlohnrunden"). Als Akteure treten in der Regel organisierte Interessenvertretungen auf Seiten von Arbeit und Kapital- sowie der Staat auf. Industrielle Beziehungen entwickeln sich evolutionär „im Verlauf wiederkehrender industrieller Konflikte, temporärer Kompromisse und staatlicher Interventionen" (Müller-Jentsch 2017, S. 179). Ein solcher Kompromiss bezieht sich in etwa auf die Reichweite „demokratischer Einhegung der privatwirtschaftlichen Herrschaft" (Brinkmann und Nachtwey 2017, S. 8), deren Ausmaß im Betrieb aktuell mit einer „konstitutionellen Monarchie" (ebd., S. 17) vergleichbar ist. Industrielle Beziehungen fungieren nicht nur als Rahmen von Aushandlungsprozessen, die Aushandlungsprozesse „wirken wiederum auf die institutionellen Rahmenbedingungen zurück und tragen damit zu ihrem Wandel bei" (Müller-Jentsch 2009, S. 283).

Die industriellen Beziehungen in Österreich sind unter dem Begriff der „Sozialpartnerschaft"[6] bekannt. Der „im internationalen Maßstab außerordentlich hohe Grad an neokorporatistischer Konzertierung und Koordinierung" (Pernicka 2022, S. 1) dieses Arrangements nahm in den letzten Jahrzenten zwar kontinuierlich ab, zeichnet sich jedoch trotzdem durch ein hohes Ausmaß an Kontinuität aus (ebd., S. 6-16). Gesetzliche Pflichtmitgliedschaft in Arbeiter-, bzw. Wirtschaftskammer, sowie hoch zentralisierte und konzentrierte Interessensvertretungsorganisationen (ebd., S. 9) stellen wichtige Strukturmerkmale dar. Kollektivvertragsverhandlungen fungieren als dominantes Konfliktmuster von Aushandlungen zwischen Arbeit und Kapital betreffend Entgelt und Arbeitsbedingungen und rahmen die Arbeitskämpfe von 98% der unselbstständig Beschäftigten (Müller et al. 2024, S. 101). Das vergleichsweise hohe Ausmaß an Konsensorientierung zeigt sich unter anderem anhand der im internationalen Vergleich verschwindend geringen Streikfrequenz (Dribbusch et al. 2023, S. 15; Glassner und Hofmann 2023, S. 112–114). Dies

[6] Auch wenn Aushandlungsprozesse zwischen den Akteuren der industriellen Beziehungen „letztlich nur auf dem Wege von Kooperation und konsensueller Problemlösung zu effizienten wirtschaftlichen Ergebnissen gelangen können" (Müller-Jentsch 2021, S. 74), „bagatellisiert" der Begriff „Sozialpartnerschaft" für Müller-Jentsch den konfliktiven Charakter des von einem strukturellen Interessenwiderspruch geprägten Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital. Als Alternative wird der Begriff der „Konfliktpartnerschaft" ins Feld geführt.

mag damit zusammenhängen, dass die Sozialpartnerschaft den Interessenvertretungen – und damit auch den Gewerkschaften – zahlreiche, andere Möglichkeiten der Einflussnahme eröffnet, wie ein mittlerweile schon älterer Beitrag von Kittel und Tálos aufzeigt (1999). Auch wenn die Stellung der Sozialpartnerschaft seither durch einige „Zäsuren" herausgefordert wurde (siehe z.B. Hinterseer 2017), sehen sie auch heute noch manche als mögliches Angebot angesichts eines wachsenden „Bedarf[s] an kompetenten und verlässlichen Institutionen, die Stabilität geben und Reformen tragen kann" (Zotter und Marterbauer 2025, S. 18).

Wichtig an dieser Stelle ist noch der Hinweis, dass Sozialpartnerschaft als nationales Arrangement institutioneller Beziehungen zwar formal aufgrund der Pflichtmitgliedschaft fast alle Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen umfasst. Das Ausmaß der Ausprägung sozialpartnerschaftlicher Praxis kann jedoch von Branche zu Branche variieren. So konzeptualisiert etwa Schroeder (2016, S. 378–380) die Segmentierung sozialpartnerschaftlicher Praxis für Deutschland, in dem er drei „Welten der Arbeitsbeziehungen" identifiziert. Eine solche Segmentierung mit unterschiedlichen Faktoren zusammenhängen. Markus Helfen (2013) zeigt in einer Untersuchung der Haltung von Arbeitgeberverbünden zwischen in „alten" und „neuen" Branchen etwa Unterschiede betreffend die Wirkmächtigkeit sozialpartnerschaftlicher Institutionen. Während diese Wirkmächtigkeit in „alten" Branchen normativ gesichert ist, gilt dies für „neue" Branchen nur eingeschränkt. Außerdem hängt sozialpartnerschaftliche Praxis maßgeblich mit dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad und der damit einhergehenden Konfliktfähigkeit auf Seiten der Arbeit zusammen (Hassel und Schroeder 2018). Insofern scheint zur Verfolgung des Forschungsinteresses die inhaltliche Verengung auf einen spezifischen Sektor angebracht, um den interessierenden Zusammenhang anhand möglichst „einheitlicher" Formationsbedingungen zu untersuchen. Die Festlegung auf ein spezifisches Feld wird in Abschnitt 3.5 vorgenommen.

3.2 Österreichische Gewerkschaften im Kontext der Sozialpartnerschaft

Mit diesem Abschnitt wird anhand eines Überblicks über die Interessensvertretungsorganisationen auf Seiten der Arbeit in Österreich aufgezeigt, welche Prägung gewerkschaftlicher Praxis sich aus dem Kontext der Sozialpartnerschaft ergibt. Welche Organisationen setzten sich also in Österreich für die Interessen der Arbeiter ein? Zu nennen sind diesbezüglich erstens der der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) und seine sieben Teilgewerkschaften. Der ÖGB fungiert als hierarchisch übergeordnete Organisation und hat also solche Hoheit betreffend Budget- und Personalentscheidungen, erteilt Streikfreigaben und unterzeichnet Kollektivverträge, wobei die Verhandlung an die zuständigen Teilgewerkschaften delegiert wird (Glassner und Hofmann 2023, S. 97). Die sieben Teilgewerkschaften sind die Gewerkschaft für Privatangestellte (GPA), die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), younion („Die Daseinsgerwerkschaft"; vertritt

Gemeindebedienstete), die Gewerkschaft Bau-Holz (GBH), die Gewerkschaft vida (Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft), die Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GFP) sowie die Produktionsgewerkschaft (PRO-GE). Das österreichische Gewerkschaftsökosystem gestaltete sich früher deutlich ausdifferenzierter, im Rahmen von Restrukturierungsprozessen aufgrund von Mitgliederschwund kam es jedoch immer wieder zu Zusammenlegungen einzelner Fachgewerkschaften. Dies hatte zur Folge, dass „Anteil der Industriegewerkschaften zurückgegangen" ist und „immer mehr Multibranchengewerkschaften entstanden" (Blaschke 2002, S. 398).

Mit dem Kammersystem weisen die industriellen Beziehungen in Österreich des Weiteren ein Spezifikum auf, aus dem eine weitere Akteurin auf Seiten der Arbeit hervorgeht: die Arbeiterkammer. Als Aufgaben dieser Interessenvertretungsorganisation sind im Arbeiterkammergesetz die Förderung und Vertretung der „sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen"[7] definiert. Ihren Mitgliedern bietet die Arbeiterkammer unterschiedliche Beratungsformate an und unterstützt sie in juristischen Auseinandersetzungen mit (ehemaligen) Arbeitgerber:innen. Im Gegensatz zu Gewerkschaften tritt die Arbeiterkammer deutlich weniger kompetitiv auf und erfüllt eher die Rolle einer Expert:innenorganisation, wobei eine zentrale Rolle in der Unterstützung der Gewerkschaften liegt (Glassner und Hofmann 2023, S. 96). Teilweise wird die Arbeiterkammer als Konkurrenzinstitution der Gewerkschaften betrachtet, empirische Evidenz legt jedoch eine Erweiterung gewerkschaftlicher Machtressourcen durch die Existenz der Arbeiterkammer nahe (Schulten und Behrens 2023, S. 10).

Unter anderem die neoliberale Hegemonie, die Globalisierung, ein Finanzskandal, der eine langfristige Schwächung von Glaubwürdigkeit und Streikbereitschaft nach sich zog sowie das Erstarken antisozialpartnerschaftlich orientierter Parteien, trugen zu einer Krise der Gewerkschaften und einer damit einhergehenden „Verschiebung der Kräfteverhältnisse" (Pernicka 2022, S. 12) zu Gunsten des Kapitals bei. Zum Ausdruck kommt dieser Prozess in einer „schleichenden Erosion" (Glassner 2022, S. 61) institutioneller Machtressourcen auf hohem Niveau. Letztendlich sichern die Sozialpartnerschaft Österreichischen Gewerkschaft trotz aller Krisentendenzen im internationalen Vergleich „largely favourable conditions" (Glassner und Hofmann 2023, S. 120).

Der hoher Zentralisierungsgrad sowie ausgeprägte, institutionelle Machtressourcen tragen dazu bei, dass österreichische Gewerkschaften anhand ihres Zugangs zur Interessenpolitik als „Sozialpartnergewerkschaften" klassifiziert werden können. Institutionelle Machtressourcen ermöglichen es ihnen, die „aggregierten Interessen ihrer Basis gegenüber ArbeitgeberInnen(verbänden) und staatlichen Institutionen effektiv [zu] vertreten" (Pernicka und Stern 2011, S. 338). Diese Ausrichtung der Interessenpolitik kann als Orientierung an der „Einflusslogik" (Schmitter und Streeck 1981) gefasst werden. Den konzeptionellen Gegenpol der Sozialpartnergewerkschaft stellt die

[7] Arbeiterkammergesetz 1992 – AKG, BGBl Nr 626/1991, §1

„Bewegungsgewerkschaft“ dar. Diese setzen bei der Interessensdurchsetzung stärker auf „Mobilisierbarkeit, Arbeitskampfbereitschaft und Partizipationsfähigkeit ihrer Mitglieder“ (Pernicka und Stern 2011, S. 339), also auf Organisationsmacht. Gewerkschaften dieses Typs sind eher in Kontexten industrieller Beziehungen anzutreffen, in denen ihnen wenig institutionelle Machtressourcen zu Verfügung stehen. Mit Schmitter und Streeck gesprochen, orientieren sich Gewerkschaften dieses Typs stärker an der „Mitgliederlogik“. Die „Dominanz der Einflusslogik“ im interessenpolitischen Zugang der österreichischen Gewerkschaften führt dazu, dass „die Mitgliedschaftslogik – ungeachtet vereinzelter strategischer Abweichungen – nach wie vor nicht systematisch in interessenpolitischen Kernaktivitäten (...) berücksichtigt wird“ (Pernicka und Stern 2011, S. 350).

Als Akteure bewegen sich Gewerkschaften in einem Spannungsfeld widersprüchlicher Organisationsverständnisse, bzw. Erwartungshaltungen zwischen Ordnungsfaktor und Gegenmacht (Traxler 1999, S. 57). Folgt man Müller-Jentsch (2021), so haben Gewerkschaften in diesem Spannungsfeld bereits deutlich stärker der Zugkraft einer Seite nachgegeben. Statt einer Positionierung revolutionärer Systemopposition, agieren Gewerkschaften demnach über „pragmatische Vermittlung zwischen Kapital- bzw. Systeminteressen auf der einen und Arbeiter- bzw. Mitgliederinteressen auf der andere Seite“ (Müller-Jentsch 2009, S. 52) und spielen somit eine wichtige Rolle bei der „Integration [der Arbeiterklasse] in den demokratischen Kapitalismus" (Müller-Jentsch 2021, S. 74). Diese Rollenauslegung im Zugang zu Interessenpolitik fasst Müller-Jentsch unter dem Begriff der „Intermediären Organisation“ (Müller-Jentsch 2009).[8] Sozialpartnerschaftliche Arrangements mitsamt damit einhergehender, institutioneller Machtressourcen scheinen einen förderlichen Kontext für die Ausbildung intermediärer Gewerkschaftsorganisationen darzustellen.

Österreichische Gewerkschaften sind also eingehegt in ein konsensorientiertes System industrieller Beziehungen, agieren in diesem als Sozialpartnergewerkschaften in Orientierung an der Einflusslogik und fungieren dabei als intermediäre Organisationen. Wie sich diese Konstellation in der technopolitischen Positionierung widerspiegelt, wird im nächsten Abschnitt aufgezeigt.

3.3 Gewerkschaften als technopolitische Akteure

Die Digitalisierung der Arbeitswelt sowie unter diesen Prozess subsumierbare Phänomene wie Industrie 4.0, werden für Gewerkschaften als Chance der Revitalisierung durch das Auftreten neuer Gestaltungsräume, Risiko einer Schwächung durch die Erosion der Mitgliederbasis, oder Herausforderung der adäquaten Reaktion diskutiert. Welche Perspektive diesbezüglich auch immer eingenommen wird, ergibt sich für Gewerkschaften jedenfalls ein mehr oder weniger unausweichlicher Imperativ, sich interessenpolitisch auf die eine oder andere Weise zur Digitalisierung zu verhalten. Der Modus dieses Sich-

[8] Klaus Dörre (2011) diagnostiziert Tendenzen eines Wandels deutscher Gewerkschaften von der intermediären zur fraktalen Organisation.

Verhaltens hat sich bereits etabliert: *Gestaltung* ist das Gebot der Stunde. Hierzu haben österreichische Gewerkschaften sowie die Landesarbeiterkammern bereits eigene Abteilungen und Büros zu Digitalisierungsthemen eingerichtet[9]. Grundsätzlich deutet alles darauf hin, dass Gewerkschaften in ihrem Umgang mit der Digitalisierung ihrer Rollenauslegung als intermediäre Organisationen (siehe Abschnitt 3.2) verhaftet bleiben. Bernd Wimmer (2022) kommt anhand einer Analyse eines Positionspapiers des DGB zu dem Ergebnis, dass den Arbeitendeninteressen widersprechende Tendenzen der kapitalinteressengeprägten Digitalisierung zwar benannt werden, der „behauptete Gestaltungsraum wird jedoch durch vorausgesetzte und nicht verhandelbare - dadurch ‚naturhafte' Bedingungen, eben jene kapitalistischer Akkumulationslogik präformiert" (Wimmer 2022, S. 282). Hieraus ergeben sich eine Orientierung gewerkschaftlicher Tätigkeit auf drei „Gestaltungsvektoren der Interessenpolitik": „Die Sicherung und der Ausbau von Beschäftigung samt entsprechendem Sozialstatus, die Förderung von Aus- und Weiterbildung, dementsprechend die Adaption der je individuellen Beschäftigungsfähigkeit sowie die Stärkung betrieblicher Mitbestimmung" (ebd.). Dieser Aufzählung ist noch die Abwehr von Verschlechterungen-, bzw. das Schaffen guter Arbeitsbedingungen hinzuzufügen, wobei an vorangegangene Debatten zur Humanisierung der Arbeit angeschlossen wird (Haipeter et al. 2018, S. 220). Auch das Grundsatzprogramm des ÖGB zum Thema Digitalisierung lässt sich im Großen und Ganzen auf diese vier Gestaltungsvektoren zusammenführen (Stangl 2022, S. 14–16). Buckermann und Koppenburger (2017) klassifizieren die politische Positionierung des DGB als defensiv-anpassend mit pessimistischen Tendenzen, die „davon gekennzeichnet ist, die gesellschaftliche Ordnung nicht anzutasten, die Sphärentrennung nicht aufheben zu wollen und damit einen sozialen Wandel zu blockieren, der (…) eben nicht nur technologisch machbar ist" (ebd., S.47).

Im Folgenden werden anhand der Deutungen zum Verhältnis zwischen Gesellschaft und Technologieentwicklung, zu Digitalisierung sowie zu betrieblicher Partizipation die technopolitische Perspektive von Gewerkschaften dargestellt, die sich aus deren, oben dargestellten Rahmenbedingungen ableitet[10]. Zielsetzung dieses Manövers ist die Herstellung einer ersten Vorstellung davon, welche Gestalt die dTPöG unter gegebenen Formationsbedingungen annimmt. Besprochen wird hierbei auch, welche Machtwirkung mit einer diskursiven Präsenz der jeweiligen Deutungen einhergeht.

3.3.1 Sozialdeterminismus

Der *Sozialdeterminismus* prägt die gewerkschaftliche Perspektive auf das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Technologieentwicklung. Aus dieser Perspektive wird „von einer sozial, politisch oder kulturell bedingten Emergenz von Technologie" (Buckermann und

[9] Siehe Mitlieder des „Beirates Arbeit und Technik"; https://arbeitundtechnik.gpa.at/beirat-arbeit-und-technik-bat/ zuletzt abgerufen am 22.11.2024

[10] Hierbei wird teilweise auf Literatur aus Deutschland zurückgegriffen. Bei allen Unterschieden ähneln sich die Systeme industrieller Beziehungen Österreichs und Deutschlands im internationalen Vergleich schließlich doch relativ stark (OECD 2019, S. 75; Schief 2006, S. 188). Außerdem zeigt sich, dass der marginale Literaturstand zu Österreich mit den Aussagen zu Deutschland im Einklang steht.

Koppenburger 2017a, S. 29) ausgegangen. Eine solche Deutung liegt gewerkschaftlichen Positionen zu Grunde, wenn (Mit-)Gestaltung als ultimatives Lösungskonzept zur Abwehr nachteilhafter Einwicklungen durch Technologieeinsatz in Stellung gebracht wird. Was auf den ersten Blick wie eine Übernahme der in Abschnitt 2.2 dargestellten Perspektive einer sozialen Formung von Technologie erscheinen mag, birgt bei kritischer Betrachtung durchaus die Gefahr einer Fehleinschätzung in sich. So sind (auch) rein sozialdeterministische Deutungen „komplexitätsreduzierenden Interpretationsmuster“ und laufen damit Gefahr „konstitutive Bedingungen der jeweiligen Entwicklungsprozesse“ (Buckermann und Koppenburger 2017b, S. 28) auszublenden. Beispielsweise begrenzen sozio-technische Pfadabhängigkeiten (Hirsch-Kreinsen 2018; Ittermann et al. 2019) die sozial bedingte Emergenz konkreter Schritte der Technologieentwicklung. Trotzdem – oder gerade deswegen – statten sozialdeterministische Deutungsmuster Akteure mit Handlungsmacht aus, die sich im Kontext der Digitalisierung gegen eine reine Anpassung an Technologie aussprechen, sondern sich das Schaffen einer den jeweiligen Interessen entsprechenden Form der Digitalisierung zum Ziel setzen.

3.3.2 Gestaltungsoptimismus

Die Deutung der Digitalisierung vollzieht sich in gewerkschaftlicher Positionierung vor allem über den „Gestaltungsoptimismus“ (Niehaus und Katzan 2020, S. 43). Der Verlauf der Digitalisierung wird hier als „hoch politische Frage“ (Kuba 2018, S. 9) mit unterschiedlichen Ausgangsmöglichkeiten aufgefasst. Transportiert wird diese Kontingenz der Digitalisierung häufig über das Gegenüberstellen von Chancen und Risiken, wobei gewerkschaftliche Technopolitik als Gestaltung im Sinne einer Vermeidung der Risiken und Verwirklichung der Chancen positioniert wird. Ziel ist es demnach, dass „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Chancen, die -Digitalisierung in die Arbeitswelt bringt, partizipieren und ihnen die Risiken nicht allein aufgebürdet werden“ (Kral-Bast et al. 2021, S. 1), wobei die Digitalisierung „fair und gerecht zu gestalten” (Katzian und Klocker 2023, S. 26) als Zielsetzung festgelegt wird. Als Leitbild einer entsprechenden Gestaltung fungiert das Konzept der „Guten Arbeit 4.0“, welches „auf dem Decent-Work-Ansatz der International Labour Organization (ILO) und der intensiven Diskussion zur Humanisierung des Arbeitslebens seit den 1970er-Jahren“ (Conrads et al. 2020, S. 27) beruht. Dieses Leitbild findet auch im 2018 beschlossene Grundsatzprogramm des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Erwähnung, welches sich unter dem Titel „Faire Arbeit 4.0“ der Positionierung von Gewerkschaften als „entscheidende[n] Faktor bei der Gestaltung der Arbeitswelt von morgen“ (Österreichischer Gewerkschaftsbund 2018, S. 6) widmet.

In purer Form entscheidet nach dieser Deutung ausschließlich gewerkschaftspolitisches Gestaltungsvermögen, ob Chancen oder Risiken der Digitalisierung eintreten. Gewarnt wird daher vor „blindem Gestaltungsoptimismus“, der gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse als prägenden Einflussfaktor der Digitalisierung übersieht (Urban 2016). Stellenweise wird der Gestaltungsoptimismus jedoch durchaus mit Herrschaftskritik verknüpft, indem Risiken der Digitalisierung und Kapitalinteressen verknüpft werden (z.B. Teiber

2023). Gestaltung wird in diesem Sinne auch als Schutz der Arbeitenden vor „kapitalistischen Profit- und Konkurrenzlogik“ (Kuhlmann und Rüb 2020, S. 28) gedeutet.

3.3.3 Mitbestimmung als Modus der Gestaltung

Als ein zentraler Modus zur Gestaltung von Digitalisierung, wird von gewerkschaftlicher Seite die betriebliche Mitbestimmung ins Feld geführt. Eingeschrieben werden entsprechende Positionierungen in ein Deutungsmuster der *ethisch-humanistischen Begründung* betrieblicher Partizipation[11]. Demzufolge ermöglichen entsprechende Praktiken „die durch unterschiedliche Zwänge der industriellen Arbeit beschränkten Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung in der Arbeitstätigkeit zu erweitern, körperliche und psychische Arbeitsbelastungen zu verringern, menschenwürdigere Arbeitsbedingungen zu schaffen und den sozio-emotionalen Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht zu werden“ (Hucker 2008, S. 68). In der gewerkschaftlichen Positionierung drückt sich dieses Deutungsmuster in Hinweisen auf Potentiale durch betriebliche Partizipation „die Chancen für die Beschäftigten so gut wie möglich zu verbessern, sei es mit Blick auf die Handlungsautonomie oder mit Blick auf Qualifizierungs- und Entwicklungspotenziale“ (Falkenberg et al. 2020b, S. 15) aus. Betriebliche Partizipation wird als notwendige und damit angemessene Handlungsform gedeutet, um „Arbeitsplätze aufzuwerten und eine Humanisierung der Arbeit zu unterstützen“ (Ey 2021). Auch das nachfolgende Zitat bringt das ethisch-humanistische Deutungsmuster zum Ausdruck, wobei das Erfahrungswissen von Arbeitenden als Ressource gedeutet wird: „Der partizipative Ansatz ist dabei von großer Bedeutung, denn nur die Beschäftigten selbst können umfassend über faktische Störungen und Belastungen am Arbeitsplatz Auskunft geben. Diese Gefährdungsbeurteilungen sind wichtig, um zu verhindern, dass hoher Arbeitsdruck zu ungesunden Arbeitsbedingungen führt“ (Ahlers 2018, S. 8).

Betriebliche Mitbestimmung als indirekte Form[12] betrieblicher Partizipation wird in diesem Zusammenhang als Goldstandard zur Durchsetzung guter Arbeitsbedingungen im Kontext der Digitalisierung gedeutet. Von gewerkschaftlicher Seite kritisch betrachtet werden Formen der direkten Partizipation, da diese als Konkurrenz- und damit potentielle Schwächung betrieblicher Mitbestimmung aufgefasst werden (Schaupp 2021, S. 101). Damit einher geht die Gefahr einer „institutionellen Schlagseite“ (Kißler et al. 2011, S. 29) gewerkschaftlicher Technopolitik, also eine ausschließliche Festlegung des Betriebsrats als partizipierendes Subjekt. Eine solche Verengung kann aus gewerkschaftlicher Perspektive insofern ungünstige Folgen nach sich ziehen, als dass in der „Zukunft der Betriebsratsarbeit in der digitalen Transformation von Arbeit, Organisationen und der

11 Betriebliche Partizipation beschreibt „formalisierte oder informelle Beteiligung der Beschäftigten oder ihrer RepräsentantInnen im Sinn von Einflussnahme, die entweder auf Belange des gesamten Betriebs gerichtet ist oder zumindest auf die Beeinflussung der eigenen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen bzw. auch der laufenden Arbeitsvollzüge abzielt.“ (Eichmann et al. 2006, S. 21) Damit stellt betriebliche Mitbestimmung eine rechtlich abgesicherte Spezialform betrieblicher Partizipation dar.

12 Bei der indirekten Partizipation sind die einzelnen Arbeitnehmer nicht unmittelbar in die Entscheidungen eingebunden, stattdessen erfolgt die Beteiligung über (gewählte) Vertreter (Hucker 2008, S. 32).

Gesellschaft (...) viel davon abhängen [wird], wie wirksam die Partizipationsbedürfnisse und -notwendigkeiten von Beschäftigten aufgenommen werden“ (Widuckel 2020, S. 32). Schließlich erschließt „eine partizipative Öffnung“ die Chance, „den Bedürfnissen und Interessen von Beschäftigten eher gerecht zu werden“ (Bella et al. 2022b, S. 228).

3.4 Kapitalinteressendominierter Digitalisierungsdiskurs als Kontext

Mit den Ausführungen der bisherigen Abschnitte dieses Kapitels wurde bereits die Grundlage zur Formulierung einer Erwartung zur Gestalt von dTPöG gelegt, in dem die Beschaffenheit der relevanten Formationsbedingungen besprochen wurden. Mit den nachfolgenden Ausführungen wird der zweite Bestandteil der weiter unten getroffenen Erwartung untersucht. Hierbei handelt es sich um den diskursiven Kontext, dessen verfügbare „Regeln und Ressourcen der Deutungsproduktion" (Keller 2008, S. 209) österreichische Gewerkschaften bis zu einem gewissen Grad aufgreifen müssen (zur Wechselwirkung zwischen Artikulation und Diskurs siehe Abschnitt 2.1).

Die hinter allem liegende Hintergrundschablone technopolitischer Machtkämpfe zwischen Arbeit und Kapital ist der digitale Kapitalismus (Staab 2019; Seidl 2023; Sevignani et al. 2023). Dieser unterscheidet sich zwar in Aspekten von vorangegangenen Akkumulationsregimen, kennzeichnend für diese Gesellschaftsform ist jedoch weiterhin die durch den Privatbesitz der Produktionsmittel hergestellte Herrschaft des Kapitals. Entsprechend kapitalinteressendominiert gestaltet sich der Digitalisierungsdiskurs. Gewerkschaften als technopolitische Akteure sehen sich mit der Herausforderung konfrontiert, im Kontext eines „alles andere als interessenpolitisch neutrale Digitalisierungsdiskurs“ (Pfeiffer 2019a, S. 232) zu agieren. Bei diesem handelt es sich „nicht zuletzt um einen durch Agenda-Setting hervorgerufenen Hype“, der „von Akteuren wie Verbänden, Manager*innen, Berater*innen und Wissenschaftler*innen, jeweils mit durchaus eigenen wirtschaftlichen oder politischen Interessen, erfolgreich inszeniert wurde“ (Haipeter et al. 2021, S. 9) um „Ressourcen und Handlungsbereitschaft zu mobilisieren“ (Kuhlmann 2023, S. 331).[13] Damit ist der Digitalisierungsdiskurs bereits technopolitisch geprägte Struktur.

Im Folgenden wird dargestellt, inwiefern diese Prägung in der diskursiv vermittelten Perspektive auf das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Technologieentwicklung, der Digitalisierung sowie betrieblicher Partizipation zum Ausdruck kommt. Wie schon oben angesprochen, wird damit ein Verständnis für den diskursiven Kontext generiert, in dem österreichische Gewerkschaften als technopolitische Akteure agieren. Zusätzlich generieren die nachfolgenden Ausführungen Erkenntnisse zur Form von Kapitalinteressen im Kontext der Digitalisierung, was insofern für die Formulierung einer Erwartung von Relevanz ist, als dass diese Interessen in gewerkschaftlicher Technopolitik unter kompromissorientierten Formationsbedingungen wohl auch eine gewisse Berücksichtigung finden.

[13] Augenscheinlich nachgezeichnet werden Strategien diskursiver Technopolitik durch die Kapital-Seite anhand der „erstaunliche[n] diskursive[n] Karriere“ (Pfeiffer 2017, S. 1) des Begriffes „Industrie 4.0“.

Wie auch schon bei der Darstellung der gewerkschaftlichen Positionierungen, wird im Zuge der Ausführungen auch auf die potentielle Machtwirkung der dargestellten Deutungen eingegangen.

3.4.1 Technikdeterminismus

Der *Technikdeterminismus* ist zentrales Element des kapitalinteressendominierten Digitalisierungsdiskurs (Boes et al. 2020, S. 308). Diese Deutung zum Verhältnis von Gesellschaft und Technologieentwicklung suggeriert einen Verlauf von Digitalisierungsprozessen entlang von naturwissenschaftlicher Eigenlogik, in der jeder weitere Entwicklungsschritt sich aus objektiven Kriterien technologischer Machbarkeit ergibt. Ebenfalls eindeutig und logisch scheinen in weiterer Folge die Auswirkungen von Technologieentwicklung auf das Soziale, also die Arbeitsorganisation, die industriellen Beziehungen etc. (Flecker 2017, S. 203). Die Technologie dringt demnach als dem Sozialen externer Akteur „in die Gesellschaft ein und erzwingen neue Formen sozialer Organisation und sozialen Verhaltens“ (Lutz 1987, S. 35). Entsprechende „Zwänge“ werden im Kontext der Digitalisierung beschrieben, etwa wenn „Anpassungsleistungen der Arbeit und ihrer Regulierung an die neuen technisch-organisatorischen Gegebenheiten und deren Prozessdynamiken“ (Kuhlmann und Rüb 2020, S. 28) eingefordert werden.

Der Widerspruch des Technikdeterminismus zur in Abschnitt 2.2 dargestellten, soziologischen Perspektive auf das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Technologieentwicklung, liegt auf der Hand. Besonders deutlich wird dieser Widerspruch anhand der diskursiven Verhandlung von Industrie 4.0. Hier wird die sogenannte „vierte industrielle Revolution“ als nächster, logischen Schritt „eine[r] Abfolge von technologisch bestimmten industriellen Revolutionen“ (Haipeter et al. 2021, S. 19; siehe hierzu auch Heßler und Thorade 2019) suggeriert. Ein Blick auf die arbeitsorganisatorischen Implikationen von Industrie 4.0 offenbart jedoch eine „Fortsetzung bzw. Radikalisierung des Lean-Production-Paradigmas, dessen Gegenstand seit jeher die Prozessoptimierung zugunsten einer höheren Flexibilität im Dienste von sich ausdifferenzierenden bzw. pluralisierenden Kundenanforderungen“ (Butollo et al. 2017, S. 35) darstellt. Insofern agiert keine technologische Neuerung als zentrale Triebfeder hinter Industrie 4.0, vielmehr wird Technologie in Orientierung an einem Leitbild betreffend den Produktionsprozess entwickelt und implementiert. Abgeleitete Anforderungen in etwa an Arbeitsorganisation, Führung oder Arbeitende (Hartmann 2017; Schrack 2018; Franken und Cutmore-Beinlich 2018) werden jedoch technikdeterministisch als technologisch bedingte Notwendigkeiten verhandelt.

Betreffend die Machtwirkung trägt dieser „adaptation discourse“ (Schlogl et al. 2021, S. 321) zu „einer tarifpolitischen Schwächung der Gewerkschaften und einer Disziplinierung der Betriebsräte“ (Ewen et al. 2022, S. 14) bei. Schließlich bleiben interessenpolitischen Akteuren auf Seiten der Arbeit nach dieser Perspektive nur zwei Alternativen: Die Zustimmung zur Umsetzung einer (kapitalinteressenbestimmten) Digitalisierung entlang eines linearen Pfades des vermeintlich technisch Machbaren, oder ein (teilweises) Verweigern

von Digitalisierung. Mit dem im nachfolgenden Abschnitt dargestellten Wettbewerbsfetisch wird dieser Handlungsspielraum noch einmal eingeschränkt.

3.4.2 Wettbewerbsfetisch

Karl Marx beschreibt Fetisch als die Deutung „bestimmte[r] gesellschaftliche[r] Verhältnis[se] der Menschen selbst, welches hier für sie die trügerische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt“ (Marx 1962 [1864], S. 86). Sozial konstruierten Phänomenen wie dem Warencharakter wird durch Fetischisierung der Status einer natürlichen Gesetzmäßigkeit zugeschrieben. Ähnlich verhält es sich im kapitalinteressendominierten Digitalisierungsdiskurs mit dem Wettbewerb. Exemplarisch für diesen *Wettbewerbsfetisch* kann ein Zitat aus einem Beitrag von Christoph Neumayer, dem aktuellen Generealsekretär der Industriellen Vereinigung, herangezogen werden. Laut ihm müsse der politische Zugang zum Thema Digitalisierung „auf den realen, heute herrschenden Ausgangsbedingungen aufbauen. Und Wettbewerb ist faktisches und prägendes Merkmal dieser Realität: ganz besonders auf dem Feld der Digitalisierung“ (Neumayer 2023, S. 49). Zum Ausdruck kommt der Wettbewerbsfetisch in einer „Verschränkung der als linear und notwendig gedeuteten Technikentwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien mit einem neoliberalen gesellschaftspolitischen Programm“ (Flecker 2018, S. 20), in dem „Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Konkurrenz“ sowie die „Hoffnung, neue Wachstumszyklen zu generieren“ (Herr 2020) zentrale Orientierungspunkte von Digitalisierungsprojekten darstellen. Wettbewerbsfähigkeit wird dabei „mit beschleunigten technisch-organisatorischen Neuerungen gleichsetzt“ (Kuhlmann und Rüb 2020, S. 28). Widerstand gegen Digitalisierung wird damit nicht nur zur Ablehnung des einzig möglichen, technologischen Entwicklungspfades-, sondern zum direkten Angriff auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigungssicherheit und letztendlich Wohlstand gedeutet. Der „dominante gesellschaftliche Diskurse der Notwendigkeit beschleunigter Digitalisierung“ (ebd., S.36) in Wechselwirkung mit „Unsicherheiten über die Grenzen zukünftiger Wettbewerbsfähigkeit und damit der Standort- und Beschäftigungssicherheit“ (ebd., S.36) fungiert als Druckmittel auf Gewerkschaften wie Arbeitende und wirkt damit deren Handlungsmacht entgegen.

3.4.3 Kommodifizierte Partizipation

Als dritte Stoßrichtung technopolitischer Ambitionen des kapitalinteressenorientierten Digitalisierungsdiskurses kann der Angriff auf institutionelle Machtressourcen auf Seiten der Arbeit identifiziert werden: „Die Kapital-Seite aber will wie vorher schon die Globalisierung nun die Digitalisierung explizit dazu einsetzen, die strukturelle Macht der Arbeit zu unterlaufen“ (Pfeiffer 2019a, S. 237). Konkret stehen institutionelle Machtressourcen der betrieblichen Mitbestimmung unter Beschuss (Schaupp 2021, S. 86–89; Müller und Ruiner 2022, S. 57–59). Rechtlich abgesicherte, betriebliche Mitbestimmung wird als im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit nachteilhaft eingeordnet, da das Miteinbeziehen eines Betriebsrats und etwaige Veto-Möglichkeiten als Innovationsverzögerung oder -blockade

gedeutet werden. Befürwortet werden jedoch informelle, direkte[14] Formen der betrieblichen Partizipation. Als partizipierendes Subjekt werden demnach Arbeitende selbst verhandelt, beobachtbar „ist ein Managementdiskurs, der Selbstvertretung und Selbstbestimmung der Beschäftigten gegen Stellvertretung und Mitbestimmung in Stellung bringt“ (Kuhlmann und Rüb 2020, S. 36).

Zum Ausdruck kommt die Präferenz für diesen, gegen die betriebliche Mitbestimmung in Stellung gebrachten Modus betrieblicher Partizipation in einer spezifischen Deutung: Das *effizienztheoretische Begründungsmusters* betont die „wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit von Partizipation für die Unternehmungen“ (Hucker 2008, S. 75). Im Kontext der Digitalisierung ergibt sich eine solche Vorteilhaftigkeit aus zwei Funktionen betrieblicher Partizipation: „making use of *experience* which is close to the workplace and relevant to practice and securing *acceptance“* (Pfeiffer et al. 2019, S. 302). Beispielhaft hierfür stehen Aussagen, denen zu Folge ein unzureichende Partizipationsmöglichkeiten im Kontext von Digitalisierungsprojekten „mangelnde Akzeptanz und Ablehnung auf Seiten der Mitarbeiter entstehen [lassen] und den Transformationsprozess hemmen oder gar gänzlich blockieren [können]“ (Bosse et al. 2019, S. 5). Als angemessene Handlungsform im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit wird eingefordert „das Wissen der Belegschaften umfassend zu aktivieren und Entscheidungskompetenzen zu dezentralisieren, um auf diese Weise die Flexibilität und die Innovationsgeschwindigkeit einer zunehmend individualisierten Produktion zu steigern“ (Ehrlich und Engel 2019, S. 204). Kurz auf den Punkt gebracht: „Innovation braucht hoch motivierte ArbeitnehmerInnen!“ (Passweg 2019).

Zwar kann auf den ersten Blick zumindest auf diskursiver Ebene der Eindruck eines „eigentümlichen Konsens“ (Kutlu et al. 2023, S. 52) zwischen Arbeit und Kapital betreffend der Befürwortung von Mitgestaltungsmöglichkeiten im Betrieb entstehen. Die von Kapitalseite präferierten Formen der Mitsprache durch Arbeitende eröffnen dabei zwar teilweise „arbeitspolitische Handlungsspielräume“ (ebd., S. 70) sind in der Reichweite ihrer Wirksamkeit jedoch klar an Kapitalinteressen geknüpft (Schörpf et al. 2020, S. 75; siehe hierzu auch Pretterhofer 2022). Praktiken betrieblicher Partizipation werden durch das effizienztheoretische Deutungsmuster dem Wettbewerbsfetisch untergeordnet. Des Weiteren wird betriebliche Partizipation im Sinne des Technikdeterminismus als Modus der Anpassung an die Digitalisierung verhandelt, nicht jedoch als gestaltende Praxis.

3.5 Fokussierung auf Industrie 4.0 und Forschungsfrage

Die bisherigen Ausführungen dieses Kapitels Revue passieren lassend, kann für die dTPöG unter beschriebenen Bedingungen eine Synthese der in den Abschnitten 3.3 und 3.4 dargestellten Positionen erwartet werden. Erstens ist eine ebensolche als Einpassung gewerkschaftlicher Positionen als Produkt ihrer Formationsbedingungen in den

[14] „Mit der direkten Partizipation ist die unmittelbare Teilhabe bzw. Teilnahme von Beschäftigten an betrieblichen Entscheidungen gemeint, die ohne Vermittlung durch eine spezielle Repräsentationsinstanz stattfindet.“ (Hucker 2008, S. 32).

kapitalinteressendominierten Digitalisierungsdiskurs als diskursive Großwetterlage erwartbar. Zweitens scheint im konsensorientierten Kontext der Sozialpartnerschaft das Streben nach Vereinbarung der Interessen von Arbeit und Kapital erwartungsgemäß. Eine derartige Deutungssynthese, die Gewerkschafts- und Kapitalinteressen in sich vereint, wird in weiterer Folge als *sozialpartnerschaftlicher Klassenkompromiss* besprochen.

Eine Möglichkeit wäre nun, die dTPöG zu Digitalisierung im Allgemeinen zu untersuchen und dabei eine Orientierung am sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss als Erwartungshaltung an das Datenmaterial heranzutragen. Bereits weiter oben wurde jedoch darauf hingewiesen, dass sozialpartnerschaftliche Praxis nach Sektoren und Branchen variieren kann (Abschnitt 3.1). Um also eine Konstellation möglichst in Form des bisher Beschriebenen untersuchen zu können, liegt die Fokussierung auf ein technopolitisches Feld nahe, in dem die Formationsbedingungen möglichst dem entsprechen, was in den Abschnitten 3.1 und 3.2 besprochen wurde. Warum sich unter dieser Prämisse die dTPöG zu Industrie 4.0 als idealer Untersuchungsgegenstand anbietet, wird im Folgenden dargelegt.

Unter dem Begriff „Industrie 4.0“ wird die Digitalisierung im produzierenden Sektor besprochen. Die Implementierung cyberphysischer Produktionssysteme gilt in der Vorstellung zu Industrie 4.0 als technologische Grundlage einer „vierten industrielle Revolution“. Just-in-Time Produktion und Losgröße 1 kursieren als Erwartungen an den vermeintlich disruptiven Technologieschub. Mittlerweile zeigt sich bereits an einigen Beispielen, dass die Umsetzung von Industrie 4.0-Technologien nicht unbedingt den hohen Erwartungen standhält (Hirsch-Kreinsen 2018; Wajcman 2023; Pfeiffer 2023; Uhl 2023) und die Deutung als revolutionäre Disruption wohl etwas zu weit greift. Vielmehr vollzieht sich Industrie 4.0 nicht „in einem Wurf, sie revolutioniere[t] weder die Produktionstechnologien radikal noch wirk[t] sie disruptiv auf bestehende technologische oder organisatorische Entwicklungsmuster. Ihr Eingang in die Produktionsbereiche erfolgt inkrementell, durch Erneuerung einzelner Maschinen, durch Aufrüstung von Maschinen mit neuer Steuerungssoftware oder durch Digitalisierung der Logistik“ (Haipeter 2019, S. 271). Unerfüllt blieben bisher wirtschaftspolitische Hoffnungen wie eine Reindustrialisierung Europas (Ploss 2014; Erol et al. 2016). Auch die Verwirklichung der Losung des „Menschen im Mittelpunkt“ (Pfeiffer und Huchler 2018, S. 170) findet in der Empirie nicht nur Bestätigung (Klippert et al. 2018, S. 240; Ehrlich und Engel 2019, S. 216). Nichtsdestotrotz – oder gerade deswegen – hält der auf der Hannover Messe 2011 ausgerufene Hype um Industrie 4.0 (Pfeiffer 2017) die Akteure der industriellen Beziehungen seither auf Trab.

Über das Wecken hoher Erwartungen betreffend wirtschaftlichen Standortvorteilen durch Industrie 4.0, konnten der Staat und seine Ressourcen für die Umsetzung entsprechender Projekte mobilisiert werden. Der hierbei angewandten Zugang wird als „thematisch fokussierter Korporatismus“ (Haipeter 2019, S. 20) oder auch „Technokorporatismus 4.0“ (Schaupp 2022) beschrieben. Unter staatlicher Koordinierung und Förderung sowie unter Einbezug der Sozialpartner werden hierbei Modernisierungsprojekte der

Industrie umgesetzt. Diese Projekte zeichnen „sich durch die Teilnahme der Gewerkschaft an der Durchsetzung der Digitalisierung aus, für die ihnen im Gegenzug Mitsprache bei deren konkreten Ausgestaltung zugesprochen wird“ (Schaupp 2021, S. 123). Technokorporatismus 4.0 impliziert also institutionelle Gewerkschaftsmacht. Die Rolle der Gewerkschaften in derartigem Kontext wird als „gestaltungsorientiert-kooperativ“ beschrieben (Schaupp 2022, S. 40), sie agieren klassisch im Sinne einer intermediären Organisation und orientieren sich an der Einflusslogik. Der technokorporatistische Modus der Technologieimplementierung vollzieht sich vor allem in „betrieblichen Leuchtturmprojekten durch eine teilweise Verlagerung der gewerkschaftlichen Technopolitik auf die betriebliche Ebene (...). Damit ist er Teil eines Prozesses der kontrollierten Dezentralisierung industrieller Beziehungen (...). Charakteristisch sind hier also keine ‚Eliten-Deals' der Gewerkschaftsspitzen, sondern vielmehr die Übernahme betriebswirtschaftlicher Logiken im Zuge der Teilnahme an Technikimplementierungsprojekten“ (Schaupp 2022, S. 41). Idealtypisch für derartige Arrangements sind etwa in Österreich die „Plattform Industrie 4.0“[15] (auf deren Website mittlerweile schon von Industrie 5.0 die Rede ist) oder in Deutschland das Projekt „Arbeit 2020+“[16]. Dass entsprechende Arrangements hauptsächlich im Produktionssektor beobachtbar sind, ist Ausdruck der „allgemeinen Dominanz des industriellen Sektors in korporatistischen Arrangements“ (Kiess 2022, S. 103).

Damit wird deutlich, dass sich unter gegebenem Forschungsinteresse eine Analyse von Industrie 4.0 optimal anbietet, um die oben formulierte Erwartung so präzise wie möglich zu überprüfen. Sozialpartnerschaftliche Praxis im Technokorporatismus 4.0 zeichnet sich in hohem Ausmaß durch jene Charakteristika aus, die auch für die Sozialpartnerschaft bezeichnend sind (kooperative Haltung der Sozialpartnerorganisationen, Konsensorientierung, usw.). Nicht umsonst wird das österreichische System industrielle Beziehungen als „neokorporatistisches“ Arrangement (z.B. Eiechhorst und Timo Weishaupt 2013), als „österreichischer Korporatismus“ (Tálos und Kittel 1996, S. 107) oder „Austrokorporatismus“ (Michalowitz und Tálos 2007) bezeichnet. Insofern, dass jene Parameter, die zur Formulierung der Erwartung führten, im Feld Industrie 4.0 in höchstem Ausmaß zutreffen, bieten sich hier optimale Bedingungen zum Überprüfen eben dieser Erwartung. Eine Beobachtung einer erwartungsgemäß am sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss ausgerichteten dTPöG im technopolitischen Feld Industrie 4.0 unterstützt daher die Annahme, dass industrielle Beziehungen, beziehungsweise deren konkrete Ausprägung im jeweiligen Feld, einen zentralen Einflussfaktor auf die Gestalt von dTP darstellen. Es ergibt sich die folgende Forschungsfrage:

Wie wirkt sich die sozialpartnerschaftliche Praxis im Bereich Industrie 4.0 als Formationsbedingung auf die Gestalt diskursiver Technopolitik österreichischer Gewerkschaften in diesem Feld aus?

15 https://plattformindustrie40.at/ zuletzt abgerufen am 15.10.2024
16 https://www.arbeit2020.de/ zuletzt abgerufen am 15.10.2024

Die Beantwortung dieser Frage soll sich nicht einfach als Widergabe der durch österreichische Gewerkschaften in den Diskurs eingebrachten Forderungen vollziehen, sondern in Form einer strukturierten Analyse umgesetzt werden. Das hierzu notwendige Werkzeug wird in den nachfolgenden Kapiteln bereitgesellt.

4 Die wissenssoziologische Diskusanalyse als Forschungsprogramm

Zur Untersuchung von dTP bedarf es – wenig überraschend – eines diskursanalytischen Zugangs. Die Diskursanalyse in ihren unterschiedlichen Varianten findet sich mittlerweile in dein meisten soziologischen Methodenhandbüchern. Grundlegend zielt sie darauf ab, Diskurse zum Untersuchungsgegenstand empirischer Forschung zu machen, um sozialwissenschaftliche, aber auch historische oder linguistische Erkenntnisse zu generieren. Im Großen und Ganzen lässt sich der diskursanalytische Zugang in den Sozialwissenschaften wie folgt zusammenfassen:

> *„Die sozialwissenschaftliche Diskursforschung beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen Sprechen/Schreiben als Tätigkeit bzw. soziale Praktiken und der (Re-) Produktion von Sinnsystemen/Wissensordnungen, den darin eingebundenen sozialen Akteuren, den diesen Prozessen zugrunde liegenden Regeln und Ressourcen sowie ihren Folgen in sozialen Kollektiven.“ (Keller 2011a, S. 9)*

Mittlerweile existieren zahlreiche Formen der Diskursanalyse in den Sozialwissenschaften (für einen Überblick siehe Keller 2011a, S. 13–63), denen unterschiedliche theoretische Prämissen zugrunde liegen oder bei denen verschiedene empirische Schwerpunkte gesetzt werden. Für die vorliegende Arbeit wurde etwa auch die Anwendung der Kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger (2015) oder ein Zugang in Orientierung an neomarxistischer Theorie nach Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2020) geprüft, schließlich fiel die Wahl auf die Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA) nach Reiner Keller (2008). Im Folgenden wird gezeigt, warum es sich hierbei in Anbetracht des behandelten Forschungsinteresses um den optimalen Zugang handelt. Hierzu wird zuerst auf zwei zentrale, theoretische Referenzpunkte der WDA eingegangen (Abschnitt 4.1 und 4.2). In Abschnitt 4.3 wird dann aufzuzeigen, wie diese in der WDA ineinandergreifen und warum sich aus dieser Synthese eine Perspektive auf dTP ergibt, mit der die Forschungsfrage optimal behandelt werden kann. Daran anschließend wird dargestellt, wie Reiner Kellers vage Leitlinie zur methodischen Umsetzung der WDA in der vorliegen Arbeit adaptiert wird (Abschnitt 4.4.1) und welches Datenmaterial hierbei herangezogen wird (Abschnitt 4.4.2).

4.1 Foucault: zur Relevanz der Formationsbedingungen von Diskursen

> *„Ich bin ein Experimentator und kein Theoretiker. Als Theoretiker bezeichne ich jemanden, der ein allgemeines System errichtet, sei es ein deduktives oder ein analytisches, und es immer in der gleichen Weise auf unterschiedliche Bereiche anwendet. Das ist nicht mein Fall. Ich bin ein Experimentator in dem Sinne, dass ich schreibe, um mich selbst zu ändern und nicht mehr*

dasselbe zu denken wie zuvor." (Foucault 1994, S. 42 zitiert nach- und übersetzt von Keller 2008, S.127)

Dieses Zitat des „Experimentators“ Foucaults mach deutlich, dass etwaige Erwartungshaltungen an sein Werk als einheitliche Diskurstheorie wenig Potential auf Erfüllung in sich tragen. Vielmehr entwickelt er seine Perspektive auf Diskurs als Untersuchungsgegenstand laufend weiter und akzentuiert sie neu (Parr 2017, S. 274). Grob eingeteilt werden kann die Entwicklung Foucaults Diskursversperspektive in zwei Phasen: Erstens die Phase der Diskursanalyse als Archäologie des Wissens, zweitens als Genealogie von Wissen/Macht-Regimen (Keller 2008, S. 131–142). Für einen Überblick über diese beiden Phasen im Sinne einer Identifizierung von Perspektiven, deren Einnahme den Blick auf den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit schärft, lohnt sich ein Streifzug durch diese entlang von Sekundärliteratur.

Das erste Mal spricht Foucault von Diskurs, als er in „Die Ordnung der Dinge“ (2023 [1966]) diesen als „sich ablösende grundlegende Wissensordnungen bzw. allgemeine Erkenntnisstrukturen“ (Keller 2011a, S. 16) herausarbeitet. Dabei geht er der Frage nach, „welches Grundmuster des Wissens (‚episteme‘) in spezifischen historischen Epochen“ (Keller 2008, S. 131) wissenschaftlichen Klassifikationsprozessen zu Grunde liegen. In der „Archäologie des Wissens“ (Foucault 1969) findet sich ein Verständnis von Diskurs als „eine Praxis des Denkens, Schreibens, Sprechens und auch Handelns, die diejenigen Gegenstände, von denen sie handelt, zugleich selbst systematisch hervorbringt“ (Parr 2017, S. 274). Diskursproduktion ist damit nicht nur auf Sprache begrenzt, sondern beruht auf einem vielfältigen „Ensemble von Verfahren der Wissensproduktion“ (ebd.). Diese beiden Bücher gelten als Hauptwerke der archäologischen Phase. Foucault verfolgt in dieser Phase das Ziel, Wissensordnungen vergangener Zeitalter „auszugraben“ und zu beschreiben. Auf der „empirischen Grundlage tatsächlicher Aussageereignisse“ wird dabei die „institutionelle Regulierung diskursiver Praktiken“ (Keller 2008, S. 132) rekonstruiert. Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses steht dabei die Frage danach, was zu einem gewissen Zeitpunkt zu einem gewissen Thema gesagt, gedacht, geschrieben, usw. werden kann und was nicht. Formationsregeln als „institutionell-praktischen, symbolisch-semantischen Verknappungsmechanismen, die zum Auftauchen spezifischer Aussagen an bestimmten Stellen führen“ (ebd.), ermöglichen demnach manche Aussagen und verhindern andere. Auch wenn diese Phase teilweise stärker „als reine Methodenkritik (…) oder als radikale wissenschaftstheoretisch begründete Neuorientierung empirischen Forschens in den Sozial- und Geisteswissenschaft“ (Keller 2008, S. 135) gedeutet wird, ist auch schon hier die Analyse von gesellschaftlichen Machtverhältnissen zumindest implizit angelegt. Schließlich ermöglicht auch die plausible Beschreibung der „intradiskursive Formation von Diskursen“ (Parr 2017, S. 274) – also der *internen* Formationsregeln des Diskurses – anhand des Archivs Aussagen über Aus- und Einschlussmechanismen machtwirksamer Wissensformen.

Explizit zum Gegenstand der foucaultschen Perspektive wird das Verhältnis von Diskurs und Macht in der Phase der Diskursanalyse als Genealogie von Macht/Wissen-Regimen. Die Brücke zwischen archäologischer- und genealogischer Phase schlägt als Übergangswerk „Die Ordnung des Diskurses“ (Foucault 1974). In den Fokus rücken nun die *externen* Formationsbedingungen von Diskursen, also die an „Verknappung [beteiligten] und damit ihrerseits Wissen [produzierenden] Institutionen“ (Kammler et al. 2017, S. 235). Diese Verknappung findet über Prozesse der Ausschließung und Reglementierung von- sowie die Regulierung des Zugangs zu Diskursen statt (Parr 2017, S. 274). In Werken wie „Überwachung und Strafe“ (Foucault 1991 [1975]) oder „Der Wille zum Wissen“ (Foucault 2023 [1976]) werden Diskurse als „Sprechakte und Sprachspiele, als strategisch-taktische Auseinandersetzungen und Kämpfe“ (Keller 2008, S. 137) analysiert. Die Genealogie der Macht-Wissens-Komplexe wird betrachtet als eine „Geschichte der Wahrheit, d.h. der Sprachspiele, die sich durch die Referenz auf ‚Wahrheit' zu legitimieren versuchen“ (Keller 2008, S. 139). Über den Transport umkämpften Wissens und damit kontingenter „Wahrheiten“, stellen Diskurse „Anschlüsse für die Ausbildung kollektiver und individueller Subjektivitäten bereit, generieren also Subjekteffekt[e]“ (Parr 2017, S. 276), indem sie „deren [Anm.: der Subjekte] Handlungsvermögen durch Bedeutungszuweisung konstituiert“ (Keller 2008, S. 140). In anderen Worten ermöglicht die Analyse der Verknappungsmechanismen von Diskursen Erkenntnisse zu Prozessen, über die jenes Wissen produziert und transportiert wird, welches Subjekte mit Macht im Sinne von Handlungsfähigkeit ausstattet. Dass diese Verknappungsmechanismen weniger in der Struktur des Diskurses selbst, sondern eher in den diskursgenerierenden, bzw. -einhegenden Institutionen identifiziert werden (externe statt interne Formationsbedingungen), stellt den zentralen Perspektivenwechsel zwischen der archäologischen- und der genealogischen Phase dar.

Der Anspruch der WDA geht jedoch über den Erkenntnishorizont beider Phasen foucaultscher Diskusforschung hinaus, in dem auch die Funktion von diskursiv transportiertem Wissen bei der Konstruktion sozialer Wirklichkeit als (all)täglich durch Menschen erzeugtes und erlebtes Bühnenbild ins Forschungsinteresse gerückt wird. Hierzu bedarf Foucaults Theoriengebäude einer Erweiterung: „Erst durch den Einbau spezifischer Akteurskategorien lässt sich ein soziologisch plausibles Verständnis des Verhältnisses von Diskursen und diskursiven Ereignissen, von Diskursen als strukturierenden und strukturierten Strukturen gewinnen“ (Keller 2008, S. 150). Diese Akteurskategorie leitet Reiner Keller aus Bergers und Luckmanns hermeneutischen Wissenssoziologie ab, deren überblicksartiger Darstellung sich der nächste Abschnitt widmet.

4.2 Berger und Luckmann: zur sozialen Konstruktion der Wirklichkeit

Peter L. Berger und Thomas Luckmann definieren die Zielsetzung ihres Werkes als Konzeption einer Wissenssoziologie, deren Erkenntnismetier sie mit der Untersuchung von Prozessen der „gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit“ abstecken. Zentrale Begriffe sind hierbei – wie auch bei Foucault – Wirklichkeit „als Qualität von Phänomenen (…), die ungeachtet unseres Wollens vorhanden sind“ (Berger und Luckmann 2021

[1966], S. 1) sowie Wissen „als als die Gewißheit, daß Phänomene wirklich sind und gewisse Eigenschaften haben“ (ebd.). Stehen bei Foucault (in der genealogischen Phase) jedoch Prozesse der Verknappung von Wissenszirkulation und damit einhergehende Machteffekte durch die Festlegung von Wahrheit durch institutionalisierte Gebilde im Fokus, ist die hermeneutische Wissenssoziologie nach Berger und Luckmann mit ihrem Erklärungsmodel stärker auf der Ebene der Alltagswelt angesiedelt. Historisch kontingente, gesellschaftliche Wissensvorräte in Form von Deutungs- und Handlungswissen konstituieren hier die Ordnung des Sozialen als objektive Wirklichkeit und strukturiert so das Alltagshandeln der Individuen durch „Inhalte wie Handlungsweisen, Regeln, Normen oder Moralvorstellungen“ (Keller 2011b, S. 130).

Reproduziert werden diese Wissensvorräte über einen „permanenten Prozess der interaktiven Objektivierung und Stabilisierung sowie der sozialisatorischen Aneignung von Wissensbeständen“ (Keller 2008, S. 181), der wie folgt skizziert werden kann: Über – sprachlich wie symbolisch – handelnde Akteure wird Wissen *externalisiert* und damit zur *Internalisierung* – also zur subjektiven Aneignung – verfügbar gemacht. Quasi zwischengeschalten ist der Prozess der *Objektivation,* in dem externalisiertes Wissen seinen objektiven, das heißt seinen wahrheitsförmigen, Charakter annimmt. Die permanent prozesshafte Wirkweise der Dreifaltigkeit aus Externalisierung, Objektivation und Internalisierung führt dazu, dass „die Beziehung zwischen dem Menschen als dem Hervorbringer und der gesellschaftlichen Welt als seine Hervorbringung dialektisch ist und bleibt. (…) Das Produkt wirkt zurück auf seinen Produzenten“ (Berger und Luckmann 2021 [1966], S. 65). Der so zirkulierende, allgemeine Wissensvorrat strukturiert das Alltagshandeln der Individuen etwa über „Typisierungen, die für die Hauptroutinen der Alltagswelt notwendig sind“ (ebd. S.45), legt also Kategorien, bzw. Deutungen für Andere, Situationen etc. fest und verknüpft mit diesen Deutungen angebrachte Weisen des Handelns. Neben dieser Ordnung des „Äußeren“ regelt Wissen im Verhältnis dazu auch „die ‚Ortsbestimmung‘ des Individuums“ (ebd. S.43) selbst, woraus es wiederum angebrachte und nicht angebrachte Handlungsweisen für sich selbst ableitet.

Stabilisiert wird dieser Prozess der Wissenszirkulation über Institutionen, die als Ergebnisse aus Habitualisierungsprozessen von Handlungsformen sowie deren Typisierung zu Stande kommen: „Wechselseitige Typisierung von Handlungen kommt im Lauf einer gemeinsamen Geschichte zustande. Sie können nicht plötzlich entstehen. Institutionen haben immer eine Geschichte, deren Geschöpf sie sind“ (Berger und Luckmann 2021 [1966], S. 58). Einmal etabliert werden Institutionen zu Elementen der Wirklichkeit. Als solche halten sie „menschliches Verhalten unter Kontrolle. Sie stellen Verhaltungsmuster auf, welche es in eine Richtung lenkt, ohne ‚Rücksicht‘ auf die Richtungen, die theoretisch möglich wären“ (ebd.). An dieser Stelle fühlen sich aufmerksame Leser:innen an Foucaults Diskurstheorie erinnert: Auch hier wirken Institutionen als Formationsbedingungen regulierend auf Diskurse und damit auf das zirkulierende Wissen ein. Der Fokus bei Berger und Luckmann liegt jedoch stärker auf der Frage nach konkreten

Wissensformen als Stabilisatoren von Institutionen, als auf deren Rolle bei der Etablierung von Macht-Wissen-Regimen: „Wenn die Integration einer institutionalen Ordnung nur auf der Grundlage des ‚Wissens', das ihre Mitglieder über sie haben, verstanden werden kann, so folgt daraus, daß die Analyse dieses ‚Wissens' für die Analyse der betreffenden institutionalen Ordnung entscheidend ist" (ebd., S. 69). Dabei steht nicht „theoretisches" Wissen über diese Institutionen im vordergründigen Interesse, sondern „vortheoretisches" Wissen, also „‚was jedermann weiß', ein Sammelsurium von Maximen, Moral, Sprichwortweisheiten, Werten, Glauben, Mythen und so weiter" (ebd., S. 70). Entsprechendes Wissen trägt maßgeblich zur Legitimation von Institutionen bei und verleiht ihnen die „Würde des Normativen" (ebd., S.100).

Macht kommt ins Spiel, wenn Positionen als „Bestimmer von Wirklichkeit" (Berger und Luckmann 2021 [1966], S. 124) durch gewisse Individuen, bzw. Gruppe monopolisiert werden und beständige Organisationsform der Gesellschaft diesen „Bestimmern ermöglicht, daß sie bestimmen" (ebd., S. 125). Insofern drücken sich Machtverhältnisse in „Hierarchien der Wissensverteilung und differenzierte[n], ungleiche[n] Chancen, Wissen zu produzieren, gesellschaftlich durchzusetzen oder sich individuell anzueignen" (Keller 2008, S. 41) aus. „Macht in der Gesellschaft schließt die Macht ein, (...) Wirklichkeit *zu setzen"* (Berger und Luckmann 2021 [1966], S. 128). Damit schließt das Verständnis von Macht bei Berger und Luckmann beinahe nahtlos an jenes bei Foucault an. Transportiert wird Wissen als Trägermedium der Macht bei Berger und Luckmann jedoch vor allem in alltäglichen Interaktionen und prägt Subjekte dabei über Sozialisationsprozesse. Diese Fokussierung stellt für Keller „theoretische Vereinseitigung" (Keller 2011b, S. 133), „antiintellektualistischen Impetus" (ebd.) sowie eine „theoretische und empirische Vernachlässigung der institutionellen Wissensproduktion, -objektivation und -vermittlung" (ebd.) dar. Diese Lücke schließt er über die Integration der Foucaultschen Diskurstheorie in Berger und Luckmanns Wissenssoziologie, worauf mit dem nächsten Abschnitt eingegangen wird.

4.3 Keller: zur diskursiven Konstruktion von Wirklichkeit

Reiner Keller spricht bei der wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) nicht von einer Methode, sondern von einem Forschungsprogramm. Im Folgenden wird dargestellt, wie dieses Forschungsprogramm theoretisch durch die Synthese Foucaults Diskurstheorie sowie der hermeneutischen Wissenssoziologie von Berger und Luckmann unterfüttert ist und warum gerade diese beiden theoretischen Bezugspunkte – Reiner Keller bezieht sich in seinen Ausführungen auch auf andere – sich als zentral für ein Verständnis der WDA im Sinne der Behandlung des mit dieser Arbeit verfolgten Forschungsinteresses erweisen. Keller selbst beschreibt diese Synthese wie folgt:

> *„Auf der Ebene der theoretischen Grundlegung geht es um eine Vermittlung von Annahmen der eher strukturtheoretisch angelegten Wissenssoziologie respektive Diskurstheorie von Michel Foucault in die Tradition der handlungstheoretischen Wissenssoziologie im Anschluss an Berger/Luckmann und das interpretative Paradigma der Soziologie." (Keller 2008, S. 187)*

Keller schwebt eine Perspektive auf Wissen vor, die über „basale Typisierungsprozesse für Handlungsprobleme des Alltagshandelns und der Professionen, Allerwelts-Wissensvorräte oder die Ethnographie kleiner Lebenswelten“ (ebd., S.188) hinausgeht. Foucaults Diskursbegriff wird daher als Strukturelement herangezogen, welches Wissen kollektiv, machtförmig und institutionalisiert einhegt und damit für breitete Gesellschaftszusammenhänge vereinheitlicht, bzw. verengt und spezifisches Wissen so zur gesellschaftlichen Wirklichkeit werden lässt (ebd. 190). Individuen sind diesen strukturellen und strukturierten Wissensformationen, die über Diskurse an sie herangetragen werden, nicht einfach unterworfene Subjekte. Bergers und Luckmanns Wissenssoziologie heranziehend, werden diese als handlungsvermögende Akteure konzeptualisiert, die über ihre diskursive Praxis zwar einerseits an der Reproduktion herrschender Wissensformen beteiligt sind, diese jedoch auch in gewissem Ausmaß beeinflussen können. Keller spricht in diesem Zusammenhang von einem „wissenspolitische[n] Makrogefüge der Produktion, Aufrechterhaltung und Transformation von gesellschaftlichen Wissensvorräten“, welches sich als „vielfach verschachtelte Struktur von Diskursen und Akteuren begreifen“ (ebd., S. 256) lässt. Strukturen und Akteure sind demnach gleichsam an der „diskursive[n] Konstruktion der Wirklichkeit“ (ebd., S. 185) beteiligt, wenn auch in unterschiedlichen Rollen.

Das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit unter Anwendung der WDA zu betrachten bedeutet, die dTP als Teil eines Prozesses „der sozialen Konstruktion, Zirkulation und Vermittlung von Deutungs- und Handlungsweisen auf der Ebene von institutionellen Feldern, Organisationen, sozialen Kollektiven und Akteure“ (Keller 2008, S. 192) zu verstehen. Dabei wird der untersuchte Diskursausschnitt als eines von vielen „analytisch abgrenzbare[n] Ensembles von Praktiken und Verläufen der Bedeutungszuschreibung, denen ein gemeinsames Strukturierungsprinzip zugrunde liegt“ (ebd.) betrachtet. Dieses gemeinsame Strukturierungsprinzip wird in der Formationsbedingung branchenspezifischer Ausprägung sozialpartnerschaftlicher Praxis erwartet. Mit dem Generieren von Erkenntnissen, die diese formulierte Erwartung unterstützen, soll darauf hingewiesen werden, dass die Produktion von „Regeln für Deuten und Handeln“ sowie von „Codes oder Deutungs- und Handlungsmuster, die die Wirklichkeit ordnen“ (Keller 2011b, S. 144) durch die Gewerkschaften nicht maßgeblich durch vermeintliche Sachzwänge der Digitalisierung determiniert sind, sondern mit dem System industrieller Beziehungen zusammenhängen, in das sie eingebettet sind. Die angestrebte Lüftung des ideologischen Schleiers der Alternativlosigkeit, verdeutlicht im Idealfall darüber hinaus sogar den Charakter von Gewerkschaften als „aktiv wahrnehmende und regelinterpretierend“ handelnde Akteure, die mit „Handlungskompetenzen“ (Keller 2008, S. 256) ausgestattet sind und diese zur kritischen Reflexion formationsbedingungsbedingter Strukturierungsprinzipien ihrer diskursiv-technopolitischen Praxis nutzen können.

Insofern verbleibt das Forschungsvorhaben zwar analytisch auf der Strukturebene, da die Untersuchung dTPöG als Produkt von Formationsbedingungen primär auf „gesellschaftsstrukturelle Aspekte der Konstitution von diskursivem Sinn“ (Traue et al. 2022, S. 632)

abzielt. Mit der Integration eines Akteurskonzeptes auf handlungstheoretischer Ebene erweitert sich jedoch die Perspektive auf Gewerkschaften als beforschte Diskursproduzentinnen, woraus sich ein breiteres Spektrum an Möglichkeiten zur Interpretation des analysierten Datenmaterials ergibt. Alleine Foucaults Theoriegebäudes hätte hierzu nicht ausgereicht, die Anwendung der WDA stellt also einen theoretischen Mehrwert für die Behandlung des Forschungsinteresses dar. Worin außerdem der methodische Mehrwert der WDA liegt, wird neben Ausführungen zur praktischen Umsetzung im nachfolgenden Abschnitt besprochen.

4.4 Methodische Umsetzung

Bereits weiter oben wurde dargestellt, dass Reiner Keller das von ihm vorgelegte Konzept der WDA nicht als strikt zu befolgende Blaupause versteht. Das breite Spektrum an Möglichkeiten betreffend die potentiell behandelbaren Fragestellungen auf Basis des theoretischen Unterbaus verunmöglicht die Bereitstellung eines „Standardmodell[s] für alle Fälle der Wissenssoziologischen Diskursanalyse“ (Keller 2008, S. 269). Wie auch Foucaults Werk ist die WDA daher eher als Werkzeugkiste zu verstehen, aus der je nach Forschungsinteresse das geeignete Werkzeug entnommen werden kann. Die beiden nachfolgenden Unterabschnitte widmen sich erstens eben dieser Werkzeugauswahl (Abschnitt 4.4.1) und legen zweitens fest, auf welchen Werkstoff diese Arbeitsgeräte angewandt werden sollen (Abschnitt 4.4.2).

4.4.1 Auswertungsstrategie

Die WDA methodisch umzusetzen bedeutet, eine „Rekonstruktion der diskursiven Konstruktion der Wirklichkeit“ (Keller 2008, S. 272) vorzunehmen. Dabei werden einzelne Artikulationen „nicht als singuläre Phänomene“ analysiert, „sondern im Hinblick auf ihre typische Gestalt als ‚Aussage‘. Gewiss werden die Äußerungen in einem materialen Sinne durch einzelne Sprecher produziert. Letztere agieren jedoch nicht als einzigartige Subjekte, sondern sind (...) Rollenträger, welche die sozio-historisch geformten und institutionell stabilisierten Regeln der Diskursproduktion“ (ebd., S. 186) aktualisieren.

Der Forschungsprozess setzt sich aus Momenten des Verstehens und des Erklärens zusammen, wobei beide Schritte nicht getrennt voneinander, sondern als miteinander verwoben vollzogen werden. Verstanden werden soll in einem ersten Manöver, welches Wissen im Diskurs transportiert wird. Im Zuge der typisierten Deskription wird hieraus eine typische Diskursgestalt herausgearbeitet, indem analysiert wird, welche Regelmäßigkeiten dem transportierten Wissen zugrunde liegen. Hierbei wird das Datenmaterial dekonstruierend „in einem Vorgang interpretativer Erschließung zerlegt, auf allgemeinere Kategorien bezogen, auf Muster befragt, auf Konsistenzen, Implikationen u.a. geprüft“ (Keller 2008, S. 272). Schließlich stellt die WDA auch den Anspruch einer „Erklärung gesellschaftlicher Folgen und Effekte“ (ebd.) der Diskurse. Dieser letzte Schritt kann mit den im Zuge dieser Arbeit umgesetzten Analysen nicht unternommen werden, in der Ergebnisinterpretation finden sich jedoch diesbezügliche Überlegungen. In der Literatur werden

„keine festen Regeln und kein Rezeptwissen mit Erfolgsgarantie für die Entwicklung überzeugender Deutungshypothesen“ (ebd. 274) zu Verfügung gestellt, betont wird die Wichtigkeit systematisch und nachvollziehbar vorzugehen und Gedankengänge transparent darzustellen.

Für die Auswahl der zu analysierenden-, also für das Durchlaufen des oben dargestellten Prozesses ausgewählten Elemente dTPöG, wird auf das von der WDA bereitgestellte „Begriffsgerüst zur Analyse gesellschaftlicher Wissenspolitiken als Diskurse“ (Keller 2008, S. 188) zurückgegriffen. Dieser konzeptionelle Werkzeugkoffer ermöglicht es, die dTP zu Industrie 4.0 systematisch beschreibbar zu machen. Beruhend auf der diskurstheoretischen Urbarmachung der hermeneutischen Wissenssoziologie, stellt dieses Begriffsgerüst ein weiteres, zentrales Argument für die optimale Eignung der WDA zur Behandlung des Forschungsinteresses dieser Arbeit dar. Mit der Analyse von *Deutungsmustern*, *Subjektpositionen* und *Klassifikationsschemata* kommt hierbei jedoch nur ein begrenzter Ausschnitt des „Interpretationsrepertoires“ (ebd., S. 240) der WDA zum Einsatz.

Um der typisierenden Deskription transportierter Wissenseinheiten eine nachvollziehbare Struktur zu verleihen, wird der analytische Blick vorab mit „sensibilisierenden Konzepten“ (Blumer 1954) geschärft (Kapitel 5). Zur Untersuchung transportierter Deutungsmuster wird als „analyseleitende Heuristik eine idealtypische Unterscheidung“ (Gotschall et al. 2017, S. 83) konzeptualisiert. Diese Idealtypen-Heuristik beruht auf dem oben dargestellten Forschungsstand zur Deutung von Digitalisierung (Abschnitt 3.3 und 3.4), erweitert diesen jedoch um eine Dimensio. Idealtypen nach Max Weber sind theoretische Konstrukte, die „je in sich die konsequenter Einheit möglichst vollständiger Sinnadäquanz zeigen, eben deshalb aber in dieser absolut idealen reinen Form vielleicht ebensowenig in der Realität auftreten, wie eine physikalische Reaktion, die unter Voraussetzung eines absolut leeren Raums errechnet ist“ (Weber 2014, S. 13). Die typisierende Deskription wird also als Abgleich der im Datenmaterial vorgefundenen Deutungsmuster mit den Deutungsmuster-Idealtypen der Heuristik umgesetzt, indem die empirische Realität „durch Angabe des Maßes der Annäherung (...) an einen oder mehrere“ (Weber 2014, S. 13) der Idealtypen beschrieben wird. Auch die typisierende Deskription von Subjektpositionen und Klassifikationsschemata wird durch sensibilisierende Konzepte unterstürzt, die ebenfalls aus der Literarturrecherche abgeleitet wurden. Dieses Vorgehen garantiert ein systematisches und nachvollziehbares Vorgehen bei der Erklärung der vorgefundenen Diskursmerkmale und der dabei behandelten Überprüfung der formulierten Erwartungen.

4.4.2 Auswahl des Datenmaterials und Analysestrategie

Die vorliegende Arbeit setzt sich zum Ziel, dTP als Intervention österreichischer Gewerkschaften in den öffentlichen Diskurs zu untersuchen. Nachgezeichnet werden sollen also die „diskursiv strukturierte Bestrebungen sozialer Akteure, die Legitimität und Anerkennung ihrer Weltdeutungen als Faktizität“ (Keller 2008, S. 193) gesamtgesellschaftlich durchzusetzen. In diesem Sinne wurden Artikulationsformate zur Analyse herangezogen,

die sich an ein möglichst breites Publikum richten. Hierzu bieten sich erstens die Mitgliedermagazine der Gewerkschaften an, die an sämtliche Mitglieder versandt- und online öffentlich einsehbar sind. Die Folgenden wurden in die Erhebung einbezogen:

- „Glück auf!“ (Magazin der Gewerkschaft PRO-GE; vertritt Produktionsarbeiter:innen und ist damit zuständig für Themen der Industrie 4.0)
- „Kompetenz“ (Magazin der Gewerkschaft GPA; vertritt Angestellte im industriellen Sektor)
- „Solidarität“ (Magazin des ÖGB; als Dachorganisation aller Fachgewerkschaften auch für Industrie 4.0 zuständig)

Zweitens wurden OTS-Presseaussendungen des ÖGB (sämtliche, gewerkschaftliche Presseaussendungen werden vom ÖGB versandt) in den Materialpool aufgenommen. Der Anfang der Untersuchungszeitraums wurde mit 2015 festgelegt, da das Thema Industrie 4.0 ab diesem Zeitpunkt in der dTPöG auftaucht und ab dann mehr oder weniger präsenter Gegenstand des untersuchten Diskursausschnitts darstellt. Miteinbezogen wurden sämtliche Magazine und Presseaussendungen bis zum Erhebungszeitpunkt Ende 2024. Da der Begriff Industrie 4.0 im Endeffekt ein Label für die Digitalisierung im produzierenden Sektor darstellt, wurden zur Analyse nicht ausschließlich Textstellen herangezogen, die diesen „Marketingbegriff“ (Bendel 2015, S. 740) anwenden. Berücksichtigt wurden auch Passagen, in denen die Digitalisierung der Industrie generell-, bzw. der Einsatz künstlicher Intelligenz in diesem Sektor besprochen wird.

> *„Wo vor kurzem noch Industrie 4.0 das bestimmende Schlagwort war, dreht sich heute alles um Künstliche Intelligenz.“ (GA17_24, S. 9)*

In einem ersten Schritt wurden sämtliche, in die Untersuchung einbezogenen Dokumente überblicksartig gesichtet, um zu eruieren, ob das beforschte Thema in ihnen Behandlung finden. Sofern die Dokumente eines der gesuchten Schlagworte enthielten (digital samt sämtlicher Tunkierungen, Industrie 4.0, Künstliche Intelligenz, Roboter, u.a.) wurde es für die Analyse ausgewählt und in die Auswertungssoftware MAXQDA geladen. Sämtliche, in die Analyse aufgenommen Dokumente sind in Kapitel 10 (Tabellenanhang) einsehbar. Dort finden sich auch die zugewiesenen Kürzel, mit denen die Zitate im Auswertungsteil dieser Arbeit dem jeweiligen Dokument zugeordnet werden. Diese Kürzel enthalten jeweils die Initialen des zitierten Magazins sowie eine fortlaufende Nummer. Nach dem Unterstrich folgt die Jahreszahl der Publikation. Die oben zitierte Passage etwa stammt aus der chronologisch siebzehnten in die Analyse aufgenommenen Ausgabe aus dem Magazin „Glück auf!“ und wurde im Jahr 2024 publiziert. Die Presseaussendungen sind mit PI (Presseaussendung Industrie) abgekürzt und mit der Information des Erscheinungsjahres ergänzt.

Unter Anwendung von MAXQDA wurden die als relevant identifizierten Textstellen (Artikel, Kommentare…) dann anhand eines Schemas codiert, welches sich aus der oben beschrieben Auswertungsstrategie ableitete. Hierbei kamen die nachfolgend dargestellten

Codes zum Einsatz. Beigefügt ist jeweils eine Erklärung, wann die jeweiligen Codes auf Textstellen vergeben wurden:

- Deutungsmuster zum Verhältnis zwischen Gesellschaft und Technologieentwicklung: Textstellen, in denen die Genese zum aktuellen Stand der Technologie ursächlich erklärt wird, beziehungsweise zukünftige Entwicklungen ursächlich prognostiziert werden. Ebenso Textstellen, in denen eine solche, ursächliche Erklärung implizit angelegt ist.
- Deutungsmuster zu Industrie 4.0: Textstellen, in denen Industrie 4.0 über definierende Merkmale charakterisiert wird, bzw. Handlungsweisen nahegelegt werden, wie mit dem über die definierenden Merkmale gedeuteten Phänomen umzugehen ist.
- Deutungsmuster zu betrieblicher Partizipation: Textstellen, in denen begründet wird, warum es sich im Kontext von Industrie 4.0 bei betrieblicher Partizipation um eine (nicht)wünschenswerte Praxis handelt, beziehungsweise betriebliche Partizipation implizit mit einem bestimmten Zweck in Verbindung gesetzt wird.
- Subjektposition: Textstellen, in denen Akteuren gewisse Eigenschaften, Rollen oder Handlungsweisen zugeschrieben werden.
- Klassifikationsschemata: Textstellen, in denen moralische/ästhetische Wertungen vorgenommen werden.

Am Ende des Codierprozesses wurde eine Liste der gesammelten Textstellen nach behandeltem Thema ausgegeben, die dann nach der oben dargestellten Auswertungsstrategie analysiert wurden. Hierbei kam das in Kapitel 5 dargestellte Analyseschema zum Einsatz.

5 Zu möglichen Gestalten diskursiver Technopolitik

Mit der grundlegenden Erwartung der vorliegenden Arbeit im Gepäck – also einer Gestalt von dTP zu Industrie 4.0 als Paradebeispiel für sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss –, widmet sich dieses Kapitel mit Rückgriff auf den Forschungsstand und das Interpretationsrepertoire der WDA der theoretischen Sensibilisierung. Ziel dieser Übung ist es, bei der typisierenden Deskription ein konzeptionelles Gerüst zur Hand zu haben, entlang dessen Beobachtetes eingeordnet - und so die Erwartung geprüft werden kann. Die nachfolgenden Abschnitte widmen sich hierzu jeweils einem im Zuge der Auswertung angewandten Konzept aus dem WDA-Werkzeugkoffer. Auf eine Definition und die Begründung von Relevanz und Eignung des jeweiligen Konzeptes für die umgesetzte Untersuchung, folgt jeweils ein Abstecken des potentiell möglichen sowie eine Verortung der Erwartung in diesem Spektrum.

5.1 Deutungsmuster diskursiver Technopolitik

Um konkrete dTP-Artikulationen der Analyse zugänglich zu machen, scheint das Konzept des Deutungsmusters besonders ertragreich. „Der Begriff des Deutungsmusters bezeichnet (...) grundlegende bedeutungsgenerierende Schemata, die durch Diskurse verbreitet werden und nahelegen, worum es sich bei einem Phänomen handelt“ (Keller 2008, 243). Deutungsmuster spielen eine zentrale Rolle in diskursiven Machtkämpfen, da diese als „Konflikte um Deutungsmacht“ (ebd., S. 209) geführt werden. „Deutungsmuster organisieren individuelle bzw. kollektive Erfahrungen und sie implizieren meist Vorstellungen (Modelle) angemessenen Handelns. Sie stiften dadurch Sinn“ (ebd., S. 240). Auch Schmalz und Dörre (2014, S. 232) wenden in ihren Ausführungen zu Diskursmacht den Begriff der Deutungsmuster an. Der Aufbau entsprechender Machtressourcen ist demzufolge davon abhängig, ob seitens der Gewerkschaft „Deutungsmuster für brennende Probleme“ angeboten werden können, sie also Modelle angemessen Handelns im Umgang mit Industrie 4.0 im Diskurs positionieren können. Auch Kuhlmann und Rüb beschreiben eine diskursive Rahmung von Auseinandersetzungen und Aushandlungen durch „Deutungsmuster, auf die in selbstverständlicher Weise zugegriffen wird“ (Kuhlmann und Rüb 2020, S. 24).

Bei Deutungsmustern in der dTP handelt es sich daher erstens insofern um eine relevante Analysekategorie, als dass sie – sofern ihre Durchsetzung im Kampf um Deutungsmacht gelingt – Gewerkschaften Handlungsmacht verleihen können. Schließlich transportieren sie Wissen darüber, welcher Umgang mit Industrie 4.0 angemessen ist und damit in weiterer Folge, unter dem Einfluss welcher Akteure deren Ausgestaltung legitimerweise stattfindet. Zweitens ermöglicht – wie nachfolgend gezeigt wird – eine Analyse der Deutungsmuster in gewerkschaftlicher dTP eine Einordnung der damit eingenommenen Positionierung in der Struktur sozialer Kämpfe im digitalen Kapitalismus. Vor dem Hintergrund des Forschungsinteresses der vorliegenden Arbeit lässt sich damit also untersuchen, ob die Ausprägung industrieller Beziehungen – „operationalisiert“ über die Qualität sozialpartnerschaftlicher Praxis im Bereich Industrie 4.0 – Einfluss auf die Positionierung durch Gewerkschaften in diesen Kämpfen nimmt.

Im Folgenden wird erstens Nancy Frasers Modell zur Systematisierung sozialer Kämpfe im Kapitalismus dargestellt und eingeordnet, wo in diesem Modell die in Abschnitt 3.5 formulierte Annahme zur Form von dTP als sozialpartnerschaftlicher Klassenkompromiss einzuordnen ist (Abschnitt 5.1.1). In einem nächsten Schritt wird vor dem Hintergrund Frasers Modells untersucht, welche Formen „emanzipatorischer Opposition“ gegenüber dem sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss als Positionierung im Kampf um Deutungsmacht denkbar sind (Abschnitt 5.1.2 und 5.1.3). Die sich aus den vorangegangenen Schritten ergebende Idealtypen-Heuristik betreffend die den Polen der Dreifachbewegung zuordenbaren Deutungsmusterbündeln, sowie die idealtypischen Koalitionsvarianten zwischen den jeweiligen Polen, sind in Abschnitt 5.1.4 dargestellt.

5.1.1 Zur Struktur gesellschaftlicher Kämpfe im digitalen Kapitalismus

Nancy Fraser Zugang zur Konzeptualisierung der „Struktur des sozialen Kampfes in der kapitalistischen Gesellschaft“ (Fraser 2015, S. 111) stellt eine Erweiterung der von Karl Polany (2021 [1944]) beschriebenen „Zweifachbewegung“ dar. Hiermit werden Auseinandersetzungen im Kapitalismus als geprägt durch den Widerspruch zwischen dem Bestreben nach *Vermarktlichung*, bzw. nach *Kommodifizierung* möglichst sämtlicher Lebensreiche auf der einen- und dem *sozialen Schutz* von Gemeinschaften, Lebensbedingungen, Natur und anderem vor den zerstörerischen Kräften des Marktes auf der anderen Seite beschrieben. Akteure politischer Kämpfe im Kapitalismus können in ihrer Stoßrichtung nach Polanyi (tendenziell) einem dieser beiden Pole – Markt und sozialer Schutz – zugeordnet werden. Nancy Fraser (2015) erweitert dieses Modell der Zweifachbewegung um einen dritten Pol: Emanzipation. Emanzipation taucht ihr zufolge ab den 1960ern als Motiv hinter Kämpfen der sogenannten „neuen sozialen Bewegungen“ auf und richtet sich gegen als paternalistisch, unterdrückend und ausbeuterisch wahrgenommene Institutionen des sozialen Schutzes.

Ziel dieser, stärker von Anerkennungs- als von Verteilungsfragen geleiteten Kämpfe im Sinne der Emanzipation war zwar alles andere als eine stärkere Vermarktlichung, schließlich „befruchteten sich die Politik der Anerkennung und das, was von der Kritik der Neuen Linken am bürokratischen Paternalismus übrig blieb, sowie die neoliberalen Kritiken am Bevormundungsstaat [jedoch] gegenseitig“ (Fraser und Jaeggi 2020, S. 118; siehe hierzu auch Boltanski und Chiapello 2008 und ihren Begriff der "Künstlerkritik"). Damit kam es zu einer Koalition zwischen Markt und Emanzipation: „In der Konfliktzone der Dreifachbewegung hat sich die Emanzipation mit den Kräften der Vermarktlichung zu einem Doppelangriff auf den sozialen Schutz zusammengeschlossen“ (Fraser 2015, S. 113) und damit die Basis der neoliberalen Hegemonie gelegt. Beendet war die bisherige Koalition zwischen Markt und Schutz und das sich auf dieser Verbindung konstituierende Akkumulationsregime des wohlfahrtskapitalistischen Nachkriegseuropas.

Führen wir uns nun die in den Abschnitten 3.3 und 3.4 dargestellten Deutungen in gewerkschaftlichen Positionen zur Digitalisierung sowie im kapitalinteressendominierten Digitalisierungskurs vor Augen, so lassen sich diese jeweils dem Pol Vermarktlichung, bzw. Schutz zuordnen. Während Technikdeterminismus und Wettbewerbsfetisch einen Digitalisierungsprozess im Sinne der Vermarktlichung anstreben und betriebliche Partizipation nach dem effizienztheoretischen Begründungsmuster diesem Ziel untergeordnet wird, werden Sozialdeterminismus und Gestaltungsoptimismus als Deutungsmuster des sozialen Schutzes ins Feld geführt. Schließlich sind die artikulierenden Akteure hier nach Schutz der Arbeitenden vor potentiellen Risiken der kapitalistischen „Teufelsmühle“ (Polanyi 2021 [1944], S. 59) bestrebt, betriebliche Partizipation nach dem ethisch-humanistischen Begründungsmuster wird als dieser Ambition gewachsene Praxis eingefordert. Eine als „sozialpartnerschaftlicher Klassenkompromiss“ definierbare Form von dTP, deren Auftreten wie in Abschnitt 3.5 dargelegt im Zusammenhang mit Industrie 4.0 erwartet

wird, stellt demnach eine diskursive Anrufung einer Koalition zwischen Markt und Schutz dar. Damit wäre jedoch nicht das gesamte Möglichkeitsspektrum innerhalb der Dreifachbewegung ausgeschöpft. Über eine Hinzunahme des dritten Pols ergibt sich die Option einer „emanzipatorischen Opposition“ zum sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss, womit der Analyse eine zusätzliche Dimension hinzugefügt- und damit eine präzisere Einordnung des Datenmaterials ermöglicht wird. Anhand welcher Deutungsmuster emanzipatorische Diskurspositionen zum Ausdruck kommen können, wird im nächsten Abschnitt dargestellt.

5.1.2 Deutungsmuster emanzipatorischer Technopolitik

Während die diskursiven Ausprägungen der beiden Dreifachbewegungspole Vermarktlichung und sozialer Schutz anhand der Literatur zum technopolitischen Agieren der vertretenden Akteure abgeleitet werden konnte, muss bei der Herleitung emanzipatorischer Deutungsmuster stärker auf theoretische Überlegungen zurückgegriffen werden. Wie sich zeigen wird, finden sich jedoch auch für die im Folgenden abstrakt hergeleiteten Deutungsmuster der Emanzipation bereits empirische Hinweise.

Zuallererst bedarf es einer Definition der Stoßrichtung emanzipatorischer Technopolitik. Diese kann als „aktiv für die Befreiung aus verschiedenen Herrschaftsverhältnissen“ (Buckermann und Koppenburger 2017a, S. 25) eintretende, technopolitische Orientierung festgelegt werden. Da emanzipatorische Opposition als Abgrenzung vom sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss konzeptualisiert wird, richtet sich ihre herrschaftsüberwindende Ambition gegen die Interessen einer der beiden Kompromissparteien sowie die Tendenz, Klassenwidersprüche „kraft eingeübter Einstellung“ (Weber 2014) konsensual zu lösen. Eine solche Opposition kann je nach eingegangener Koalition unterschiedlich ausgestaltet sein, hierzu kommen wir jedoch erst in Abschnitt 5.1.3.

Vorab gilt es zu konzeptualisieren, entlang welcher idealtypischen Deutungsmuster eine emanzipatorische Stoßrichtung von dTP im Kontext der Digitalisierung gefasst werden kann. Bei deren Herleitung wird – mit Blick auf die Darstellung der bisher besprochenen Deutungsmusterbündel – das Pferd gewissermaßen von hinten aufgezäumt. Die Überlegungen werden angeleitet von der Frage danach, welche Machtwirkungen und Formen legitimen Handelns über emanzipatorische Deutungsmuster vermittelt werden müssen, um der oben angeführten Definition zu entsprechen, also eine Befreiung aus-, bzw. in einem ersten Schritt den Widerstand gegen bestehende Herrschaftsverhältnisse als angemessene Zielorientierung im kollektiven Wissensbestand zu Themen rund um die Digitalisierung der Arbeitswelt zu positionieren.

5.1.2.1 Die Teilung des Sozialdeterminismus

Technikdeterministische Deutungsmuster beschränken das Repertoire angemessenen Handelns im Kontext der Digitalisierung auf die Anpassung sozialer Entitäten an technologischen Wandel. Sozialdeterministische Deutungsmuster transportieren Handlungsmacht für Akteure, die eine Technologieentwicklung nach selbstdefinierten Maßstäben

anstreben. Welches Deutungsmuster zum Verhältnis von Gesellschaft und Technologieentwicklung kann also die Überwindung von Herrschaft als legitime Handlungsstrategie im Zusammenhang mit Technologieentwicklung nahelegen? Hier muss Herrschaft als einziges, einem wünschenswerten Verlauf von Technologieentwicklung im Wege stehendes Phänomen gedeutet werden, demnach also in ihrem Einfluss auf Technologieentwicklung verabsolutiert werden. Gleichzeitig wäre die als Ergebnis von Herrschaft ausgestaltete Technologie als Mittel der Perpetuierung der konstituierenden Herrschaftsverhältnisse gedeutet.

Ein solcher *Herrschaftsdeterminismus* als Deutungsmuster zum Verhältnis von Gesellschaft von Technologieentwicklung erfüllt zwar die gesetzten Kriterien betreffen seiner Machtwirkung, stellt jedoch konzeptionell ein Problem dar. Schließlich handelt es sich hierbei eindeutig um eine Teilmenge sozialdeterministischer Deutungsmuster. Da kein Idealtyp der gebildeten Heuristik als Teilmenge eines anderen Idealtyps konzipiert werden kann, muss mit der Festlegung des Herrschaftsdeterminismus als emanzipatorisches Deutungsmuster auch das dem Pol des sozialen Schutzes zugeordnete, idealtypische Deutungsmuster neu konzipiert werden. Dabei steht mit Blick auf die Ausführungen aus Abschnitt 3.3 fest, dass die mit dem Gestaltungsoptimismus verknüpfte Deutung von Gesellschaft und Technologieentwicklung ebenso dem sozialdeterministischen Paradigma zuordenbar sein muss.

Unter den beiden oben formulierten Prämissen (keine Schnittmenge zwischen den Idealtypen; beide Idealtypen sozialdeterministisch), scheint die Bildung eines neuen Idealtyps für den Pol des sozialen Schutzes über die Formulierung der logischen Negation zur Annahme der Wirkungsweise des Sozialen auf die Technologieentwicklung im Herrschaftsdeterminismus angebracht. Diese Wirkweise wird als strukturdeterministisch festgelegt, da mit der Verabsolutierung der Wirkmächtigkeit von Herrschaft als „eine Quelle kausaler Macht (…), die der Wirksamkeit unpersönlicher kausaler Kräfte in der Natur äquivalent ist“ (Giddens 1988, S. 227) keine akteursinitiierte Einflussnahme auf Technologieentwicklung entgegen wirksamer Herrschaftsverhältnissen denkbar ist. Insofern bietet sich die Formulierung der Negation entlang der Mikro-Makro-Achse an. Dem Gegenstück zum Herrschaftsdeterminismus würde demnach eine Auffassung zugrunde liegen, der zufolge Technologieentwicklung „als eine beliebig formbare Schöpfung menschlicher Subjekte“ (Giddens 1988, S. 78) betrachtet wird. Den Einfluss struktureller Einflüsse auf diese Schöpfungsprozesse negierend, unterliegt Technologieentwicklung demnach dem Wirken von Akteuren und ihrer Agency als „Handlungsfähigkeit und Handlungsmacht von Einzelnen und Gruppen zur Durchsetzung ihrer Interessen“ (Melber 2017, S. 128). Macht als Faktor alleine dem Herrschaftsdeterminismus zuzuordnen und diesen Idealtyp als offen-deliberativ (in Orientierung an Habermas 1981) zu konzipieren, scheint als ungeeignet. Schließlich soll der Gegenpart zum Herrschaftsdeterminismus Unterschiede im Gestaltungsvermögen nicht negieren, sondern eine Gegenposition zur strukturell festgelegten Verteilung dieses Vermögens konzeptualisieren. Zentral ist die Offenheit von

Gestaltungsprozessen für die Intervention durch Akteure, deren (potentiell) unterschiedliches Ausmaß an Durchsetzungsfähigkeit als „Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den einen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“ (Weber 2014, S. 38) sich in der konkreten Aushandlungssituation konfiguriert. Insofern ist jede Gestaltungssituation aufs Neue genuin offen für Einflüsse als Ergebnis aus Interaktionsprozessen beteiligter Akteure. Als idealtypisches Deutungsmuster für den Pol des sozialen Schutzes wird daher der Begriff *situative Offenheit* festgelegt. Damit ergibt sich die Sinnhaftigkeit dieses Idealtyps nicht ausschlich aus der Abgrenzung zu Herrschaftsdeterminismus, sondern harmoniert auch mit dem Deutungsmuster des Gestaltungsoptimismus. Außerdem handelt es sich hier so wie beim Herrschaftsdeterminismus um eine „illegitime Form von Reduktionismus“ (Giddens 1988, S. 78), beide Deutungsmuster reihen sich demnach gut neben dem Technikdeterminismus als Idealtyp am Markt-Pol ein.

5.1.2.2 Prinzipieller Antagonismus

Der Wettbewerbsfetisch als Deutungsmuster erklärt die (schnellstmögliche) Implementierung der Digitalisierung als Rationalisierungsprogramm zur einzig logischen/legitimen Handlungsweise und ermächtigt damit Akteure, denen die Beseitigung etwaige Hürden (z.B. Regulierungen) ein Anliegen ist. Die gestaltungsoptimistische Deutung der Digitalisierung fordert Gestaltung als Praxis zur Vermeidung von Risiken- und Verwirklichung von Chancen der Digitalisierung ein. Je nachdem welche Chancen als erstrebenswert gedeutet werden, beziehen die sich für diese Chancen einsetzenden Akteure Handlungsmacht aus diesem Deutungsmuster. Ein emanzipatorisches Deutungsmuster der Digitalisierung muss die Überwindung von Herrschaft im Zuge der Digitalisierung als einzig legitime Handlungsweise in diesem Zusammenhang behaupten.

Eine derartige Deutung der Digitalisierung als Arena des Kampfes um Herrschaft lässt Fragen ihrer Ausgestaltung genauso außenvor, wie Postulate zur Dringlichkeit ihrer Implementierung. Vielmehr transportiert es Wissen, welches „Unterordnungsverhältnisse, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht in Frage gestellt worden waren, als äußerlicher Zwang als Form von Unterdrückung diskursiv konstituiert“ (Laclau und Mouffe 2020, S. 195). Die Deutung der Digitalisierung als Ergebnis und Stabilisator gegebener, unterdrückungsförmiger Herrschaftsverhältnisse eröffnet Handelsmacht für Akteure, denen an einer Überwindung eben dieser Herrschaftsverhältnisse gelegen ist. In seiner Reinform bleibt dieses Deutungsmuster auf diesen Aspekt beschränkt, insofern lässt es sich unter dem Begriff des *prinzipiellen Antagonismus* fassen.

5.1.2.3 Betriebliche Partizipation als demokratische Praxis

Schließlich kann bei der Festlegung des idealtypischen Deutungsmusters zu betrieblicher Partizipation als Ausdruck emanzipatorischer Bestrebungen wieder auf bestehende Konzepte zurückgegriffen werden. Das *demokratietheoretische Begründungsmuster* deutet das Schaffen von Beteiligungsmöglichkeiten betreffend Entscheidungen im Betrieb als logisch-konsequente Umsetzung der Prinzipien demokratisch verfasster Gesellschaften. Ein über Privatbesitz legitimiertes Monopol an Verfügungsmacht über die

Produktionsmittel und die daran geknüpfte Hoheit über sämtliche Entscheidungen im Betrieb, steht im Widerspruch zu diesen Prinzipien (Hucker 2008, S. 73–74). Insofern wird betriebliche Partizipation hier als emanzipatorische Überwindung bestehender Formen betrieblicher Herrschaft gedeutet. Neben dieser normativen- enthält auch das demokratietheoretische Deutungsmuster auch eine zweckrationale Komponente:

> *„Die eingeschränkte Gültigkeit des Freiheits- und Gleichheitsgrundsatzes in Betrieben ist insofern problematisch, als dass die Erwerbstätigen spezifischen Verhaltenserwartungen ausgesetzt sind, die den gesellschaftlichen und politischen Anforderungen, mit denen sie als Staatsbürger konfrontiert werden, oft diametral entgegen stehen. Während funktionierende Demokratien auf freie und mündige Bürger angewiesen sind, verbringt ein Großteil der Bevölkerung einen beträchtlichen Teil seiner Lebenszeit innerhalb von Strukturen, in denen nicht Mündigkeit und individuelle Handlungsfreiheit gefordert sind, sondern die Unterordnung unter fremdgesetzte Ziele.“ (Hucker 2008, S. 74)*

Ein Ausbau betrieblicher Partizipation wird zum Modus angemessenen Handelns gedeutet, um Demokratie als Gesellschaftsform an sich zu stärken, bzw. auszubauen (siehe hierzu auch Honneth 2023; Kiess und Schmidt 2020 und viele andere, die sich der Beforschung der sogenannten Spillover These widmen). Insofern reicht die emanzipatorische Ambition dieses Deutungsmusters auch über den Betrieb hinaus.

5.1.3 Zweierlei Ausprägungen emanzipatorischer Opposition

Die Ausführungen der letzten Abschnitte zusammenfassend, lassen sich drei dTP-Idealtypen entlang von Deutungsmusterbündeln konzipieren, die jeweils einem Pol der Dreifachbewegung zuordenbar sind. Zur Vervollständigung der Heuristik, gilt es nun noch auf die Koalitionsvarianten zwischen emanzipatorischer- und vermarktlichender-, beziehungswiese schutzorientierter Technopolitik einzugehen. Hierzu werden diese Koalitionsvarianten als Syntheseformen der zuordenbareren Deutungsmuster diskutiert. Beide Formen diskursiver Zusammenschlüsse (Emanzipation-Markt und Emanzipation-Schutz) werde dabei in Abweichung von sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss (Markt-Schutz) und damit als Formen emanzipatorische Opposition gefasst. Wie bisher die jeweils einem Pol der Dreifachbewegung zugeordneten Deutungsmuster, stellen auch die Koalitionsvarianten insofern idealtypische Gebilde dar, als dass sie genau mittig zwischen den jeweils koalierenden Polen konzipiert werden. Konkret beobachtbare Koalitionen weichen wohl von der goldenen Mitte ab.

Beginnen wir mit der Koalition zwischen Emanzipation und Markt. Die emanzipatorisch-oppositionelle Haltung muss hier in einem Bestreben nach Herrschaftsüberwindung zum Ausdruck kommen, welches mit der Ausweitung vermarktlichender Ambitionen im Einklang steht. Damit bleiben nur die Institutionen des sozialen Schutzes, deren Herrschaft als überwindungsbedürftig gedeutet werden kann, weil sie den Zielen einer wettbewerbssicherungsnotwendigen Implementierung von Digitalisierung als Rationalisierungsprogramm im Wege stehen. Betriebliche Partizipation passt hier – im Sinne des partizipativen Managements (z.B. Wolf 2003) – als an die Subjektivierung der Akkumulationslogik

geknüpftes Angebot der Selbstverwirklichung an Arbeitende ins Bild. Diese Form emanzipatorischer Opposition wird als *libertäre Opposition* benannt.

Im Fall einer Koalition zwischen Emanzipation und Schutz muss sich die Bestrebung nach Herrschaftsüberwindung gegen jene Institutionen richten, deren Zielsetzung eine größtmögliche Kommodifizierung von Arbeitskraft im Sinne der Kapitalakkumulation darstellt. Begründet ist diese Ablehnung kapitalismusimmanenter Herrschaft des Kapitals über die Produktionsmittel mit einer Deutung des Widerspruchs zwischen dieser Herrschaftsform und der Möglichkeit, die Digitalisierung im Sinne „Guter Arbeit" auszugestalten. Deshalb wird die Herrschaftsüberwindung im Kontext der Digitalisierung als möglich und notwendig gedeutet. Betriebliche Partizipation als „doppelter Transformationshebel" fungiert hier als Praxis „zu einer gelingenden Gestaltung der digitalen Transformation wie auch zur Transformation betrieblicher Machtverhältnisse" (Frey et al. 2024, S. 56). Diese Koalitionsvariante wird als *demokratische Emanzipation* benannt und stellt eine klare Opposition zum sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss dar: „Wirtschaftsdemokratie, die wirklich an die Grundlagen der kapitalistischen Verhältnisse rührt, ist kein korporatismuskompatibles Projekt" (Urban 2011, S. 85–86).

Sowohl sozialpartnerschaftlicher Klassenkonsens als auch libertäre Emanzipation können als „defensiv-anpassende" politische Projekte verstanden werden, weil: „technologischen Wandel und seine Ordnungsbedingungen (...) eher als unhintergehbar wahrnehmen [und sie] die existierende Gesellschaftsordnung nicht grundlegend in Frage stellen" (Buckermann und Koppenburger 2017b, S. 35). Demokratische Emanzipation kann dem gegenüber als offensiv-erschaffend klassifiziert werden, schließlich sind entsprechende Positionen „potentiell offen für grundlegende und radikale Richtungsänderungen hin zu einer anderen, dann zu gestaltenden Gesellschafts- und Technikordnung" (Buckermann und Koppenburger 2017b, S. 35).

5.1.4 Die Idealtypen-Heuristik auf einen Blick

Anhand von Abbildung 1 sind die idealtypischen Deutungsmusterbündel als Ausdruck jeweils eines Pols der Dreifachbewegung sowie die Koalitionsvarianten zwischen den Polen dargestellt.

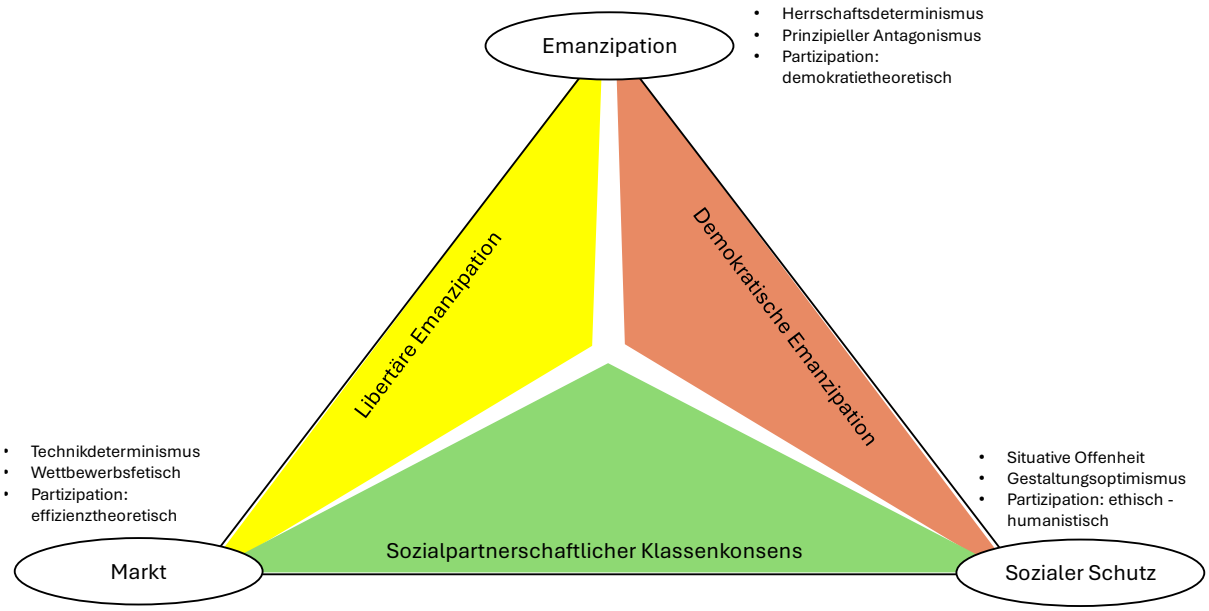

Abbildung 1- Struktur diskursiver Technopolitik; Quelle: eigene Darstellung

Anzumerken ist noch, dass durch die Aufnahme des Pols der Emanzipation in die Heuristik sowie die Konzipierung eines zugehörigen Deutungsmusterbündels nicht nur eine differenziertere Betrachtungsweise auf das analysierte Datenmaterial ermöglicht, als dies unter Annahme einer Zweifachbewegung möglich gewesen wäre. Zusätzlich können auch anhand der Literaturrecherche dargestellte, politische Positionierungen im Kontext der Digitalisierung präziser beschrieben werden. So stellen Ambitionen eines Abbaus von Mitbestimmungsrechten im kapitalinteressendominierten Digitalisierungsdiskurs (Abschnitt 3.4.3) durchaus gewisse Tendenzen in Richtung libertärerer Emanzipation dar. Gleichzeitig trägt die mit dem Gestaltungsoptimismus verknüpfte Deutung der zu vermeidenden und vermeidbaren Risiken der Digitalisierung als potenzielle durch Interessen von Herrschenden herbeigeführte Technisierungsfolgen (Abschnitt 3.3.2) Aspekte einer Orientierung an der demokratischen Emanzipation in sich.

5.2 Subjektpositionen

Mit der Analyse transportierter *Subjektpositionen* verschiebt sich der Fokus von Wissenselementen über Phänomene, hin zu Wissenselementen über Akteure. Unter dem Konzept der Subjektposition versteht man vom „Diskurs konstituierte Subjektvorstellungen und Identitätsschablonen für seine möglichen Adressaten“ (Keller 2008, S. 236). Diese Identitätsschablonen positionieren soziale Akteure als „Helden, Retter, Problemfälle, vernünftig und verantwortungsvoll Handelnde, Bösewichte etc.“ (Keller 2008, S. 249). Derartige „Positionierungsvorschläge für soziale Handlungsträger“ (Keller 2008, S. 265) können für die adressierten Akteure mit der Ausstattung von Handlungsmacht einhergehen, gegebenenfalls begrenzt auf gewisse Kontexte. Gewerkschaftliche Diskursmacht lässt sich also über den Transport von Subjektpositionen für

Gewerkschaftsakteurinnen herstellen, die diese (in diesem Fall) im Kontext der Digitalisierung als legitime (Mit-)Gestalterinnen des aktuellen Wandels der sozio-technischen Systeme positionieren. Hierzu bedarf es der Mobilisierung narrativer Ressourcen durch das Anrufen vergangener Erfolge sowie (dadurch) einer Zuschreibung von Problemlösungskompetenz betreffend urgente Probleme (Schmalz und Dörre 2014, S. 232). Ebenso relevant wie Subjektpositionen für Gewerkschaften selbst, scheinen in diesem Zusammenhang transportierte Identitätsschablonen für Arbeitende. Werden diese als aktive, renitente, kämpferische-, oder als passive, kompromissorientierte, Arbeitskämpfe an die Gewerkschaft delegierende Akteure konstituiert? Die Antwort auf diese Frage kann Auswirkungen auf die Mobilisierbarkeit der Arbeitenden- und damit auf die Organisationsmacht von Gewerkschaften haben.

Eine Analyse der Subjektpositionen für Gewerkschaften und Arbeitende, die in der dTPöG transportiert werden, ermöglicht jedoch nicht nur interpretative Vermutungen zu Zusammenhängen zwischen Diskursstrategien und gewerkschaftlicher (Hundlungs-)Macht. Sie versetzt uns auch die Lage zur Überprüfung einer formulierten Erwartung zur gewerkschaftlichen Identität im Feld Industrie 4.0. Erwartet wird das Vorherrschen einer Gewerkschaftsidentität als Sozialpartnergewerkschaft, die sich in ihrer interessenpolitischen Praxis auf „gesetzliche, normative und/oder soziokulturelle Regelungsmuster“ (Pernicka und Stern 2011, S. 338) der Sozialpartnerschaft konzentriert. Dies sollte sich im Sinne der formulierten Erwartung auch in den diskursiv transportierten Subjektpositionen widerspiegeln. Das Gegenstück hierzu wäre die bewegungsgewerkschaftlichen Identität als „entweder im betrieblichen oder überbetrieblichen Kontext auf interessenpolitische Mitwirkung sowie auf die Selbstorganisationsfähigkeit und -ermächtigung der Beschäftigten“ (Pernicka und Stern 2011, S. 338–339) abzielende Form der Gewerkschaftsidentität. Auf die Konzipierung eines detaillierten Analyserasters oder einer Idealtyp-Heuristik, wird in diesem Fall verzichtet. Die beiden Idealtypen zu Gewerkschaftsidentität dienen als sensibilisierende Konzepte für die Auswertung.

5.3 Klassifikationsschemata im Digitalisierungsdiskurs als Querschnittsthema

Last but not least, soll mit der Untersuchung von Klassifikationsschemata eine dritte Wissensform zur konzeptionellen Erschließung der dTPöG finden. Klassifikationsschemata „beziehen sich nicht nur auf die Einteilung von Tatsachen, sondern ebenso auf moralische und ästhetische Bewertungen von Phänomenen als gut oder böse, schön/hässlich/erhaben etc.“ (Keller 2008, S. 247). Hierdurch sind Klassifikationsschemata maßgeblich an der Konstituierung der „Art und Weise unserer Erfahrung von Phänomenen“ (ebd.) beteiligt. Das Anrufen von Klassifikationsschemata zum Aufbau gewerkschaftlicher Diskursmacht wird auch von Schmalz und Dörre (2014) thematisiert. Sie raten zur „Skandalisierung von Ungerechtigkeiten, indem Gewerkschaften Klassifikationskämpfe“ (2014, S.

231) führen, wobei eine Orientierung an herrschenden Moralvorstellungen empfohlen wird.

Von allen Augenmerken bei der Analyse ist die Untersuchung von Klassifikationsschemata am offensten angelegt. Aus der Literatur lassen sich nur begrenzt sensibilisierende Konzepte für die Auswertung von Klassifikationsschemata ableiten. Am ehesten unterscheiden sich Diskurse in ihrer Klassifikation der Digitalisierung demnach grob gesagt darin, ob diese (im Angesicht der jeweiligen Interessenlage) als positiv oder negativ klassifiziert wird. Buckermann und Koppenburger (2017, S.34) differenzieren diesbezüglich in ihrer Kartierung technopolitischer Akteure zwischen optimistischer- und pessimistischer Haltung, Kuhlmann und Rüb (2020, S. 26-29) zwischen Chancen- und Risikodiskurs. Klassifiziert werden kann jedoch nicht nur die Digitalisierung (bzw. Industrie 4.0), sondern auch andere Diskursinhalte. Insofern liefert die Unterscheidung zwischen affirmierender/ablehnender, optimistischer/pessimistischer oder chancen-/risikoorientierter Klassifikation des Wandels im sozio-technischen System nur begrenzt Orientierung für die Auswertung. Des Weiteren liegt der Analyse der Klassifikationsschemata keine Erwartung zu Grunde, die es zu überprüfen gilt.

6 Auswertung

Ausgestattet mit dem Wissen zu theoretischer Perspektive und methodischen Umsetzung der WDA sowie einem ganzen Repertoire an sensibilisierenden Konzepten steht nun einem konzeptionell fundierten, strukturierten Auswertungsprozess nichts mehr im Wege. Abschnitt 6.1 widmet sich der Darstellung und Analyse von Artikulationen, in denen Deutungsmuster zum Verhältnis von Gesellschaft und Technologieentwicklung (Abschnitt 6.1.1), zu Industrie 4.0 als Ausprägung der Digitalisierung im Produktionssektor (Abschnitt 6.1.2) sowie zu betrieblicher Partizipation im Kontext von Industrie 4.0 (Abschnitt 6.1.3) transportiert werden. Bei der Analyse der entsprechenden Passagen wurden im Sinne der typisierenden Deskription entlang der gebildeten Idealtypen-Heuristik die nachfolgenden Leitfragen an das Datenmaterial herangetragen. Je nach Beantwortung der Frage, wurde die Analyse als Mischform mehrerer- oder hauptsächlich orientiert an einzelnen Idealtypen eingeordnet. Welche Stoßrichtung diese Antworteten grob aufweisen mussten, um dem jeweiligen Idealtyp zugerechnet zu werden, ist ebenfalls in der untenstehenden Auflistung ersichtlich:

- Deutung des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Technologieentwicklung: Welche Richtung der Kausalität wird diesem Verhältnis manifest oder latent zugrunde gelegt?
    - Technikdeterminismus: Die Technologie entwickelt sich entlang einer ihr inhärenten Eigenlogik, die Organisation des Sozialen muss sich das jeweilige Stadion ihrer Gestalt anpassen.

    - Situative Offenheit: Die Richtung der Technologieentwicklung wird durch das intentionale Handeln sozialer Akteure bestimmt und wird ständig ausgehandelt.
    - Herrschaftsdeterminismus: Die Entwicklung und Ausgestaltung von Technologie schreibt sich in Herrschaftsverhältnisse ein und fungiert dabei als Stabilisatoren dieser Verhältnisse.
- Deutung von Industrie 4.0: Womit gilt es sich im Zusammenhang mit dem gedeuteten Phänomen zu beschäftigten? Was ist die angebrachte Handlungsweise im Umgang mit dem Phänomen?
    - Wettbewerbsfetisch: Im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit müssen dem Rationalisierungsprogramm Industrie 4.0 sämtliche Hürden aus dem Weg geräumt werden.
    - Gestaltungsoptimismus: Wenn Industrie 4.0 aktiv gestaltet wird, können Risiken für Arbeitende vermieden- und Chancen verwirklicht werden.
    - Prinzipieller Antagonismus: Nicht wünschenswerte Herrschaftsverhältnisse müssen überwunden werden, um eine wünschenswerte Digitalisierung im produzierenden Sektor herbeizuführen.
- Deutung betrieblicher Partizipation: Welche Funktionalität wird betrieblicher Partizipation im Kontext der Digitalisierung zugeschrieben?
    - Effizienztheoretisch: Betriebliche Partizipation bringt wirtschaftliche Vorteile, indem sie die Umsetzung der Digitalisierung unterstützt.
    - Ethisch-Humanistisch: Betriebliche Partizipation ermöglicht eine Verbesserung der Arbeitsbedingung im Kontext der Digitalisierung.
    - Demokratisch: Betriebliche Partizipation im Kontext der Digitalisierung ist die konsequente Umsetzung der normativen Forderung nach Demokratie am Arbeitsplatz.

Die exemplarischen Antworten auf die Leitfragen müssen im Datenmaterial nicht exakt wie oben dargestellt beantwortet werden, um die analysierte Textpassage als Ausdruck eines oder mehrerer Idealtypen zu identifizieren. Der dargelegte Katalog dient nicht als strikte Schablone, sondern als transparente Offenlegung der grundsätzlichen Tendenz des Auswertungsprozesses im Sinne der Nachvollziehbarkeit. Außerdem sollen sie dem/der Leser:in als Orientierungshilfe bei der Lektüre des Auswertungskapitels dienen.

Auf die Deutungsmusteranalyse folgt die Untersuchung der transportierten Subjektpositionen (Abschnitt 6.2), wobei der Fokus vor allem auf Arbeitende und Gewerkschaften als Adressat:innen gelegt wird. Auch hierzu folgen exemplarische Leitfragen, die analog zum oben beschriebenen Vorgehen bei der Analyse zum Einsatz kommen

- Wie werden die Subjekte charakterisiert? Über welche Fähigkeiten, Handlungen oder Betroffenheiten?
- Welches Handlungspotential wird den Subjekten zugeschrieben?

Die Analyse der transportierten Klassifikationsschemata verläuft als Querschnittsthema während der Analyse von Deutungsmustern und Subjektpositionen. Entsprechend dem offenen Zugang hierbei wurde kein Leitfragenkatalog zur Orientierung formuliert.

6.1 Sozialpartnerschaftlicher Klassenkompromiss par excellence?

Die Überschrift dieses Abschnitts bringt die Ergebnisse der Untersuchung der transportierten Deutungsmuster in der dTPöG zum Thema Industrie 4.0 bereits auf den Punkt. Eine Unterstützung der formulierten Erwartung betreffend die Koalition zwischen den idealtypischen Deutungsmustern der beiden Dreifachbewegungs-Pole sozialer Schutz und Vermarktlichung ist auf Basis des ausgewerteten Datenmaterials weitgehend möglich. Das Fragezeichen am Ende der Überschrift dient jedoch nicht nur dem Spannungsaufbau. Speziell eine der transportierten Wissensformationen tanzt aus der sozialpartnerschaftlichen Reihe. Handelt es sich hierbei um eine Ausnahme, die die Regel bestätigt? Oder muss die Unterstützung der Erwartung durch das analysierte Datenmaterial relativiert werden? Im Folgenden wird dargestellt, worauf diese einleitende Vorab-Einordnung der Ergebnisse beruht.

6.1.1 Gestaltbare Alternativlosigkeit

Im Datenmaterial zu Industrie 4.0 finden sich zahlreiche Artikulationen, mit denen Deutungsmuster zum Verhältnis zwischen Gesellschaft und Technologieentwicklung transportieret werden. Erste Aufschlüsse hierzu finden sich bereits auf der Seite des Inhaltsverzeichnisses in GA1_15, also in der ersten Ausgabe von „Glück auf!“, in der Industrie 4.0 im Rahmen einer Coverstory thematisiert wird. Die abgedruckte Kurzbeschreibung zum Leitartikel ordnet Industrie 4.0 als logischen, nächsten Schritt in einer Abfolge technologisch induzierter, industrieller Revolutionen ein:

> *„Nach dem historischen Weg von der Dampfmaschine über das Fließband zur Automatisierung befinden wir uns nun am Beginn der vierten industriellen Revolution.“ (GA1_15, S. 2)*

Auch gleich am Anfang des mit der soeben zitierten Kurzzusammenfassung beworbenen Artikels wird eine derartige Deutung vorgenommen. Hinzu kommt hierbei, dass „Vernetzung“ als technologische- und damit maßgeblich definierende Komponente der „vierten industriellen Revolution“ eingeführt wird:

> *„Nach dem historischen Weg von der Dampfmaschine über das Fließband zur Automatisierung geht es bei der vierten industriellen Revolution um die Vernetzung.“ (GA1_15, S. 5)*

Zu dieser Deutung von Industrie 4.0 als nächsten Schritt eines stufenhaften Entwicklungsprozesses, dessen Eintreten einzig auf die Entwicklung neuer Schlüsseltechnologien zurückzuführen ist, kommt im nachfolgenden Zitat noch ein zusätzlicher Aspekt hinzu. Die aktuelle Sequenz industrieller Revolutionen wird mit dem Attribut „unaufhaltsam“ versehen, womit Digitalisierungsprozesse im Produktionssektor als alternativlos gedeutet werden. Mit der Formulierung des „Einschleichens“ wird außerdem eine gewisse Selbstständigkeit dieser Entwicklung suggeriert, Digitalisierung wird damit zum „Scheinsubjekt“ (Schadt 2020) verklärt:

„Unaufhaltsam hat sich ein neuer Prozess der Automatisierung und Digitalisierung in den Produktionsstandorten und im Dienstleistungssektor eingeschlichen – die Industrie 4.0. Sie hat die Arbeit in den Fabriken neuerlich umgekrempelt. Der Mechanisierung (Dampfmaschine), Industrialisierung (Fließband) und der Automatisierung (Roboter) folgt nun die vierte Revolution – die Vernetzung der Produktion." (K2_16, S. 18)

Die Deutung der Alternativlosigkeit findet sich auch in der nachfolgenden Passage wieder. Demnach ist außer Frage gestellt, dass Industrie 4.0 eintreten werde. Abgeleitet aus dieser Alternativlosigkeit wird die Notwendigkeit der Anpassung an diese Entwicklung:

„Und Österreich müsse auch bereit sein, führt er weiter aus, denn ‚die neue Entwicklung wird kommen.' " (GA1_15, S. 5)

Ergänzt wird die technikdeterministische Alternativlosigkeit als Deutungsmuster für Industrie 4.0 außerdem um eine teleologische Komponente. Mit der Deutung der „intelligenten Fabrik" als logisches Finale der Digitalisierung im produzierenden Sektor, beschränkt sich die Alternativlosigkeit nicht nur auf das bloße Voranschreiten der vermeintlich technologischen Revolutionierung, auch das Ergebnis dieses Prozesses wird bereits vorweggenommen und damit außer Frage gestellt:

„...am Beginn der vierten industriellen Revolution, an deren Ende die intelligente Fabrik auf uns wartet." (GA1_15, S. 5)

„Die ‚intelligente Fabrik' ist das Resultat der vollständigen Digitalisierung der Wertschöpfungskette." (GA1_15, S. 6)

Charakterisiert wird die „intelligente Fabrik" anhand ihrer technologischen Facette. Vernetzung, „Cyber-physische Produktionssystem" sowie das „Internet der Dinge" gelten als Schlüsseltechnologien der Zukunftsvision Industrie 4.0:

„[E]ine Fabrik, in der intelligente Produkte, Maschinen und Betriebsmittel eigenständig miteinander kommunizieren und sich gegenseitig in Echtzeit steuern." (GA1_15, S. 5)

„Industrie 4.0 sind Cyber-physische Systeme und das Internet der Dinge." (GA1_15, S. 6)

Über die Implementierung dieser Technologien wird dem nächsten Zitat zufolge eine vollständige Automatisierung von Produktionsprozessen ermöglicht. Die Etablierung dieser Zukunftsvision wird dabei jedoch mit einer Präzisierung verknüpft, welche sich über die Abgrenzung von der „menschenleeren Fabrik" als negativem Gegenhorizont vollzieht:

„Wir steuern also auf Produktionsstätten zu, in denen der gesamte Ablauf automatisiert ist. Wird die Vision einer menschenleeren Fabrik also schon bald Realität? Nein. Der Mensch wird – so der Konsens unter ExpertInnen – auch in der Industrie 4.0 unerlässlich bleiben." (GA1_15, S. 5)

Bei diesem Hineinreklamieren der Notwendigkeit menschlicher Arbeitskraft in die Industrie 4.0 handelt es sich um einen zentralen Aspekt der transportierten Teleologie. Hierbei kommt es häufig zur Anwendung der Formel des „Menschen im Mittelpunkt" (GA8_18, S. 12; GA10_19, S. 19; GA15_24, S. 8). Eingebettet ist auch diese Erwartung an das Telos der vierten industriellen Revolution ebenso klar technikdeterministisch. Demnach ist die Unersetzbarkeit des Menschen im Produktionsprozess Konsequenz technologischer Beschränkungen und damit inhärentes Prinzip technologischer Entwicklung:

„Deshalb wird es am Ende immer der Mensch sein, der sich um alles kümmert, was Algorithmen nicht vorhergesehen haben." (GA1_15, S. 5)

„Wir müssen uns immer vor Augen führen, dass jedes KI-System, mit dem wir heute arbeiten, Fehler hat." (GA15_24, S. 8)

„Die Arbeitswelt hat sich immer verändert und der Mensch wird immer im Mittelpunkt stehen." (S1_15, S. 7)

Technikdeterminismus als Deutung des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Technologieentwicklung ist in der dTPöG zum Thema Industrie 4.0 also durchaus präsent. Gleichzeitig kursieren jedoch auch zahlreiche Artikulationen, die auf die Gestaltbarkeit, bzw. die Gestaltungsnotwendigkeit von Industrie 4.0 hinweisen und damit auf eine Deutung aus Perspektive der situativen Offenheit hinweisen. Beispiele hierfür finden sich etwa in den nachfolgend zitierten Passagen:

„Industrie 4.0 ist kein Schicksal, wo man warten muss, was passiert –sie sollte mitgestaltet werden können." (K2_16, S. 19)

„Industrie 4.0 – Zukunft mitgestalten" (GA2_15, S. 8)

„Aktive Gestaltung des Prozesses der Digitalisierung (‚Industrie 4.0'), um sie für Beschäftigte positiv zu gestalten." (PI7_18)

„Behandelt wurden Fragen der Industrie- und Standortpolitik sowie der fortschreitenden Digitalisierung. Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Industrie und Interessenvertretungen gaben Inputs über den aktuellen Stand und stellten Konzepte vor, wie die Veränderungsprozesse positiv gestaltet werden können." (GA16_24, S. *12)*

Verknüpft sind Artikulationen unter dem Motto der Gestaltung immer wieder mit der herbeizuführenden Zielvorstellung des „Menschen im Mittelpunkt". Bezogen sind diese Artikulationen dann jedoch weniger auf eine Vorstellung der Unvermeidbarkeit menschlicher Arbeitskraft in der vollständig digitalisierten Fabrik. Gemeint ist hier eher die Berücksichtigung der Interessen von Arbeitenden bei der Gestaltung des Prozesses hin zu dieser Zielvorstellung. Den Menschen in den Mittelpunkt zu setzen, steht hier also für eine gewerkschaftliche Strategie im Umgang mit Industrie 4.0, über die wünschenswerte Gestaltungsergebnisse im Sinne der Arbeitenden verfolgt und erreicht werden sollen:

„Unsere größte Herausforderung ist ein Digitaler Humanismus, also dass der Mensch im Mittelpunkt steht." (GA15_24, S. 9)

„Der Bundesvorsitzende der Produktionsgewerkschaft, Reinhold Binder, betonte, dass die Arbeitnehmer:innen in den Mittelpunkt der Transformation gestellt werden müssen." (GA16_24, S. 12)

„[D]ie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entscheidend für den erfolgreichen Einsatz von KI-Anwendungen sind. Die digitale Transformation wird ohne den Menschen nicht funktionieren." (GA17_24, S. 10)

Damit wird bereits ein Motiv von dTPöG vorweggenommen, welches als zentrales Element der Deutung von Industrie 4.0 zirkuliert: jenes der im Sinne der Interessen von Arbeitenden. Diesem Deutungsmuster und seinen Facetten widmet sich der nachfolgende Abschnitt. Zum Abschluss der Ausführungen zur Deutung des Verhältnisses von Gesellschaft und Technologieentwicklung in der dTP zu Industrie 4.0 folgt noch eine Passage

aus einer Presseaussendung, in der die beiden bisher identifizierten und im Diskurs dominanten Deutungsmuster (Technikdeterminismus und situative Offenheit) beinahe idealtypisch im sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss verknüpft werden:

> *„‚Wir alle sollten uns vor den anstehenden Veränderungen nicht fürchten, sondern uns fragen, wie wir diesen Wandel gestalten wollen.' Zu verhindern sei er jedenfalls nicht: ‚Industrielle Revolutionen klopfen nicht an und fragen, dürfen wir eintreten?" (PI2_15)*

6.1.2 Die Substituierung von Arbeitsplätzen als Gestaltungsaugtrag

Die Ausführungen dieses Abschnitts widmen sich der Darstellung von über die dTPöG transportierte Deutungsmuster zu Industrie 4.0 als Ausprägung der Digitalisierung im produzierenden Sektor. Untersucht werden also Deutungsmuster, mit denen Probleme, angebrachte Handlungsweisen und erstrebenswerte Ziele im Zusammenhang mit Industrie 4.0 konstruiert werden. Dabei offenbart die Analyse zwei dominante Diskursstränge: einen *Qualifizierungsdiskurs* und einen *Umverteilungsdiskurs*. Beide Stränge haben gemeinsam, dass prognostizierte negative Arbeitsplatzeffekte als zentrales Problem identifiziert werden. Variation besteht jedoch bezüglich der Konstruktion dieses Problems im (Deutungs-)Detail sowie den daraus abgeleiteten Problemlösungsansätzen.

Im Folgenden wird untersucht, ob und inwiefern diese beiden Stränge an die Erkenntnisse des letzten Abschnitts anknüpfen und sich auch hier eine Koalition aus den Dreifachbewegungspolen Schutz und Vermarktlichung abzeichnet. Für Deutungsmuster zu Industrie 4.0 würde sich dies in einer Kombination der beiden Idealtypen Gestaltungsoptimismus und Wettbewerbsfetisch ausdrücken.

6.1.2.1 Gestaltungsoptimistischer Qualifizierungsdiskurs?

Den Anfang bei der Darstellung der Ergebnisse zur Deutung von Industrie 4.0 macht in diesem Abschnitt die als *Qualifizierungsdiskurs* betitelte Diskurskursformation. Dieser greift eine gewisse, gestaltungsoptimistische Grundtendenz in der dTPöG auf, die sich in einer Berufung auf die Risiken-Chancen-Ambivalenz sowie der Nahelegung gewisser Handlungsweisen Risikovermeidung und Chancenverwirklichung manifestiert:

> *„Industrielle Revolutionen bieten Risiken und Chancen. Wir müssen die Chancen packen." (GA1_15, S. 18)*
>
> *„Die vierte industrielle Revolution als eine Chance nutzen." (PI1_15)*
>
> *„[Rainer Wimmer] sieht die Industrieproduktion in Europa nicht dem Untergang geweiht, wenn die Veränderungen nicht als Bedrohung, sondern als Chance begriffen werden." (GA9_19, S. 16)*

Besonders verbreitet ist dieser Topos in Einschätzungen zu Arbeitsplatzeffekten durch Industrie 4.0. Die Chancen-Risiken-Ambivalenz kommt hier insofern zur Anwendung, als dass einerseits manche Arbeitsplätze durch Automatisierung substituiert werden (Risiko technologischer Arbeitslosigkeit), gleichzeitig jedoch auch neue Arbeitsplätze entstehen und somit den Rückgang kompensieren (Chance auf Beschäftigungssicherheit):

„Stichwort: Industrie 4.0. Die sogenannte digitale Revolution wird im Produktionsbereich neue Arbeitsplätze schaffen, aber es werden viele auch wegrationalisiert werden.“ (GA1_15, S. 3)

„Sie sorgt für Stellenabbau, hilft aber zeitgleich auch dabei, Arbeitsplätze zu sichern.“ (K2_16, S. 18)

In welchem Verhältnis Chance und/oder Risiko eintreten, gilt dabei nicht zwangsläufig als durch die Technologie an sich determiniert, sondern durch Gestaltung beinflussbar:

„Wenn wir es richtig machen, werden wir deutlich mehr neue Arbeitsplätze schaffen, als wir verlieren.“ (GA1_15, S. 9)

„Industrie 4.0 wird Arbeitsplätze kosten, macht man es aber richtig, können neue entstehen.“ (S1_15, S. 7)

„Wenn wir aber die Entwicklung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen, ist es möglich, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, als verloren gehen.“ (GA1_15, S. 6)

Die konkrete Gestaltungsstrategie zur Sicherung von Arbeitsplätzen ergibt sich aus einer spezifischen Qualität der prognostizierten Arbeitsplatzeffekte. Betroffen von Substituierung sind demnach vor allem niedrig qualifizierte Arbeitskräfte, während neu entstehende oder nicht von Substituierung betroffene Berufe ein hohes Qualifikationsniveau voraussetzen. Die Risiken von Industrie 4.0 bestehen demnach vor allem im Arbeitsplatzverlust niedrig Qualifizierter:

„In Gefahr sind besonders niedrig qualifizierte Arbeitsplätze, entstehen sollen vor allem hoch qualifizierte. Laut einer aktuellen Studie der Boston Consulting Group könnten allein im Maschinenbau 10.000 neue Arbeitsplätze entstehen – Arbeitsplätze, die neue Qualifikationen und Kompetenzen erfordern.“ (GA1_15, S. 6)

„Ein bemerkenswerter Fortschritt, der allerdings Jobs kostet – „einfache“ Tätigkeiten in der Produktion wurden wegrationalisiert.“ (K2_16, S. 18)

„Ich glaube schon, dass dort, wo es möglich ist, die sehr einfachen Tätigkeiten wegfallen und durch Maschinen erledigt werden. Diese Jobs werden aber durch andere qualifizierte Tätigkeiten ersetzt.“ (K2_16, S. 21)

Als Gestaltungshebel wird daher die Implementierung von Maßnahmen zum Qualifikationsaufbau ins Rennen geführt. Hierdurch soll bewirkt werden, dass die Beschäftigungsfähigkeit für möglichst viele Arbeitende sichergestellt wird. Diese sollen für Industrie 4.0 „vorbereitet“, bzw. „fit gemacht werden“:

„Um diese Veränderungen gut zu bewältigen, müssen ArbeitnehmerInnen auf die Industrie 4.0 gut vorbereitet sein. Der Schlüssel dazu: Weiterbildung, Umschulung oder betriebliche Fortbildung – lebenslanges Lernen für alle.“ (S2_18, S. 14)

„Industrie 4.0. Studien zeigen, dass bei der Digitalisierung Frauen stärker von Jobverlusten betroffen sind. Die PRO-GE Frauen fordern daher ein Recht auf Weiterbildung, um Frauen auf die geänderten Anforderungen am Arbeitsmarkt optimal vorzubereiten.“ (GA8_18, S. 11)

„Parallel müssen die Beschäftigten fit für die aktuellen Herausforderungen gemacht werden, von Industrie 4.0 bis zu neuen klimafreundlichen Technologien“. (GA10_19, S. 21)

An dieser Stelle scheint es angebracht die Frage aufzuwerfen, ob die hier transportierte Deutung tatsächlich am ehesten dem Idealtyp des Gestaltungsoptimismus zuzuordnen ist. Einige Kriterien sind jedenfalls erfüllt. Chancen und Risiken werden gegenübergestellt

und Strategien zum Erreichen dieser Chancen nahegelegt. Die klar formulierte Präferenz für strukturell integrierte Qualifizierungsangebote an Stelle etwa einer Deutung von steigenden Qualifizierungsanforderung als individuelle Bringschuld der Arbeitenden, kennzeichnet diese Strategien als Ambitionen der Gestaltung des sozio-technischen Systems Industrie 4.0:

> *„Doch damit die einzelnen ArbeitnehmerInnen mitgenommen werden, braucht es einen klaren politischen Willen. Branchen, die sich durch die Digitalisierung weiterentwickeln, müssen auch den MitarbeiterInnen die Möglichkeit geben, ihre Qualifikationen und Fähigkeiten anzupassen und weiterzuentwickeln. Taugliche Instrumente wären dazu zum Beispiel eine Ausweitung des Fachkräftestipendiums sowie ein Rechtsanspruch auf ein existenzsicherndes Qualifizierungsgeld.“ (GA11_21, S. 8)*

> *„Als Beispiel nennen die beiden Gewerkschafter die geplante Qualifizierungsoffensive, um Hilfskräften oder angelernten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die bereits in den Betrieben arbeiten, eine Fachausbildung zu ermöglichen.“ (PI8_24)*

Die verfolgte Zielsetzung des Gestaltungsanspruchs bleibt dabei nicht ausschließlich auf Beschäftigungsfähigkeit begrenzt. Implizit wird suggeriert, dass es sich bei den neu entstehenden um gute „Mensch im Mittelpunkt“-Arbeitsplätze handelt. Teilweise werden die Gestaltungsziele Beschäftigungssicherung und Gute Arbeit auch verknüpft:

> *„Es braucht eine Investitionsoffensive, die aber an Standort- und Beschäftigungsgarantien geknüpft werden und soziale Kriterien berücksichtigten muss. Und ein Fokus muss auf guter Arbeit und guten Arbeitsbedingungen sowie auf der Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und der betrieblichen Weiterbildung liegen.“ (GA14_24, S. 11)*

Gleichzeitig handelt es sich beim Qualifizierungsdiskurs auch um einen im Technikdeterminismus verwurzelten Anpassungsdiskurs. Arbeitsplatzeffekte werden zwar betreffend den Saldo zwischen wegfallenden- und entstehenden Arbeitsstellen bis zu einem gewissen Ausmaß als gestaltbar gedeutet, gelten insgesamt und in ihrer ambivalenten Ausprägung jedoch als unvermeidbare Konsequenz der „vierten Industriellen Revolution“. Strategien der Qualifizierung sind damit auch Reaktion auf einen technologisch vorangetriebenen Wandel und eine hierdurch herbeigeführte Realität. Zur technikdeterministischen Grundierung gesellt sich außerdem mehr oder weniger latenter Wettbewerbsfetisch, etwa wenn die Notwendigkeit der Anpassungsstrategie mit der Sicherung des Industrie-, bzw. Wirtschaftsstandortes begründet:

> *„Wir müssen den österreichischen Industriestandort stärken, indem wir gezielt auf Fachkräfte und das duale Ausbildungssystem setzen und die Chancen der Digitalisierung umfassend nutzen.“ (PI8_24)*

> *„Gut ausgebildete Fachkräfte sind wesentlich für den Wirtschaftsstandort. Viele Unternehmen haben sich aufgrund der guten Ausbildungsqualität in unserem Land angesiedelt. Diesen Vorteil darf Österreich nicht verspielen.“ (GA7_17, S. 19)*

> *„Gut qualifizierte Arbeitskräfte sind der Schlüssel zu langfristiger Wettbewerbsfähigkeit.“ (PI1_15)*

Bedient wird der Wettbewerbsfetisch jedoch nicht unter den Vorzeichen der Profitmaximierung, sondern der Arbeitsplatzsicherheit. Die Anpassung an Industrie 4.0 wird demnach als dienlich im Sinne der Beschäftigungssicherheit gedeutet:

„Letztendlich geht es um die Absicherung unseres Industriestandorts und den damit verbundenen Arbeitsplätzen.“ (PI1_15)

Insofern kommt es zu einer affirmativen Bezugnahme auf den sich aus dem Wettbewerbsfetisch ergebenden Imperativ einer Umsetzung von Digitalisierungsprozessen als Effizienzsteigerungs- und Rationalisierungsprogramme im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit. Die Implementierung unter diesen Vorzeichen wird gedeutet als Garant für den Erhalt von „qualifizierter Beschäftigung“:

„ ‚Denn die einfachen Arbeiten werden von den Maschinen übernommen.‘ Ein wichtiger Kostenfaktor fällt damit weg. Außerdem können vollautomatische Linien dem Druck aus Billig-Lohnländern deutlich besser standhalten. Das wiederum birgt Chancen auf nachhaltige Investitionen für das längere Bestehen eines Standortes. Digitalisierung kann qualifizierte Beschäftigung absichern und verhindern, dass weitere Standorte schließen.“ (K2_16, S. 19)

Insgesamt sind Gestaltungsoptimismus und Wettbewerbsfetisch im Qualifizierungsdiskurs also eng miteinander verwoben, womit die Erwartung unterstützt ist. Im nächsten Abschnitt rückt mit dem Umverteilungsdiskurs jedoch eine Facette dTPöG zu Industrie 4.0 in den Fokus, die von der Deutungskonstellation des sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromisses abweicht.

6.1.2.2 Antagonistischer Umverteilungsdiskurs?

Auch der *Umverteilungsdiskurs* als zweites Deutungsangebot zu Industrie 4.0 in der dTPöG beruht grundsätzlich auf der Problemfestlegung, dass die Digitalisierung im produzierenden Sektor mit Arbeitsplatzeffekten einher gehen wird. Während diese Effekte im Qualifizierungsdiskurs jedoch als durch Gestaltung/Anpassung kompensierbar gedeutet werden, gilt im Umverteilungskurs ein negatives Arbeitsplatzsaldo durch Industrie 4.0 als gesetzt. Hieraus abgeleitet werden zweierlei Folgeprobleme. Erstens ergibt sich aus einem Rückgang der Beschäftigtenquote eine Lücke in der Finanzierung des Sozialstaates:

„Durch die zunehmende Digitalisierung wird befürchtet, dass weitere Arbeitsplätze verloren gehen und somit die Belastung für das Sozialsystem steigt.“ (GA3_16, S. 6)

„Durch die zunehmende Digitalisierung werden weitere Arbeitsplätze verloren gehen und somit die Belastung für das Sozialsystem steigen. Es ist also nicht mehr zeitgemäß, die Finanzierung des Sozialstaates allein auf Arbeitseinkommen zu stützen.“ (PI4_16)

Als angebrachte Herangehensweise im Umgang mit diesem Problem, wird die Wertschöpfungsabgabe ins Spiel gebracht:

„Durch die zunehmende Digitalisierung – Stichwort Industrie 4.0 – wird diese Entwicklung verstärkt. Daher ist es ein Gebot der Stunde, die Finanzierungsbasis unseres Sozialstaats zu verbreitern.“ (GA5_16, S. 11)

„Im Zuge der vierten industriellen Revolution wieder stärker über die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe diskutieren. Es gilt, unseren Sozialstaat auch für künftige Generationen zu sichern.“ (GA3_16, S. 4)

„Der digitale Wandel in unserer Arbeitswelt sorgt für ein Revival des Wertschöpfungsbeitrags.“ (GA4_16, S. 16)

Die Wertschöpfungsabgabe stellt dabei jedoch nicht einfach eine Strategie zur Gestaltung eines sozio-technischen Systems dar. Dem im Umverteilungsdiskurs transportierten

Lösungsansatz liegt eine Deutung von Industrie 4.0 zugrunde, dem zufolge die Digitalisierung der Produktionsstätten als Prozess mit einer strukturell angelegten Divergenz betreffend ihre Auswirkungen auf unterschiedliche Gruppen darstellt. Miteinbezogen in diese Gegenüberstellung sind nicht nur (unzureichend oder ausreichend qualifizierte) Arbeitende, sondern auch das Kapital. Arbeitende sind im Umverteilungsdiskurs generell von der Gefahr des Arbeitsplatzverlustes sowie der Schwächung des Sozialstaates bedroht, während Produktivitätssteigerungen durch Industrie 4.0 einseitig dem Kapital zugutekommen. Diese Schieflage auszugleichen wird als angebrachter Umgang mit Industrie 4.0 gedeutet, wobei die Wertschöpfungsabgabe als hierzu geeignete Maßnahme eingebracht wird. Insofern zielt die Wertschöpfungsabgabe im Umverteilungsdiskurs zumindest bis zu einem gewissen Grad auf die Egalisierung einer als ungünstig gedeuteten Herrschaftskonstellation ab:

> *„Wenn sich die Wertschöpfung von den Menschen weg hin zu den Maschinen verlagert, bleibt sie bei den Unternehmern. Und da werden sie ein Stückerl hergeben müssen." (GA3_16, S. 6)*

> *„Immer mehr ArbeitnehmerInnen werden durch Maschinen, Roboter und Computer ersetzt. Die Arbeitslosigkeit steigt, immer mehr Menschen arbeiten Teilzeit oder in atypischer Beschäftigung. Der Anteil der Arbeitseinkommen sinkt, derjenige der Kapitaleinkommen steigt. Mit Spekulation lässt sich viel Geld verdienen, ohne dass darauf Sozialabgaben anfallen." (GA4_16, S. 16)*

Die Profiteure der herrschaftsförmigen Einbettung von Industrie 4.0 werden explizit als Akteure mit Interessenswiderspruch zu gewerkschaftlichen Zielen gedeutet. Umgesetzt werden kann die Wertschöpfungsabgabe demnach nur über den Machtkampf:

> *„Vonseiten der Arbeitgeber, allen voran der Industriellenvereinigung, wird dieser Vorschlag jedoch vehement bekämpft. (...) Die Wertschöpfungsabgabe ist also kein ‚Griff in die Mottenkiste', wie sie von konservativer Seite diskreditiert wird." (GA3_16, S. 6)*

In der unten zitierten Artikulation kommt es zu einer direkten Zurückweisung des Wettbewerbsfetisch. Hierbei wird die Bewahrung des Sozialstaates als legitime Handlungsorientierung gedeutet, während die pauschale Anwendung der Deutungsschablone „Wettbewerbsfähigkeit" als Widerspruch zu dieser Orientierung dargestellt wird:

> *„[Wenn wir] nach dem gehen, was einige Vertreter der Industrie als Wettbewerbsnachteil empfinden, können wir den Sozialstaat gleich zusperren. (...) Je eher eine Umsetzung kommt, desto besser. Denn die Alternativen sind nicht wünschenswert. Man müsste entweder künftig den Faktor Arbeit noch stärker belasten oder den Sozialstaat zusammenkürzen. Wer eine Wertschöpfungsabgabe ablehnt, muss also dazusagen, welche der beiden schlechten Varianten er bevorzugt." (GA5_16, S. 11)*

Die Deutungs-Basis dieser antagonistischen Prägung des Umverteilungsdiskurses bildet eine interessante Vermengung aus Technik- und Herrschaftsdeterminismus. Arbeitsplatzeffekte werden zwar als logische Konsequenz einer inhärenten Eigenlogik technologischer Entwicklung als Rationalisierungsprogramm gedeutet. Gleichzeitig verweist die Deutung einer strukturell angelegten Produktion von Herrschaftsdividenden durch Industrie 4.0 zumindest auf einen herrschaftsdurchzogenen Entwicklungskontext des sozio-technischen Systems, auch wenn dessen Prägungskraft nicht explizit gemacht wird.

Ebenfalls in den Umverteilungsdiskurs eingebettet ist das Thema der Arbeitszeitverkürzung. Auch die Notwendigkeit dieser Maßnahme wird aus der Deutung einer einseitigen Vorteilhaftigkeit von Industrie 4.0 zu Gunsten des Kapitals abgeleitet:

> *„Das Thema Arbeitszeit wird bei der vierten industriellen Revolution ein wichtiger Schlüsselfaktor sein. Was passiert mit der Produktivitätssteigerung, was mit der eingesparten Arbeitszeit?“ (GA1_15, S. 7)*

Als Methode des Ausgleichs wird eine Reduktion der Normalarbeitszeit ins Treffen geführt. Wie die Wertschöpfungsabgabe wird auch die Arbeitszeitverkürzung als Umverteilung der Produktivitätssteigerungsgewinne von deren Profiteur:innen auf Seiten des Kapitals zu den Arbeitenden gedeutet:

> *„Wenn die Produktivität pro Beschäftigten zunimmt, dann können wir uns auch eine Reduktion der Arbeitszeit leisten – bei vollem Lohnausgleich – und den Kuchen der verfügbaren Arbeitsplätze auf mehr ArbeiterInnen aufteilen.“ (GA11_21, S. 10)*

Eine „faire“ Verteilung von Arbeitszeit wird auch im nachfolgenden Zitat gefordert. Verknüpft wird dieses Anliegen mit dem Argument der Verbesserung von Arbeitsbedingungen, womit die Deutung einen gestaltungsoptimistischen Anstrich aufweist:

> *„Daher brauchen wir Lösungen, die die tatsächliche Arbeitszeit verkürzen und vorhandene Arbeit fair verteilen, sowie innovative Modelle, die einen Ausgleich zu den steigenden Belastungen wie Zeitdruck oder unregelmäßige Arbeitszeiten schaffen.“ (GA1_15, S. 3)*

Ebenso als Verteilungsfrage gedeutet wird das Arbeitszeitausmaß in der nachfolgend zitierten Passage, wobei eine zusätzliche Begründungsebene eingezogen wird. Gedeutet wird eine Umsetzung der gewerkschaftlichen Forderung nach Arbeitszeitverkürzung als Gelingensbedingung einer (erfolgreichen) Transformation[17]:

> *„Dem drohenden Rückgang von Arbeitsplätzen muss mit einer besseren Verteilung der Arbeit durch kluge Arbeitszeitverkürzung begegnet und so betriebliche Transformationen ermöglicht werden.“ (GA13_23, S. 8)*

Wie zuvor auch im Zusammenhang mit der Wertschöpfungsabgabe beobachtet, offenbart sich der Antagonismus in der nachfolgenden Passage über die Abgrenzung vom Wettbewerbsfetisch. Akteuren, deren Handlungsorientierung („was am meisten Geld bringt“) strukturell im Widerspruch zu Gewerkschaftszielen stehen („was ArbeitnehmerInnen brauchen“), müssen demnach über die demokratische Einhegung kapitalistischer Herrschaft in ihre Schranken gewiesen werden:

> *„Dies muss in allen Phasen mit den Menschen und zu ihrem Nutzen passieren – und nicht einfach danach, was am meisten Geld bringt. Was ArbeitnehmerInnen brauchen, ist eine klare demokratische (also staatliche) Steuerung.“ (GA8_18, S. 12)*

Als Deutungsbasis für die Forderung nach Arbeitszeitumverteilung fungiert eine ähnliche Mixtur aus Technik- und Herrschaftsdeterminismus wie oben zur Wertschöpfungsabgabe beschrieben. Eine etwas stärkere Betonung des Technikdeterminismus ergibt sich aus

[17] Die Knüpfung des „Gelingens“ von Digitalisierungsprozessen an die Umsetzung von gewerkschaftlichen Forderungen, wird vor allem in Abschnitt 6.1.3 beschrieben. Wie dort gezeigt wird, handelt es sich hierbei tendenziell um einen Marker für Deutungsmuster der Vermarktlichung.

der Deutung einer Arbeitszeitverkürzung als logische Konsequenz der Technologieentwicklung im Zuge der vermeintlichen, vierten industriellen Revolution:

> *„Kürzere Arbeitszeiten wegen Industrie 4.0“ (GA6_16, S. 3)*

> *„Alle bisherigen industriellen Revolutionen hätten den unmittelbaren Zusammenhang zwischen technologischem Fortschritt und der Reduktion der Arbeitszeit gezeigt.“ (PI1_15)*

In ein ähnliches Horn bläst auch das nachfolgende Zitat, wobei die Umverteilung von Arbeitszeit hier nicht nur vom technologischen Fortschritt, sondern auch von den Ergebnissen zu führender Diskussionen abhängt:

> *„Wenn wir die Geschichte der Produktion und der Industrie anschauen, dann hat immer technischer Fortschritt stattgefunden, der zu Produktivitätssteigerung geführt hat, und dasselbe wird auch jetzt passieren. Die Frage ist nun: Wie teilen wir die Arbeit auf? Und dann werden wir wieder eine Diskussion über Arbeitszeitverkürzung führen müssen.“ (GA11_21, S. 10)*

Im Unterschied zum Qualifizierungsdiskurs wird Industrie 4.0 im Umverteilungskurs also auch antagonistisch und damit emanzipatorisch gedeutet. Die idealtypischen Deutungsmuster des sozialen Schutzes blitzen hierbei zwar maximal durch, grundsätzlich orientiert sich der Umverteilungsdiskurs in seiner Ausrichtung jedoch klar am Pol des Schutzes, etwa indem der Sozialstaat gegen Vermarktlichungstendenzen verteidigt wird. Interessanterweise ändert diese graduelle Orientierung in Richtung demokratischer Emanzipation jedoch nichts an der starken Präsenz des Technikdeterminismus.

6.1.3 Betriebliche Partizipation als Win-Win-Praxis

Nach dem antagonistischen Ausreißer im Umverteilungsdiskurs kehrt die dTPöG zu Industrie 4.0 in ihrer Deutung betrieblicher Partizipation wieder zum sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss zurück. Der Darstellung der dies nahelegenden Ergebnisse widmet sich dieser Abschnitt. Festgehalten werden kann hierzu jedenfalls, dass betriebliche Partizipation als wünschenswerte Praxis im Kontext von Industrie 4.0 gedeutet wird. Dabei ist häufig von betrieblicher Mitbestimmung oder der Partizipation durch Betriebsräte die Rede. Zum Teil kommt es jedoch auch zu Formulierungen, die keine eindeutige, über die Deutung vorgenommene Hervorhebung indirekter Partizipationsformate beinhalten („Mitsprache“):

> *„Wer von Industrie 4.0 spricht, muss auch von Mitbestimmung 4.0 sprechen.“ (PI6_18)*

> *„Bei der Einführung von neuen Technologien im Betrieb müssen BetriebsrätInnen verbindlich einbezogen werden.“ (K1_15, S. 8)*

> *„Zentrale Aspekte einer gerechten Transformation sind mehr Mitsprache der Beschäftigten.“ (GA11_21, S. 9)*

Verknüpft wird die Relevanzsetzung oft mit einem Gestaltungsanspruch betreffend die Arbeitsbedingungen. Gefahren in diesem Bereich sollen durch betriebliche Partizipation abgewehrt werden:

> *„Da ist, denke ich, eine sehr gute Abstimmung zwischen dem Betriebsrat und der Unternehmensleitung erforderlich, und zwar schon in der Gestaltung dieser Systeme, nicht erst, wenn sie bereits eingeführt sind.“ (K2_16, S. 21)*

„ ‚Die Daten dürfen nicht zur Überwachung der ArbeitnehmerInnen herangezogen werden, darüber haben wir eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen', berichtet der Angestelltenbetriebsrat." (K2_16, S. 19)

„Mitbestimmung und Einbeziehung als Schlüsselfaktor. Künstliche Intelligenz wird nicht mehr aus unserem Leben verschwinden. Das heißt, es gilt die Sorgen er arbeitenden Menschen ernst zu nehmen und genau hinzusehen, wo die Probleme beim Einsatz von KI liegen. Denn die Angst vor Überwachung erzeugt auch Druck und das wirkt sich negativ auf das psychische Wohlbefinden und die Gesundheit aus." (GA15_24, S. 9)

Auch bedient wird in diesem Kontext das Motiv des „Menschen im Mittelpunkt". Unter dieser Formel wird ein Leitbild technopolitischen Engagements verhandelt. Betriebliche Partizipation wird als Praxis positioniert, mit der dieses Leitbild berücksichtigt und erreicht werden kann:

„‚Die Maschinen haben zu einem Zuwachs an Beschäftigten geführt und erleichtern bei manchen Arbeitsschritten die Arbeit. Wichtig ist, dass der Mensch im Mittelpunkt bleibt', betont die Betriebsrätin." (GA13_23, S. 16)

„[A]ls ArbeitnehmervertreterInnen wollen sie den Wandel in der Arbeitswelt aktiv mitgestalten, um sicherzustellen, dass der Mensch in der Industrie 4.0 nicht zu kurz kommt." (GA4_16, S. 12)

Damit orientieren sich die bisher dargestellten Artikulationen eindeutig am ethisch-humanistischen Deutungsmuster. Es finden sich jedoch auch Passagen, in denen diese Zuordnung nicht so klar zu treffen ist. Betriebliche Partizipation wird im Folgenden etwa vage als Erfolgsfaktor für die Umstellung auf Industrie 4.0 gedeutet:

„Klar ist nur: Dieser wirtschaftliche Wandel kann nur mit aktiver Gestaltung und unter Einbindung der ArbeitnehmerInnen gelingen." (GA11_21, S. 7)

Ähnlich argumentiert wird im nachfolgenden Zitat, welches im zweiten Satzteil auch an den Qualifizierungsdiskurs (siehe Abschnitt 6.1.2.1) anknüpft. Dem ersten Satzteil zufolge bedarf es dem Einbezug von Betriebsräten durch Unternehmen für das „Bewältigen" der Transformation. Interessant ist hieran, dass betriebliche Partizipation als Bringschuld der Unternehmen, nicht als (erkämpftes/zu erkämpfendes) Anrecht des Betriebsrates gedeutet wird:

„Die Unternehmen müssen mit Einbeziehung der Betriebsräte die Transformation bewältigen und dabei allen Beschäftigten eine Perspektive durch Kompetenzentwicklung und Qualifizierung bieten." (GA9_19, S. 16)

Auch in untenstehender Passage wird betriebliche Mitbestimmung als Garant einer erfolgreichen Digitalisierung ohne „große Probleme" positioniert. Wie oben kommt hierbei das Vokabel „Einbindung" zum Einsatz, um die Beteiligung an Gestaltung zu adressieren:

„Für uns liegt der Fokus immer auf den ArbeitnehmerInnen. Unsere Erfahrung zeigt, dass sie der Garant dafür sind, dass Unternehmen die digitale Revolution erfolgreich nützen können. Werden die Beschäftigten nicht einbezogen, wird auf Mitbestimmung verzichtet, auf Kompetenzerwerb vergessen: Dann führt Digitalisierung sehr schnell zu großen Problemen", (GA10_19, S. 19)

Schwingt das effizienztheoretische Begründungsmuster in der Deutung betrieblicher Partizipation als „Erfolgsfaktor" noch eher latent mit, kommt es in nachfolgenden Passagen

umso deutlicher zum Ausdruck. Diese stammen allesamt aus einem in „Glück Auf!“ abgedruckten Interview mit einer wissenschaftlichen Expertin, welches sich um die Implementierung von Künstlicher Intelligenz (KI) in Produktionsstätten dreht. Die mit dem „Einbeziehen“ der Arbeitenden verknüpften Vorteile decken mit Nutzbarmachung des Erfahrungswissens der Arbeitenden und Herstellung von Technikakzeptanz beinahe das gesamte Spektrum der effizienztheoretischen Begründungen betrieblicher Partizipation im Kontext der Digitalisierung ab (siehe Abschnitt 3.4.3):

> *„Umso wichtiger ist beim Einsatz von KI-Technologien in der Arbeitswelt daher der Bottom-up-Ansatz: das Einbeziehen möglichst ALLER Beteiligter und das schon ab dem Zeitpunkt der ersten Überlegungen. Nur so kann sichergestellt werden, dass es sich erstens um die richtige Lösung für ein Problem handelt, zweitens den Bedenken der Beschäftigten begegnet wird, drittens wichtiges Praxiswissen in die Entwicklung einfließt und viertens die tatsächliche Anwendung später auch sichergestellt wird.“ (GA15_24, S. 9)*

Im weiteren Verlauf wird die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit betrieblicher Partizipation im Zusammenhang mit KI in der Produktion noch weiter hervorgehoben:

> *„dass es sich für Unternehmen lohnt, ihre Belegschaft so früh als möglich einzubinden.“ (GA15_24, S. 10)*

> *„Die Zeit, die so vor der tatsächlichen Implementierung investiert wird, rechnet sich später, wenn technische Systeme besser akzeptiert und bedarfsorientiert eingesetzt wird.“ (GA15_24, S. 10)*

Am Ende des Interviews kommt es schließlich noch zur Anwendung des ethisch-humanistischen Begründungsmusters, als die Interviewte die Zufriedenheit der Arbeitenden als „wichtigen Wert für sich“ beschreit. Eingeschrieben ist jedoch auch diese Deutung in eine Aussage, in der diese Zufriedenheit aus effizienztheoretischer Perspektive positiv bewertet wird:

> *„Das ist die finanzielle Seite, die nicht unterschätzt werden sollte. Zum anderen eine zufriedene Belegschaft. Sich einbringen können, gehört werden und mitbestimmen können, sind Aspekte der Mitarbeiterzufriedenheit, die nachhaltig das Arbeitsklima im Betrieb positiv beeinflussen. Dies wirkt sich letztendlich auch positiv auf die Unternehmensleistung und damit das Budget aus. Ich persönlich denke aber, dass Mitarbeiterzufriedenheit auch ein wichtiger Wert für sich ist.“ (GA15_24, S. 11)*

Betriebliche Partizipation wird also als Praxis gedeutet, von der alle Beteiligten profitieren. Zum einen die Arbeitenden, denen durch den Einsatz der Betriebsrät:innen ein „Menschen im Mittelpunkt“-Szenario in Aussicht gestellt wird. Zum anderen die Unternehmen, die durch das „Einbeziehen“ von Belegschaft und Betriebsrät:innen auf eine problemlose Implementierung von Industrie 4.0-Technologien hoffen können. Ermöglicht wird diese scheinbare reibungs- und widerspruchsfreie Koalition auch durch die konsequente Aussprung emanzipatorischer Deutungsangebote zu betrieblicher Partizipation.

6.2 Über Problemlöser:innen und Problematisierte

Mit diesem Abschnitt werden nun die in der dTPöG zum Thema Industrie 4.0 transportierten Subjektpositionen unter die Lupe genommen. Abschnitt 6.2.1 geht auf die Subjektposition für Gewerkschaften selbst ein und untersucht damit, inwiefern die formulierte

Erwartung eintritt und das zirkulierende Wissen Formationsbedingungen widerspiegelt, die von sozialpartnergewerkschaftlicher Identität geprägt sind. Abschnitt 6.2.2 untersucht die transportierten Subjektpositionen für Arbeitende, anhand derer sich eine mögliche Nebenwirkung dTP unter Bedingungen des sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss offenbart.

6.2.1 Problemlösungskompetente Sozialpartnergewerkschaft

Die Vehemenz, mit der die Zuständigkeit der Gewerkschaften für Industrie 4.0 betont wird, fällt auf. Artikuliert wird, dass „für die Gewerkschaften ist die Industrie 4.0 eine große Herausforderung“ (GA2_15, S. 8) darstellt oder bei der Schaffung von guter Arbeitsqualität in diesem Kontext „die Gewerkschaften ganz massiv gefordert“ (GA3_16, S. 7) sind. Klar gemacht wird dabei, dass das Thema bei den Gewerkschaften in den „richtigen Händen“ ist. Signalisiert wird gar die Bereitschaft zur Einschreibung des Gewerkschaftssubjekts in die neuen Kontextbedingungen über die Anwendung des 4.0-Chiffres auf sich selbst – wohl „ohne weitere Reflexion über Sinn und Unsinn dieser Zählung“ (Heßler und Thorade 2019, S. 153):

> *„Gewerkschaften in der Arbeitswelt der Industrie 4.0 mehr denn je gefordert: ‚Wir müssen eine Gewerkschaft 4.0 werden‘ “ (GA9_19, S. 16)*

Etabliert werden soll wohl eine Subjektposition von Gewerkschaften als problemlösungskompetente Akteure im Kontext Industrie 4.0, wie etwa anhand des nachfolgenden Zitats nachvollziehbar ist. Gewerkschaften werden hier als Subjekt mit bereits zu verbuchenden präsentiert. Die im gleichen Zuge vorgenommenen Wertungen dieser Erfolge als „innovativ“ und „fair“ verstärken die Zuschreibung von Problemlösungskompetenz. Mit den Kollektivvertragsverhandlungen wird außerdem etabliert, über welche Praxis das konstruierte Subjekt seine Problemlösungskompetenz zum Ausdruck bringt:

> *„Die Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren verschiedene Arbeitszeitverkürzungsmodelle in den KV-Verhandlungen erfolgreich durchgesetzt: (…) Sicher ist jedenfalls, dass die Gewerkschaften weiterhin innovative Lösungen entwickeln werden – Modelle, die die (tatsächliche) Arbeitszeit verkürzen, vorhandene Arbeit fair verteilen und Beschäftigung sichern.“ (GA1_15, S. 7)*

Problemlösungskompetenz wird auch über das Erkennen und Behandeln der relevanten Probleme suggeriert. Unterstützt wird diese Zuschreibung über die Bündnisorientierung zu relevanten Expert:innen. Die Zuschreibung der Vehemenz sowie die Signalisierung von Dringlichkeit unterstreichen die Problemlösungsambitionen:

> *„Datenschützer:innen, Gewerkschaften und Interessenvertretungen fordern deshalb vehement Transparenz und Nachvollziehbarkeit ein, um Entscheidungen auch anfechtbar zu machen.“ (GA15_24, S. 9)*

> *„Höchste Zeit also, dass sich Gewerkschaft und Wissenschaft zusammenfinden, um die Veränderungen in der Produktion und Arbeitswelt zu erfassen.“ (GA10_19, S. 19)*

Im nachfolgenden Zitat wird die hohe Relevanz von Industrie 4.0 als gewerkschaftliches Betätigungsfeld noch einmal hervorgehoben. Ebenfalls transportiert wird dabei die

Konstruktion von Gewerkschaften als repräsentatives Subjekt, Anstrengungen stellvertretend für die vertretene Gruppe unternommen:

> *„Für Gewerkschaften wird das in Zukunft wieder ein ganz wichtiges Thema werden, um Jobs für ArbeiterInnen zu erhalten." (GA11_21, S. 10)*

Ebenfalls über Repräsentanz, aber auch über korporatistischen Kooperativität konstituiert sich das Gewerkschafssubjekt im nachfolgenden Zitat, wobei die Teilnahme an korporatistischen Arrangements erfolgreiche Repräsentanz ermöglicht und somit quasi legitimiert wird:

> *„Außerdem soll die Zusammenarbeit zwischen Industrieunternehmen, Gewerkschaften, Universitäten und Forschungseinrichtungen verstärkt werden, um gemeinsam einen Industrie-4.0-Masterplan für Österreich zu entwickeln. Dafür wurde Ende 2014 die österreichische Plattform Industrie 4.0 errichtet, die beim BMVIT angesiedelt ist. (,,,) Dadurch ergibt sich für die Produktionsgewerkschaft die Möglichkeit, die vierte industrielle Revolution mitzugestalten und sicherzustellen, dass die Interessen der Beschäftigten nicht zu kurz kommen." (GA1_15, S.7)*

Transportiert wird diese Subjektposition in sehr ähnlicher Weise auch in den beiden nachfolgenden Zitaten. Ergänzt wird die Zuschreibung von Problemlösungskompetenz und der korporatistisch-kooperative Charakter noch um die Wirkungsorientierung im Sinne „aller Beteiligten", also sowohl im Sinne von Arbeit und Kapital:

> *„Ministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, der Industriellenvereinigung, der Arbeiterkammer und den Fachverbänden der Maschinen- und Metallwaren-Industrie und der Elektro- und Elektronik-Industrie den Verein „Industrie 4.0 Österreich" gegründet. Zweck des Vereins: zukünftige Entwicklungen und Innovationen in der industriellen Produktion best-möglich für alle Beteiligten." (GA2_15, S. 8)*

> *„Wir sind ein Industrieland, und durch die enge Zusammenarbeit von Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft werden wir die vierte industrielle Revolution als eine Chance nutzen - für die Beschäftigten und den Standort." (PI1_15)*

Und auch weitere Textstellen transportieren die Identitätsschablone des korporatistisch-kooperativen Gewerkschaftssubjekts, sei es in Berichten zu aktuellen Projekten (erstes, nachfolgendes Zitat) oder zukünftiger Problemlösungsprozesse (zweites Zitat):

> *„Das Projekt wird gemeinsam von Fraunhofer Austria, Technischer Universität (TU) Wien, dem Fachverband Metalltechnische Industrie und der Produktionsgewerkschaft PRO-GE umgesetzt." (GA17_24, S. 10)*

> *„Wichtig wäre es, gemeinsam mit den Sozialpartnern eine Industriestrategie zu entwickeln, die dringende Themen wie Digitalisierung und Dekarbonisierung adressiert." (GA14_24, S. 11)*

Die transportierte Subjektposition für Gewerkschaften zeichnet sich also vor allem durch die Zuschreibung von Gestaltungsverantwortung und Problemlösungskompetenz bezüglich Industrie 4.0 aus. Mit der Konstruktion des korporatistisch-kooperativen, repräsentatives Gewerkschaftssubjekts, kann die transportierte Identitätsschablone klar dem Idealtyp der Sozialpartnergewerkschaft mit Orientierung an der Einflusslogik zugeordnet werden und erfüllt somit die formulierte Erwartung.

6.2.2 Gewinner:innen im Mittelpunkt, Verlierer:innen in Gefahr

Neben den transportierten Subjektpositionen für Gewerkschaften, verdient nun die Analyse zirkulierender Identitätsschablonen für Arbeitende genauere Aufmerksamkeit. Häufig lässt sich diesbezüglich eine entweder-oder Konstruktion beobachten, die Arbeitende in eine von zwei möglichen Subjektgruppen verweist. Getroffen wird die Differenzierung zwischen „Gewinner:innen und Verlierer:innen" von Industrie 4.0 – wie schon in Abschnitt 6.1.2.1 ansatzweise aufgezeigt – über die Ausstattung der Subjekte mit Qualifikationen:

> *„Es wird Gewinner und Verlierer geben. Insbesondere niedrig qualifizierte Arbeitsplätze sind in Gefahr und insbesondere höher und hochqualifizierte Arbeitsplätze werden entstehen." (GA1_15, S. 9)*

> *„In Summe wird es damit keinen starken Arbeitsplatzabbau geben, aber man wird mehr Wissen, mehr Fähigkeiten mitbringen müssen, um diese Arbeitsplätze auszufüllen." (K2_16, S. 21)*

Subjektpositionen für Arbeitende auf Seiten der Gewinner:innen sind mit äußerst vorteilhaften Zukunftserwartungen verknüpft. Sie bleiben „unerlässlich" und werden „Hand in Hand" mit Robotern zusammenarbeiten, sind also fest verschmolzen mit dem zunehmend technisierten Arbeitsprozess. Mehr noch: Die Digitalisierung trägt sogar zu einer erhöhten Arbeitsplatzsicherheit für Gewinner:innen bei. Zusätzlich tragen die Gewinner:innensubjekte zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes bei:

> *„In Zukunft arbeiten Roboter mit Menschen ‚Hand in Hand', im selben Arbeitsumfeld." (PI3_16)*

> *„Der Mensch wird – so der Konsens unter ExpertInnen – auch in der Industrie 4.0 unerlässlich bleiben." (GA1_15, S. 5)*

> *„Digitalisierung kann qualifizierte Beschäftigung absichern." (K2_16, S. 19)*

> *„Der Wirtschaftsstandort müsse außerdem gestärkt werden, indem gezielt auf Fachkräfte und das duale Ausbildungssystem gesetzt und die Chancen der Digitalisierung umfassend genutzt werden." (GA17_24, S. 13)*

> *„Unsere Standortvorteile liegen im Fachwissen, in der Innovationskraft und bei den hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das ist unser größter Wettbewerbsvorteil, den wir beibehalten und ausbauen wollen." (PI8_24)*

In Firmenportraits, die einen fixen Bestandteil jeder „Glück auf!" Ausgabe darstellen, werden die Gewinner:innen bei ihrer Tätigkeit an „hoch automatisiert[en] und digitalisiert[en]" (GA14_20, S. 16) Arbeitsplätzen präsentiert. Hierbei verkörpern sie in gewisser Weise das Motiv des „Menschen im Mittelpunkt" in der digitalisierten Produktion:

> *„Trotz hohem Digitalisierungsgrad im Unternehmen braucht es Menschen zur Fertigung." (GA12_22, S. 17)*

> *„Die Spritzgussmaschinen sind hochmodern und arbeiten weitgehend automatisch. Für die 270 Beschäftigten spielt Weiterbildung eine große Rolle, um mit den neuen Techniken umgehen zu können." (GA8_18, S. 16)*

Die andere Seite der Subjektpositionsmedaille konstituiert sich ebenso über die in diesem Fall mangelnde Ausstattung mit Qualifikationen. In aller Deutlichkeit wird den

Träger:innen dieser Subjektposition zugeschrieben, dass Zukunftsaussichten betreffend ihre Arbeitsplatzsicherheit kein rosiges Szenario darstellen:

> *„Je schlechter ausgebildet, desto schlechter stehen die Chancen auf einen Arbeitsplatz." (GA3_16, S.7)*

> *„Ein bemerkenswerter Fortschritt, der allerdings Jobs kostet – ‚einfache' Tätigkeiten in der Produktion wurden wegrationalisiert." (K2_16, S. 18)*

> *„Industrie 4.0 schafft hochintelligente Arbeitsplätze. Verlierer sind jene, die nicht in der Lage sind, hochwertige Arbeitstätigkeiten durchzuführen" (K2_16, S. 18)*

> *„Gerade in Zeiten von Digitalisierung und Industrie 4.0 wird Weiterbildung aber essentiell, und vor allem Menschen mit niedriger Qualifikation sind auf öffentlich finanzierte Angebote angewiesen, wenn man will, dass sie auch in den kommenden Jahren die Chance auf einen Arbeitsplatz haben." (PI5_17)*

In gewisser Weiße intersektional fällt die Markierung von Verlierer:innen in den nachfolgenden Zitaten aus. Verknüpft wird die (zu) geringe Ausstattung mit notwendigen Kompetenzen mit unterschiedlichen, soziodemographischen Merkmalen. Implizit findet hier eine Bezugnahme auf Erkenntnisse statt, die unter dem Begriff des „Digital Divide" (van Dijk 2020) diskutiert werden:

> *„Schlecht Ausgebildete, Teilzeitbeschäftigte, junge, gering gebildete Menschen mit niedrig bezahlten oder gar keinen Jobs sowie Frauen und Scheinselbstständige werden es besonders schwer haben." (S3_19, S. 16)*

> *„Industrie 4.0. Studien zeigen, dass bei der Digitalisierung Frauen stärker von Jobverlusten betroffen sind. Die PRO-GE Frauen fordern daher ein Recht auf Weiterbildung, um Frauen auf die geänderten Anforderungen am Arbeitsmarkt optimal vorzubereiten." (GA8_18, S. 11)*

> *„Zwei Aspekte sind wichtig: die Aus- und Weiterbildung, vor allem aber auch der Umgang mit ArbeitnehmerInnen in der Altersstufe 45+, die sich teilweise mit den neuen Entwicklungen schwertun." (S1_15, S. 7)*

An dieser Stelle scheint noch einmal der Hinweis darauf relevant, dass mit Subjektpositionen der Verlierer:innen markierte Arbeitende diskursiv nicht auf individueller Ebene zur Behebung ihrer „Defizite" in Verantwortung gezogen werden. So zielt die Deutung im Qualifizierungsdiskurs darauf ab, kollektiv organisierte, strukturell verankerte Qualifizierungsmaßnahmen als angebrachte Strategie zu positionieren. Ziel dieser Strategien ist explizit die Vermeidung des Entstehens von Verlierer:innen, wie es im nachfolgenden Zitat auf den Punkt gebracht wird:

> *„Um die Kluft zwischen Gewinnerinnen und Verliererinnen der Digitalisierung zu verhindern, braucht es Maßnahmen." (S3_19, S. 16)*

Mit dem diskursanalytischen Zugang der vorliegenden Arbeit stehen jedoch nicht nur der manifeste Inhalt von Artikulationen im Interesse der Auswertung, sondern auch die damit latent transportierten Wissensformationen. Insofern werden die transportierten Subjektpositionen für Arbeitende weiter unten noch einmal aufgegriffen und diskutiert.

7 Diskussion der Ergebnisse

Kapitel 7 setzt sich aus zwei Abschnitten zusammen, in denen die oben dargestellten Ergebnisse mit Hinblick auf das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit diskutiert werden. Abschnitt 7.1 beantwortet die Forschungsfrage zum Ausmaß der Prägung dTPöG durch ihre Formationsbedingungen. Mit Abschnitt 7.2 wird abschließend besprochen, welche Konsequenzen sich aus der beobachteten Gestalt dTP ergeben.

7.1 Zur Beantwortung der Forschungsfrage

Dieser Abschnitt beherbergt mit der Beantwortung dar Forschungsfrage das Grande Finale der vorliegenden Arbeit. Hierzu wird deren Herleitung in einem ersten Schritt noch einmal kurz zusammengefasst, um die dahinterliegenden Gedankengänge sowie die darauf aufbauend Erwartungen für den weiteren Verlauf der Ausführungen präsent zu machen (Abschnitt 7.1.1). Anschließend werden noch einmal die Ergebnisse zusammenfassend und im Lichte der Forschungsfrage vor Augen geführt (Abschnitt 7.1.2). In Abschnitt 7.1.3 wird schließlich unter großem Trommelwirbel verkündet, ob die generierten Ergebnisse eine erwartungsgemäße Beantwortung der Forschungsfrage ermöglichen.

7.1.1 Zur Genese der Forschungsfrage

Das grundlegende Interesse, welches zur Formulierung der behandelten Forschungsfrage führte, war gespeist aus dem Bedürfnis der Dekonstruktion des „Mythos der Alternativlosigkeit“ rund um die Digitalisierung in einem spezifischen Bereich: der dTPöG. Hierzu galt es zu zeigen, dass diese nicht einfach als interessenpolitisch getünchte, im Grunde jedoch einzig mögliche und daher logische Anpassungsreaktion auf die Digitalisierung aufgefasst werden kann. Entgegnet werden sollte eine Perspektive, die dTPöG auf den konstituierenden Effekt der Ausgestaltung industrieller Beziehungen als „geronnene Interessenkompromisse“ (Müller-Jentsch 2009, S. 283) zurückführt. Hiermit wird nicht bloß Erkenntnisinteresse als Selbstzweck verfolgt. Die Widerlegung des Mythos der Alternativlosigkeit kann interessenpolitischen Akteuren dabei helfen, ihre eigene diskursive Praxis zu reflektieren und gegebenenfalls anzupassen. Schließlich steht einiges auf dem Spiel. Gewerkschaftliche Diskurspraxis ist nicht einfach Nebengeräusch der Digitalisierung, sondern prägt Verlauf und Ausgestaltung der Produktivkraftentwicklung maßgeblich mit (Ewen et al. 2022, S. 14), sofern Gewerkschaften sich über Diskursmacht im „Transformationskonflikt“ (Urban 2022, S. 88) der Digitalisierung gegenüber dem Kapital behaupten können. Die Gestalt von dTP trägt außerdem als Teil eines Aushandlungsprozesses im Rahmen der industriellen Beziehungen Österreichs zu deren Reproduktion oder Transformation bei (Müller-Jentsch 2009, S. 283). Mit der Offenlegung der tatsächlichen Einflussfaktoren auf- sowie sich daraus ergebende Charakteristika der dTPöG generiert die vorliegende Arbeit somit Erkenntnisse zur sozialen Konstruktion eines (potenziell) wirkmächtigen Phänomens.

Um die Annahme einer Prägung dTP durch die Einhegung der Gewerkschaften als diskursproduzierende Akteure in das österreichische System industrieller Beziehungen empirisch zu untermauern, bedarf es eines Forschungsdesigns, bei dem eben dieser Einfluss beobachtbar gemacht werden kann. Hierzu bietet sich eine Untersuchung unter möglichst kontrollierten Bedingungen an. Um dies zu ermöglichen, wurde die dTPöG zu Industrie 4.0 als Untersuchungsgegenstand ausgewählt. Die sozialpartnerschaftliche Praxis in diesem Feld ist in der Literatur unter dem Begriff „Technokorporatismus 4.0“ (Schaupp 2022) ausführlich beschrieben und eignet sich somit gut zur Ableitung von Erwartungen betreffend die Prägungsqualität der Formationsbedingungen. Außerdem kann dTP in diesem Setting unter beinahe idealtypischen Bedingungen des sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss beobachtet werden. Ganz grundlegend wurde die Erwartung formuliert, dass dieser in der Gestalt dTPöG zum Ausdruck kommen müsste, sofern die These der Prägungskraft der Formationsbedingungen sich bewahrheitet. Um diese Erwartung empirisch überprüfbar zu machen, kam das Interpretationsrepertoire der WDA zum Einsatz. So konnten die untersuchte Wissensformationen konzeptionell greifbar- und damit analysierbar gemacht werden. Zur Untersuchung transportierter Deutungsmuster wurde eine Idealtyp-Heuristik als sensibilisierendes Konzept entwickelt. Anhand dieser konnten die vorgefundenen Deutungsangebote im Zuge der typisierenden Deskription relational in die „Dreifachbewegung“ (Fraser 2015) als Struktur sozialer Kämpfe im Kapitalismus eigeordnet werden, wodurch die Erwartung der Orientierung am sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss überprüft werden konnte. Die formulierte Erwartung zur unter angenommenen Bedingungen naheliegenden Gewerkschaftsidentität wurde über die Analyse von transportierten Subjektpositionen überprüft, wobei die idealtypischen Konzepte der Sozialpartner- sowie der Bewegungsgewerkschaft nach Pernicka und Stern (2011) hierbei als Orientierungspunkt dienten. Weniger konzeptionell oder von einer konkretisierten Erwartung geleitet verlief die Analyse der transportierten Klassifikationsschemata. Untersucht wurden die Mitgliedermagazine von im Zusammenhang mit Industrie 4.0 befassten Gewerkschaften und Presseaussendungen zum Thema.

7.1.2 It’s the Formationsbedingungen, stupid!

Nun gilt es zu untersuchen, ob und inwiefern die Ergebnisse diese Erwartungen widerspiegeln. Hierzu werden diese noch einmal zusammenfassend und mit Fokus auf die Überprüfung der formulierten Erwartung nachfolgend dargestellt (Abschnitt 7.1.2.1), wobei der Umverteilungsdiskurs aufgrund seiner untypischen Gestalt gesonderter Besprechung bedarf (Abschnitt 7.1.2.2).

7.1.2.1 Sozialpartnerschaftlicher Klassenkompromiss und Industrie 4.0

Bei der Untersuchung der dTPöG zum Thema Industrie 4.0 wurde erstens im Zuge der Deutungsmusteranalyse die Erwartung einer Positionierung in Orientierung am sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss untersucht. Konzipiert als Koalition zwischen den beiden Dreifachbewegungspolen Vermarktlichung und Schutz, sollte eine Ausrichtung nach diesem Orientierungspunkt also in einer mehr oder weniger gleichmäßigen

Bedienung der diesen beiden Polen zugeordneten Deutungsmuster Ausdruck finden. Für die Auswertung der transportierten Subjektpositionen wurde eine Orientierung an einer sozialpartnergewerkschaftlichen Identität erwartet, die über die diskursive Konstruktion einer entsprechenden Rollenverteilung zwischen Gewerkschaft und Arbeitenden nachvollzogen werden sollte.

Beginnen wir also mit in der dTPöG transportierten Deutungsmustern zum Verhältnis zwischen Gesellschaft und Technologieentwicklung (detailliert in Abschnitt 6.1.1). Einerseits konnte eine klar technikdeterministische Schlagseite des Diskurses festgestellt werden, die sich in Deutungen von Technologieentwicklung als Prozess entlang eines Stufenmodells hin zu einem vorweggenommenen Telos manifestierte. Vernetzte Systeme, Cyber-Physische Produktionssysteme und ähnlich benamste Schlüsseltechnologien leiten diese neue Stufe technologischen Fortschritts ein und führen bei konsequenter Implementierung unweigerlich zur „sozio-technischen Zukunftsvorstellung“ (Rego et al. 2021, S. 9) der intelligenten Fabrik. In dieser wird zwar das Rationalisierungsprogramm als der Technisierung inhärent eingeschriebene Funktion über die „vollständige Automatisierung“ auf den Gipfel getrieben sein, Sorge vor technologischer Arbeitslosigkeit ist jedoch unbegründet. Schließlich steht auch in der undefiniert weit in der Zukunft verorteten Projektionsfläche aktueller Technologieideologien der „Mensch im Mittepunkt“. Damit kommt es zu einer affirmierenden Bezugnahme auf den Technikdeterminismus, indem ein gewerkschaftliches Ziel als Element des Alternativlosen markiert wird. Das Motiv des „Menschen im Mittelpunkt“ fungiert außerdem als eine Art Scharniere zwischen Technikdeterminismus und situativer Offenheit. Denn einerseits erscheint es als gesetzte Tatsache, dass die Notwendigkeit menschlicher Arbeit eine inhärente Konstante des technologischen Fortschritts darstellt. Anderseits kommt es zur Deutung, dass es zum Erreichen dieser positiven Zukunftsvision der Gestaltung durch Gewerkschaften bedarf. Daran, dass Gewerkschaften an einer solchen Gestaltung interessiert sind, wird kein Zweifel gelassen. Scheinbar ist eben doch nicht alles alternativlos, zumindest nicht bis ins letzte Detail.

Zur Deutung von Industrie 4.0 als Ausprägung der Digitalisierung im produzierenden Sektor wurden zwei Diskursformationen identifiziert (Abschnitt 6.1.2). Hier wird nun die Deutungskonstellation im Qualifizierungsdiskurs erörtert. Die Deutung von Industrie 4.0 im Qualifizierungsdiskurs vollzieht sich maßgeblich über die Prognose ambivalenter Arbeitsplatzeffekte. Demzufolge fallen zwar die Jobs niedrig Qualifizierter der Automatisierung zum Opfer, neu entstehende Arbeitsplätze mit höheren Qualifikationsanforderungen sorgen jedoch insgesamt für ein neutrales bis positives Arbeitsplatzsaldo. Dem Risiko der technologischen Arbeitslosigkeit steht also die Chance der höher qualifizierten Beschäftigung in einem sicheren „Mensch im Mittelpunkt“-Beruf gegenüber. Als angebrachte Handlungsstrategie zum Vermeiden der Risiken und Verwirklichen der Chancen, wird die Implementierung von Qualifizierungsmaßnahmen als strukturell verankertes-, durch Arbeitgeber:in oder Staat garantiertes Angebot ins Feld geführt. Insofern enthält der

Qualifizierungsdiskurs sämtliche Erkennungsmerkmale gestaltungsoptimistischer Deutung. Nun offenbart jedoch der Blick ins Detail, dass besagte Chancenverwirklichungsstrategie sowohl Gestaltungsambition im Sinne der Arbeitendeninteressen-, als auch wettbewerbsorientierte Anpassungsreaktion beinhaltet. Schließlich soll das sozio-technische System Industrie 4.0 zwar über die Implementierung von Qualifizierungsangeboten einer Gestaltung unterzogen werden, die so qualifizierten Arbeitenden fungieren in ihrer Rolle als „gut ausgebildete Fachkräfte“ jedoch auch als Wettbewerbsvorteil gegenüber der Standortkonkurrenz. Insofern transportiert der Qualifizierungsdiskurs auch den Wettbewerbsfetisch als Deutung zu Industrie 4.0, auch wenn der Standortvorteil nicht als Mittel der Kapitalakkumulation- sondern der Arbeitsplatzsicherheit gerahmt ist. Auch hier wird also ein Deutungsmuster der Vermarktlichung affirmiert.

Der sich bisher abzeichnende Trend setzt sich auch in der Analyse zur Deutung von betrieblicher Partizipation in der dTPöG zu Industrie 4.0 fort (Abschnitt 6.1.3). Den ethisch-humanistischen Rand des artikulierten Spektrums bilden hier Äußerungen zur Rolle betrieblicher Mitbestimmung – als rechtlich institutionalisierte Form betrieblicher Partizipation – bei der Verwirklichung der Gestaltungsutopie des „Menschen im Mittelpunkt“. Am anderen Ende des Spektrums sind Artikulationen beobachtbar, die betriebliche Partizipation gerade in Zeiten der Digitalisierung als wirtschaftlich vorteilhafte Praxis markieren. Deutlich öfter kommen effizienztheoretische Tendenzen jedoch in Passagen zum Vorschein, in denen betriebliche Partizipation vage als Erfolgsfaktor bei der Umsetzung von Digitalisierungsprojekten gedeutet wird. Wohlwollend interpretiert, kann dies als diskursive Rute im Fenster des Betriebs verstanden werden, um Mitbestimmungsmöglichkeiten als Bedingung einer konstruktiven Beteiligung an Implementierungsprozessen durch Gewerkschaften und Arbeitenden zu setzen. Naheliegender scheint jedoch ein Manöver der Deutung von betrieblicher Partizipation als Win-Win-Praxis für Arbeit und Kapital, die beim Erreichen eines gemeinsamen Ziels unterstützt und daraus Legitimität ziehen soll.

Transportierte Subjektkonstruktionen der dTP beziehen sich vor allem auf Gewerkschaften selbst und konstituieren diese als repräsentative, korporatistisch-kooperative Akteure, deren Ausstattung mit Problemlösungskompetenz und -ambitionen sie zur verlässlichen Gestalterin von Industrie 4.0 im Interesse der Arbeitenden kürt. Damit wird hier eindeutig die Identitätsschablone der Sozialpartnergewerkschaft bedient, deren Handlungsrahmen stark durch die Einflusslogik geprägt ist.

Klassifikationsschemata als Dichotomien etwa zwischen Gut und Böse sind in den bisher dargestellten Formationen der dTPöG zu Industrie 4.0 nicht auffindbar. Chancen und Risiken sind zwar existent, liegen jedoch als gleichwertige Optionen auf dem Tisch möglicher Entwicklungen. Ob Chancen oder Risiken eintreten, Industrie 4.0 positiv oder negativ verläuft, hängt nicht etwa davon ab, ob sich Akteure mit den richtigen Ambitionen gegen Vertreter:innen einer „dunklen Seite“ durchsetzen. Vielmehr geht es darum, im Sinne aller Beteiligten die eine, objektiv beste Handlungsstrategie zu identifizieren und dann anzuwenden, um so das Beste für alle in einem Prozess herauszuholen, der sich

unweigerlich vollziehen wird und auch vollziehen sollte. Insofern, dass die Umsetzung von Industrie 4.0 unter Vorbehalt von Risikovermeidungsstrategien generell affirmiert wird, kann möglicherweise von einem leichten Überhang des Chancendiskurses gesprochen werden. Im Großen und Ganzen offenbart sich die dTP zu Industrie 4.0 jedoch äußerst sparsam im Transport von Klassifikationsschemata.

7.1.2.2 Umverteilungsdiskurs als Ausreißer

Der Umverteilungsdiskurs stellt eine Facette der Deutung von Industrie 4.0 in der dTPöG dar, die in ihrer Gestalt einen Ausreißer zum bisher dargelegten bildet. Ähnlich wie der Qualifizierungsdiskurs beruht er in seiner grundsätzlichen Einordnung von Industrie 4.0 auf prognostizierten Arbeitsmarkteffekten. Gedeutet wird die angenommene Substituierung von Arbeitsplätzen jedoch nicht als ein Gestaltungs- bzw. Anpassungsauftrag, sondern als Anlass für das Stellen der Verteilungsfrage. Schließlich – so die Deutung – gehen jene Rationalisierungsprozesse, auf denen die Substituierung menschlicher Arbeit beruht, mit einer Ungleichverteilung von Rationalisierungsgewinnen einher. Während Arbeitende (potenziell) ihren Arbeitsplatz verlieren, profitiert das Kapital von der technologisch gesteigerten Produktivität. Um dieser problematisierten, strukturell angelegten Tendenz von Digitalisierungsprozessen entgegenzuwirken, werden Wertschöpfungsabgabe und Arbeitszeitverkürzung gefordert. Erstere soll die Finanzierung des Sozialstaates als Institution(en) des sozialen Schutzes sicherstellen, deren Existenz durch das einseitige Verschiebung von Profitierten zum Kapital im Rahmen von Industrie 4.0 gefährdet ist. Zweitere soll die Rationalisierungsgewinne durch Industrie 4.0 gleichmäßig verteilen, in dem diese auch in eine verkürzte Arbeitszeit (bei vollem Lohnausgleich) übersetzt werden. In beiden Fällen handelt es sich also um Strategien, um strukturell angelegten Mechanismen der Produktion von Herrschaftsdividenden entgegenzuwirken. Wir haben es also mit einer antagonistisch geprägten Deutung von Industrie 4.0 zu tun, deren generelle Orientierung zum Dreifachbewegungspol des Schutzes in der grundlegenden Motivation hinter dem Eintreten in Antagonismen zum Ausdruck kommt.

Damit entsteht im Umverteilungsdiskurs Raum für Herrschaftsdeterminismus, indem die Deutung des rationalistischen Charakters des Technisierungsprozesses als Produkt von Herrschaft durchaus angelegt ist, wenngleich sie nie explizit gemacht wird. Sehr augenscheinlich kommt im Umverteilungsdiskurs jedoch auch eine technikdeterministische Grundierung zum Vorschein. Dass Industrie 4.0 sich als in seiner Essenz rationalisierender Prozess vollzieht und damit zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führt, gilt als gesetzt und entzieht sich jeglicher Gestaltungsambition. Besonders explizit tritt der Technikdeterminismus im Umverteilungsdiskurs zu Tage, wenn Arbeitszeitverkürzung als eine logische Konsequenz von technologiebedingter Rationalisierung gedeutet wird.

Auffällig ist außerdem, dass der Umverteilungsdiskurs deutlich ausgeprägtere Klassifikationsschemata transportiert, als dies in der dTP zu Industrie 4.0 sonst der Fall ist. So werden die Gegner:innen der lancierten Umverteilungsmaßnahmen als Bösewichte markiert und moralisch für ihre Profitgier sowie die damit einhergehende mangelnde Orientierung

am Allgemeinwohl verurteilt. Das sozio-technische System Industrie 4.0 wirkt dabei als technologischer Gehilfe der Akteure mit den skandalisierten Handlungsorientierungen. Fairness und Gerechtigkeit können jedoch durch Gewerkschaften hergestellt werden, in dem sie sich – wohlgemerkt klar und deutlich in Orientierung an der Einflusslogik – für notwendige Umverteilungsmaßnahmen stark machen.

7.1.3 Erfüllte Erwartungen

Wie sind nun die dargestellten Ergebnisse von dem Hintergrund des Forschungsinteresses zu bewerten? Als Ausgangslage zu Beantwortung dieser Frage scheint es hilfreich, sich die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit noch einmal vor Augen zu rufen:

Wie wirkt sich die sozialpartnerschaftliche Praxis im Bereich Industrie 4.0 als Formationsbedingung auf die Gestalt diskursiver Technopolitik österreichischer Gewerkschaften in diesem Feld aus?

Die Analyse der Art und Weise, wie in der dTPöG zu Industrie 4.0 „Deutungsmuster zu spezifischen Deutungsarrangements“ (Keller 2008, S. 243) verknüpft werden, ist in überwiegendem Ausmaß vom sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss geprägt. Diese Prägung drückt sich in transportierten Deutungsmustern, Subjektpositionen und Klassifikationsschemata aus. Im überwiegenden Teil des Diskurses lassen sich identifizierte Deutungskonstellationen anhand der konzipierten Idealtyp-Heuristik klar zwischen den Dreifachbewegungspolen Markt und Schutz verorten. Subjektpositionen werden eindeutig nach der Identitätsvorlage der Sozialpartnergewerkschaft transportiert. Klassifikationsschemata kommen so gut wie gar nicht zum Einsatz.

Der Umverteilungsdiskurs weicht jedoch klar und deutlich vom sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss ab, widerspricht damit der formulierten Erwartung und sorgt für Erklärungsbedarf. Wie kann diese Diskursformation zu Stande kommen? Wurde in der Herleitung der sozialpartnerschaftlichen Praxis um Industrie 4.0 als Formationsbedingung etwas übersehen, aus dem der Umverteilungsdiskurs begründet werden kann? Oder muss gar die grundlegende Annahme der vorliegenden Arbeit verworfen- und die tatsächlichen Prägungsmechanismen der dTPöG anderswo als in den Formationsbedingungen gesucht werden?

Glücklicherweise kann das von der WDA bereitgestellte Theoriegebäude derart drastische Schritte abwenden, in dem es eine alternative Einordnung des Umverteilungsdiskurses ermöglicht. Wie in Abschnitt 4.3 dargestellt, besteht die maßgebliche Intention hinter der Integration der hermeneutischen Wissenssoziologie in die Diskurstheorie in der Ergänzung eines Akteurskonzeptes. Individuen und Organisationen sind demnach keine dem Diskurs uneingeschränkt unterworfenen, von ihm vollständig durchzogenen Subjekte, sondern verfügen über gewisse Handlungsspielräume in ihrer diskursiven Praxis. Insofern kann der Umverteilungsdiskurs als strategischer Versuch „neue Deutungsmuster zu generieren und auf der gesellschaftlichen Agenda zu platzieren“ (Keller 2008, S. 243) interpretiert werden. Vielleicht handelt es sich jedoch auch um ein Sediment

„vorangegangener Problemlösungsgeschichte“ (Jaeggi 2023, S. 147) und damit um eine interne Formationsbedingung.

> *„Die wesentlichen Verteilungsfragen bleiben auch in der digitalen Arbeitswelt dieselben.“ (K4_16, S. 15)*

Dies abschließend zu klären, liegt jedoch weit außerhalb des Erklärungspotentials dieser Arbeit. Fest steht jedenfalls, dass die Annahme der Prägung dTPöG durch die sozialpartnerschaftliche Praxis als Formationsbedingung nicht verworfen werden muss. Prinzipiell und nach verdautem Schreck ist die Existenz des Umverteilungsdiskurs eine gute Nachricht. Schließlich zeigt er auf, dass der Mythos der Alternativlosigkeit nicht einfach durch einen anderen Reduktionismus in Form eines Formationsbedingungsdeterminismus abgelöst werden sollte. Wie sich Gewerkschaften in sozialen Kämpfen im (digitalen) Kapitalismus positionieren, erweist sich damit als letztendlich durch strategische Überlegungen von Akteuren beeinflussbar.

Mit der erwartungsgemäßen Beantwortung der Forschungsfrage ist jedoch noch nicht alles gesagt, was auf Basis der umgesetzten Analysen zu sagen ist. Im nächsten Abschnitt wird daher noch darauf eingegangen, welchen Machtressourcenpreis die Gewerkschaften für die dTP im Stil des sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss bezahlen.

7.2 Der Preis des Klassenkompromiss

Nachdem gezeigt wurde, dass Formationsbedingungen im Stil des sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss sich offenbar klar und deutlich in der dTPöG widerspiegeln, soll mit diesem Abschnitt noch auf mögliche Folgen einer derartig geprägten Diskursstrategie eingegangen werden. Wie gezeigt wird gehen mit diese möglicherweise erhebliche, negative Auswirkungen im Bereich gewerkschaftlicher Machtressourcen einher. Dies hängt mit transportierten Subjektpositionen (Abschnitt 7.2.1) und der Beteiligung an der Konstruktion einer Hegemonie der Vermarktlichung (Abschnitt 7.2.2) zusammen. Vorweggenommen werden soll an dieser Stelle jedoch, dass dieser Preis wohl nicht aus Überzeugung bezahlt wird, sondern dass es sich hierbei wohl eher um „nicht intendierte Folgen“ (Merton 1936) dTP handelt. Außerdem setz der sozialpartnerschaftliche Klassenkompromiss der dTPöG gewisse Grenzen, worauf in Abschnitt 7.2.3 eingegangen wird.

7.2.1 Das Arbeitendensubjekt im Klassenkompromiss

Wie bereits im Zuge der Analyse gezeigt wurde, sind transportierte Subjektpositionen für Arbeitende über den gesamten Diskursverlauf hinweg von Passivität bestimmt. Gestaltungspraxis wird durch die Platzhirsch-Subjektposition der repräsentativen, korporatistisch-kooperativen Sozialpartnergewerkschaft monopolisiert, während Arbeitende maximal passiv in Gestaltungsprozesse „einbezogen“ werden. Besonders brisant scheint diesbezüglich die Konstruktion der Subjektposition von niedrig qualifizierten Arbeitenden als Verlierer:innen von Industrie 4.0, deren Passivität zusätzlich in ein Ausgeliefertsein gegenüber den für sie nachteilhaften Arbeitsplatzeffekten zum Ausdruck kommt. Verschärft

wird die Problematisierung dieser, durch die Ausstattung mit Qualifikationen bedingte Verlierer:innenrolle durch die starke Kontrastierung zur Subjektposition der Gewinner:innen. Diese, ebenfalls über das in diesem Fall hohe Qualifikationsniveau konstituierte Subjektposition, ist in hohem Ausmaß mit vorteilhaften Zuschreibungen besetzt. Neben besten Beschäftigungschancen in „Mensch im Mittelpunkt"-Jobs werden die Gewinner:innen zu ehrenwerten Garanten der Wettbewerbsfähigkeit gekürt. Eine Beteiligung am Streben nach Vorteilen in der Standortkonkurrenz wird den Verlierer:innen zwar nicht explizit abgesprochen, ohne aktiven Beitrag hierzu bleibt jedoch auch die daran geknüpfte Anerkennung aus.

Ein Forschungsinteresse der WDA, dem im Zuge der vorliegenden Arbeit empirisch nicht nachgekommen werden kann, ist jenes der Untersuchung des Einflusses von Diskursen auf das Alltagswissen ihrer Empfänger:innen (Keller 2008, S. 266–267). Betreffend transportierte Subjektpositionen vollzieht sich dieser Einfluss über die „Rezeptions- und Aneignungsprozesse dieser Positionen durch soziale Akteure" (Keller 2008, S. 253), worin eine zentrale Dimension der Machtwirkung von Diskursen besteht. Wie gehen die Adressat:innen also mit der Zuweisung der Identität als passive Verlierer:innen um und welche Konsequenzen ergeben sich daraus?

Zwecks mangelnder Kapazitäten dieser Frage im Zuge dieses Forschungsprojekts empirisch nachzugehen, wird sich dieser nun über die Rezeption rezenter Erkenntnisse aus der Arbeiter:innenbewusstseinsforschung angenähert. Beforscht werden hier die Gestalt sowie die Handlungsimplikationen „normativer Bezüge [von Arbeitenden], die ihre Legitimität aus gesellschaftlichen Diskursen speisen" (Westerheide 2022, S. 58). Aus diesen normativen Bezügen leiten sich unter anderem Ansprüche an betriebliche Herrschaft ab, deren Verletzung eine Delegitimierung der Herrschaftsverhältnisse und damit interessenpolitische Mobilisierungspotenziale nach sich ziehen kann. Ein solcher Anspruch ist der Beteiligungsanspruch, aus dem sich ein Bedürfnis der Beteiligung an Entscheidungsfindungsprozessen im Betrieb ableitet (Menz und Nies 2021, S. 15–21). Nun wird an unterschiedlichen Stellen darauf hingewiesen, dass Gewerkschaften gerade im Kontext der Digitalisierung „gut beraten sind, verstärkt Ansätze für beteiligungsoffene Formen der Interessenvertretung zu verfolgen und diese mit dem Ausbau kollektiver Mitbestimmungsmechanismen zu kombinieren" (Hoffmann und Fischer 2016, S. 550; siehe auch Urban 2016, S. 54). DTP zielt im Idealfall also darauf ab, über transportiertes Wissen Beteiligungsansprüche herzustellen, die dann in weiterer Folge über beteiligungsorientierte Interessenpolitiken aktiviert und mobilisiert werden können.

Nun scheint der sozialpartnerschaftliche Klassenkompromiss keine besonders vorteilhafte Formationsbedingung zur Umsetzung derartiger strategischer Orientierungen darzustellen. Dies komm nicht nur anhand der umgesetzten Analysen zum Ausdruck, sondern wird von Tullius und Wolf (2012) auch unter dem Begriff des „Sozialpartnerschaftlichen Geistes" diskutiert. Darunter verstehen sie eine „spezifische Verschränkung von Regeln und Vorstellungen der Integration und der Form der Entscheidungsfindung und der

Legitimation der getroffenen Entscheidungen zu fassen. Mit einer sozialintegrativen, gleichzeitig zentralistisch-repräsentativen und konfliktvermeidenden Integrationslogik ist eine Legitimationslogik verknüpft, die hauptsächlich auf outputorientierter Legitimierung basiert“ (Menz und Tullius 2015, S. 6). Unter Outputorientierung wird hierbei die Legitimierung des Entscheidungsfindungsprozesses auf Basis seiner Erfolge im Erzielen von Outputs, also etwa Entgelterhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen oder Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, verstanden. Inputorientierung hingegen meint eine Legitimation der Entscheidungsfindungsprozesse über Partizipationsmöglichkeiten der Entscheidungsbetroffenen. Formationsbedingungen des sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromisses als institutionalisierter, sozialpartnerschaftlicher Geist gelten nicht unbedingt als geeigneter Kontext zur gewerkschaftlichen Aktivierung von Beteiligungsansprüchen in den Belegschaften. „Neben dieser hauptsächlich outputorientierten Legitimierung beruht die Input-Legitimität des Systems auf zentralisierter, professionalisierter Beteiligung durch dauerhafte Interessenrepräsentanten, denen die Repräsentierten ihre Beteiligungsansprüche im Tausch gegen hinreichende Output-Teilhabe abtreten. Die sozialpartnerschaftlichen Leitprinzipien sind Leistung und nicht Gleichheit, Repräsentation und nicht direkte Partizipation“ (Tullius und Wolf 2012, S. 372–373). Diese Beschreibung passt wie die Faust aufs Auge zur gewerkschaftlichen Identität, die sich in der analysierten dTP widerspiegelt. Auch im Umverteilungsdiskurs zeigen sich diesbezüglich keine gegenläufigen Tendenzen. Die durch den sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss formatierte Subjektkonstruktion des/der passiven Arbeiter:in erweist sich also als kontraproduktiv im Sinne des Aufbaus von in Organisationsmacht transferierbare Diskursmacht.

Mit der Konstruktion des passiven Arbeitendensubjekts geht noch eine weitere, besprechungswürdige Problematik einher. Das „Digitalisierungserleben“ (Lühr 2022, S. 89) der Arbeitenden ist maßgeblich vom wahrgenommenen Ausmaß an Handlungs- und Aneignungsmöglichkeiten im Kontext der digitalen Transformation bestimmt. Damit verknüpft sind Folgen für das Politische. So sind Handlungs- und Aneignungsmöglichkeiten „bestimmende[s] Moment, das schließlich darüber entscheidet, über welche Chancen die Menschen verfügen, um Lust auf Zukunft zu entwickeln. Und sie entscheiden darüber, wie groß die Gefahr ist, dass Ängste und Unsicherheiten im Zuge der digitalen Transformation zum Motor für politische Polarisierungen und Verkantungen im Prozess des gesellschaftlichen Wandels werden, die Demokratie und sozialen Zusammenhalt bedrohen können“ (Lühr 2022, S. 100). Verschärft werden kann diese Problematik eines passivitätsbedingt handlungs- und aneignungsmöglichkeitsarmen Digitalisierungserlebens zusätzlich durch die Markierung mancher Arbeitender als Verlierer:innen der Digitalisierung. Hiervon sind vor allem niedrig Qualifizierte betroffen, was vor dem Hintergrund des „Digital Divide“ (van Dijk 2020) besonders jene trifft, die in der gesellschaftlichen Stratifikation ohnehin eher auf den unteren Rängen anzutreffen sind. Gesellschaftliche Polarisierung gäbe es selbstredend auch ohne die Digitalisierung (Staab und Prediger 2019, S. 190), mit der entlang des Qualifikationsniveaus „sehr ungleich verteilt[en]“ (Droste 2020, S. 18) Angst um den Arbeitsplatzverlust sind Menschen niedriger Klassenlagen jedoch mit einer

zusätzlichen Last konfrontiert. Daraus resultierende Abstiegsängste gespeist durch das „Gefühl, den Unsicherheiten, die gesellschaftliche Veränderungen wie Digitalisierung oder Globalisierung mit sich bringen, ausgeliefert zu sein“ (Kohlrausch und Bettina 2018, S. 19) bilden einen fruchtbaren Nährboden für rechtspopulistische Agitation (siehe hierzu auch Hövermann et al. 2021, S. 12), die auch im Kontext der Ökologisierung gezielt Transformationsverlierer:innen adressiert (Humpert et al. 2021; Sommer und Schad 2023). Mit der Subjektposition des/der Verlierer:in wird demnach eine Identitätsschablone der passiven Vulnerabilität transportiert und damit eine Andockstation für Diskurse hergestellt, von deren Wirklichkeitskonstruktionen aus gewerkschaftlicher Perspektive nichts Gutes zu erwarten ist. „Denn zur Selbstorganisation unfähig, tendieren subalterne Klassen(-fraktionen) dazu, an die Bonapartes des 21. Jahrhunderts (…) zu delegieren.“ (Dörre 2022, S. 216)

7.2.2 Hegemonie der Vermarktlichung im Klassenkompromiss

Die Deutungskoalition des sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromisses vollzieht sich nicht über ein zähneknirschendes Akzeptieren von Deutungsangeboten der Vermarktlichung als notwendigem Trade-off für die dadurch ermöglichte Geltendmachung der Deutungsmuster des sozialen Schutzes. Vielmehr ist das beobachtete Deutungsarrangement von einer affirmativen Aneignung eben jener Deutungsmuster gekennzeichnet, die in ihrer Machtwirkung eigentlich den Akteuren des Kapitals in die Hände spielen. Wenn etwa der „Mensch im Mittelpunkt“ als ewigwährendes Prinzip technologischen Fortschritts gedeutet und somit ein gewerkschaftliches Ziel technikdeterministisch als Wahrheit stabilisiert wird; wenn wettbewerbsfetischistische Anpassungsdiskurse bedient werden, um Maßnahmen zur Beschäftigungssicherheit Nachdruck zu verleihen; wenn Arbeitszeitverkürzungen als logische Begleiterscheinung industrieller Revolutionen gedeutet wird, oder wenn die Legitimität betrieblicher Partizipation als Praxis auch von ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit abhängig gemacht wird; etablieren Gewerkschaften über ihre dTP Wissensformationen als Wahrheit, die eigentlich Handlungsorientierungen des Kapitals im Umgang mit Industrie 4.0 nahelegen. Derartige Diskursstrategien stehen durchaus in der Kritik: „In der digitalen Arbeitswelt müssen die Gewerkschaften auch deshalb der technik- und markthörigen Gestaltungsperspektive eine Beschäftigtenperspektive entgegensetzen, die nicht auf Wettbewerbsfähigkeit durch Kostensenkungen und die Substitution menschlicher Arbeit, sondern auf Sicherheit und Autonomie der Beschäftigten abzielt“ (Hoffmann und Fischer 2016, S. 551). Oder anders: „Wann immer Transformation als Sachzwang verhandelt wird, verschieben sich Machtressourcen auf die Seite von Unternehmen, die ihre Entscheidungen als alternativlos, ihre Interessen als technologische oder sonstige Notwendigkeiten darstellen“ (Mayer-Ahuja 2022, S. 161). Ob Gewerkschaften sich über eine derartig gestaltete dTP an einer Hegemonie der Vermarktlichung beteiligen, oder ob gemeinsam mit Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung an einer Hegemonie des sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromisses gewirkt wird, könnte nur anhand einer anschließenden Untersuchung zur dTP der

Interessenvertretungen auf Seiten des Kapitals geklärt werden. Vor dem Hintergrund der Ausführungen des letzten Abschnitts scheint jedenfalls noch der Hinweis darauf relevant, dass sich die affirmative Aneignung von Deutungsmustern der Vermarktlichung und deren so hergestellte Geltungsmacht negative Auswirkungen auf die wahrgenommenen Handlungspotentiale durch Arbeitende haben kann: „Die Arbeitswelt erscheint gar nicht mehr als Bereich politischer Gestaltbarkeit. Dies kann sowohl den eigenen Arbeitserfahrungen entsprechen wie auch dem langjährigen politischen Mantra der Alternativlosigkeit“ (Menz 2022, S. 154).

Des Weiteren beschneiden sich die Gewerkschaften durch die affirmative Aneignung in ihren Potentialen zum Aufbau von Diskursmacht, wenn sie den „Menschen im Mittelpunkt“ als immerwährendes Prinzip technologischer Entwicklungen- oder Arbeitszeitverkürzungen als logische Konsequenz industrieller Revolutionen deuten. Gewerkschaftliche Kämpfe, die bisherige Fortschritte in den Bereichen Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit herbeigeführt haben, verschwinden so hinter einem Schleier des Technikdeterminismus. Damit beraubt sich die Gewerkschaft narrativer Ressourcen. Schließlich setzen Gewerkschaften mit ihrer Affirmation von Produktivismus und Standortnationalismus weitere Machtressourcen aufs Spiel. Erstens steht die diskursive Anrufung des Produktivismus im Widerspruch zu Handlungsorientierungen von Akteuren der Umweltbewegung, was Bündnisbildung und damit dem Aufbau von Kooperationsmach im Wege steht. Zweitens ist das diskursive Einschwören der adressierten Subjekte auf den Standortnationalismus sicherlich keine allzu große Hilfe beim Aufbau von Produktions- Distributions- oder Reproduktionsmacht durch Organisierung über nationalstaatliche Grenzen hinweg.

7.2.3 Grenzen des Diskurses im Klassenkompromiss

Mit diesem Abschnitt soll nun noch kurz eine (unvollständige) Sammlung an Wissenselementen unternommen werden, deren Transport unter den „institutionell stabilisierte[n] Regeln der Deutungspraxis“ (Keller 2008, S. 193) der untersuchten Formationsbedingungen nicht beobachtet werden konnten. Schließlich handelt es sich auch beim Einhalten von Grenzen des sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss um einen Preis, der in Machtressourcen bezahlt werden muss, wenngleich dafür wohl auch Grenzen der dTP von Interessensvertretungen aus Seiten des Kapitals gesetzt werden. Dies ist jedoch wohl ein Thema für ein zukünftiges Forschungsprojekt.

Erstens sei hier auf einen mit der vorliegenden Studie aufgezeigten Zusammenhang zwischen sozialpartnerschaftlich-klassenkompromissorientierten Formationsbedingungen und einem spärlichen Einsatz von Klassifikationsschemata hingewiesen. Dies ist wohl in der Konsensorientierung des Geistes der Sozialpartnerschaft begründet. Für den Aufbau von Diskursmacht erweist sich dies als nicht förderlich, schließlich bedarf die Konstruktion eines Gewerkschaftssubjekts als „Verfechter gerechter Anliegen“ (Schmalz und Dörre 2014, S. 232) auch einer skandalisierten Ungerechtigkeit als negativen

Gegenhorizont. Eine Ausnahme stellt diesbezüglich der Umverteilungsdiskurs dar, es scheint sich hierbei also um eine durchlässige Grenze zu handeln

Zweitens fällt auf, dass keine Maßnahmen zur Dekommodifizierung von Arbeit gefordert werden. Bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen wie Arbeitsplatzgarantie, bedingungslosem Grundeinkommen oder Infrastruktursozialismus handelt es sich bei gegebener Problemanalyse eines Arbeitsplatzrückgang bei steigender Produktivität eigentlich um durchaus adäquate Handlungsoptionen. Drittens wird zwar die Verteilungs- nicht jedoch die Besitzfrage gestellt. „Wem gehören die Roboter?“ (Südekum 2018) erscheint vor dem Hintergrund der antagonistischen Deutung von Industrie 4.0 im Umverteilungsdiskurs als durchaus angebrachte Frage, die jedoch nicht gestellt wird. Damit einher geht ein äußerst visionsarmer Zukunftsperspektive, die sich im Großen und Ganzen auf Arbeitsplatzsicherheit durch wirtschaftliche Prosperität beschränkt, obwohl bis hin zu einem „voll automatisierter Luxus-Kommunismus“ (Bastani 2019) vieles denkbar wäre. Viertens werden keine Subjektpositionen transportiert, die Arbeitende auch nur den Hauch einer klassenkämpferischen Identität verleiht.

8 Das Beste kommt zum Schluss

Nun bleibt nicht mehr viel zu tun, außer dem Einräumen einer groben Limitierung der Arbeit (Abschnitt 8.1), der Unterbreitung eines Vorschlages, wie diese Limitierung durch eine mögliche Anschlussforschung egalisiert werden kann (Abschnitt 8.2) sowie dem Erbringen eines Schlusswortes (Abschnitt 8.3).

8.1 Limitierungen

Wie bei jedem anderen Forschungsprojekt sind auch der Erkenntnisweite der vorliegenden Arbeit Grenzen gesetzt. Dies liegt schon allein darin begründet, dass dTPöG als isoliertes Phänomen betrachtet wird und nicht in den Kontext sonstiger Diskursabschnitte und -formationen gesetzt wird. So mag die Artikulation zum Streikaufruf in der Herbstlohnrunde andere Subjektpositionen transportieren, als ein Artikel zum Charakter von Industrie 4.0. Jene Deutungsformation, die in der umgesetzten Analyse als sozialpartnerschaftlicher Klassenkompromiss eingeordnet wurde, könnte in Relation zur dTP der Industriellenvereinigung deutlich stärker ins Eck des sozialen Schutzes wandern. Damit müssen wir jedoch an dieser Stelle leben und darauf hoffen, dass zukünftige Forschungsarbeiten dabei helfen die gewonnen Erkenntnisse zu kontextualisieren.

Auf eine zentrale Schwachstelle des Forschungsdesigns gilt es an dieser Stelle noch gesondert einzugehen, schließlich betrifft diese ein Argument im Kern der vorliegenden Arbeit. Kritisiert werden kann, dass mit der umgesetzten Analyse nicht abschließend geklärt ist, ob tatsächlich die sozialpartnerschaftliche Praxis als Formationsbedingung die beobachtete Form dTP hervorbringt. Zwar hat die geführte Argumentationskette durchaus Hand und Fuß, auch die Ergebnisse sprechen für eine Unterstützung dieser

Interpretation. Der Advokatus Diaboli könnte trotzdem einen Mangel an Kausalitätsindizien unterstellen. Genauso könnte die vorgefundene Form dTP die einzige, im Kontext digitalisierungsbedingter Sachzwänge mögliche Reaktion der Gewerkschaft auf technologischen Fortschritt und Marktkräfte darstellen. Diese alternativlose Variante könnte eben genau die Gestalt des sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromisses annehmen, wie sie in der vorliegenden Arbeit über spezifische Deutungsmuster- und Subjektpositionskonstellationen konzipiert wurde. Selbstverständlich wäre ein solches Argument mit Verweis auf soziologischen Hausverstand sowie bisherige Ausführungen in dieser Arbeit zurückzuweisen, empirisch wäre der Einspruch jedoch nicht widerlegt. Wie diese Limitierung im Zuge einer Anschlussforschung behoben werden könnte, wird im nachfolgenden Abschnitt besprochen.

8.2 Möglichkeit zur Anschlussforschung

Knüpfen wir an dieser Stelle gleich dort an, wo mit dem letzten Abschnitt aufgehört wurde. Wie kann das Design einer Anschlussforschung aussehen, mit der der Einwand mangelnder Kausalitätsindizien zwischen sozialpartnerschaftlicher Praxis als Formationsbedingung und beobachteter Gestalt dTP empirisch entkräftet werden kann? Hierzu würde sich der Vergleich mit dTP zu einem anderen Subthema der Digitalisierung anbieten, dessen gewerkschaftliche Behandlung durch eine zum sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromiss divergierende Formationsbedingungen eingehegt ist. Mit einer solchen Variation kann der Erklärungsgehalt des Faktors der sozialpartnerschaftlichen Praxis überprüft werden. Anbieten würde sich hierzu die Analyse dTPöG zu Plattformarbeit.

Im Rahmen des Beobachtbaren stellt die sozialpartnerschaftliche Praxis im Bereich der Plattformarbeit die Antithese zum Technokorporatismus 4.0 dar. Hans-Jürgen Urban (2022) formuliert zur Beschreibung dieser Tendenzen die Diagnose einer „Verwilderung“ industrieller Beziehungen im Kontext der Digitalisierung. „Unter gegebenen Bedingungen drängt sie [Anm.: die Digitalisierung] in Richtung einer weiteren Subsumtion der Arbeit unter den Verwertungsimperativ und einer Infragestellung der geltenden Arbeits- und Sozialverfassung. Folge sind die Zuspitzung betrieblicher und außerbetrieblicher Kapital-Arbeit-Kollisionen und einer forcierten Verwilderung der Arbeitsbeziehungen“ (Urban 2022, S. 98). Urban unterscheidet hierbei zwischen interner- und externer Verwilderung der industriellen Beziehungen. Unter interner Verwilderung versteht er, dass Ausbeutungsambitionen im Zuge der Digitalisierung institutionelle Machtressourcen in „klassischen“ Betrieben zurückdrängen (ebd., S. 93-96). Externe Verwilderung hingegen beschreibt das bisherige Unvermögen eines Zugriffs der sozialpartnerschaftlichen Institutionen auf die Plattformökonomie und damit einhergehende Einschränkungen der Möglichkeiten, Arbeitenden in diesem Bereich Schutz vor ungebremster Ausbeutung zu bieten (ebd., S.92-93).

Plattformökonomie (oder Gig-Economy, Crowd-Work, etc.) beschreibt eine durch digitale Technologien ermöglichte Form der Arbeitsorganisation. Digitale Plattformen treten (zumindest in ihrer Selbstdarstellung) nicht als Arbeitgeber:innen, sondern als

Vermittler:innen zwischen Kund:innen und Anbieter:innen diverser Dienstleistungen auf. Fahrradbot:innen, Taxifahrer:innen, Reinigungskräfte und andere Plattformarbeitende sind dabei nur in den seltensten Fällen bei den Plattformen angestellt, sondern agieren als Solo-Selbstständige. Damit einher geht in vielen Fällen eine Prekarisierung, schließlich sind Institutionen des sozialen Schutzes für Arbeitende an einen Beschäftigungsstatus geknüpft (Gruber-Risak 2020). Etwaige, optimistische Erwartungen an das Phänomen Plattformarbeit betreffend der Ermöglichung von Autonomie der Arbeitenden bewahrheiten sich nur in wenigen Fällen (Maric und Schüßler 2024), im Großen und Ganzen gestaltet sich der Arbeitsprozess in diesem Bereich als „Alte Herrschaft in digitalen Gewändern" (Gerber 2023).

Als gewerkschaftliche Antwort auf externe Verwilderung schlägt Urban das Führen von „Hauskämpfen" vor (Urban 2022, S. 96) und orientiert sich damit tendenziell an bewegungsgewerkschaftlichen Strategien. Tatsächlich zeichnet sich ein derartiger Zugang auch im Forschungsstand zu Arbeitskämpfen in der Plattformökonomie ab (Abschnitt 2.3). Die „Konflikte ohne Partnerschaft" (Streeck 2016) werden unter den Vorzeichen eines gewerkschaftlichen Strategiewechsels ausgetragen: „[they] begun to rethink their traditional orientation towards a 'logic of influence' in favour of a new orientation towards a 'logic of membership' " (Griesser et al. 2022, S. 11). Gesetzt wird auf „neuartige Organizing-Strategien (...) durch eine Stärkung selbstorganisierter Strukturen" (Griesser et al. 2023, S. 9). Organisatorisch manifestiert sich dieser Strategiewechsel in Österreich etwa anhand des „Riders Collective", einem gewerkschaftlich unterstützten und von der Arbeiterkammer kofinanzierten Projekt, dessen Selbstschreibung eine eindeutige Duftnote der Mitgliederlogik anhaftet:

> *"We strive to improve courier lives in Austria; encouraging a dialog between riders and rider-activists to identify desired improvements in communication, compensation, and benefits, and to create meaningful action in the pursuit of those goals."*[18]

Damit kann Plattformarbeit als „Testfeld für neue Formen des Widerstands und der Organisation von Arbeitnehmer:innen" (Woodcock 2023, S. 101) beschrieben werden. Im Zuge einer Anschlussforschung könnte festgestellt werden, inwiefern sich dies in einer diskursiven Abweichung von der sozialpartnerschaftlichen Kompromissorientierung widerspiegelt. Beobachtungen einer solchen Abweichung können jedenfalls als belastbarer Hinweis auf den Einfluss der Ausprägung sozialpartnerschaftlicher Praxis auf die Form dTP durch Gewerkschaften aufgefasst werden und damit die Aussagekraft der im Zuge dieser Studie gefundenen Ergebnisse empirisch untermauern. Mit dem im Zuge der vorliegenden Arbeit entwickelten Analyseraster steht einer solchen Anschlussforschung nichts im Weg.

Interessant wäre außerdem eine Analyse, mit welchen Diskursstrategien es den Gewerkschaften gelingt, ihre Deutungsangebote zu Digitalisierungsthemen auch in regulären Medien unterzubringen oder inwiefern die über dTP transportierten Deutungsmuster von

[18] https://www.riderscollective.at/, zuletzt abgerufen am 17.12.2024

Adressat:innen in der Arbeiterschaft rezipiert werden. Auf diese Aspekte wird an dieser Stelle jedoch nicht mehr genauer eingegangen.

8.3 Fazit und Schlusswort

In der Einleitung dieser Arbeit wurde einiges darüber gesagt, warum es sich bei der dTPöG um ein wirkmächtiges Phänomen handelt. Ihre konstitutive Wirkung auf die Ausgestaltung der Digitalisierung sowie ihr Charakter als Sequenz eines Transformationskonflikt und ihre damit einhergehende Rolle in der Neuverhandlung der Machtverteilung zwischen Arbeit und Kapital, machen sie zu einem relevanten Untersuchungsgegenstand. Doch was wissen wir nun Neues über Fragen sozialer Kämpfe im digitalen Kapitalismus und ihre Verläufe, nachdem wir die Gestalt dTPöG zu Industrie 4.0 kennen und ihren konstituierenden Faktor identifiziert haben? Welche Prognosen können nun auf Basis der Erkenntnisse zum weiteren Verlauf der Digitalisierung oder der zukünftigen Verfasstheit industrieller Beziehungen in Österreich formuliert werden?

Sollten derartig hohe Erkenntniserwartungen geweckt worden sein, so müssen diese wohl enttäuscht werden. Wenig befriedigend kann darauf verwiesen werden, dass der sozialpartnerschaftliche Klassenkompromiss als allgemeine Klammer der dTPöG über den Untersuchungszeitraum von knapp zehn Jahren durchaus Kontinuität ausweist. Demzufolge scheinen in dieser Periode keine gröberen Verschiebungen in den Formationsbedingungen, also der sozialpartnerschaftlichen Praxis im produzierenden Sektor, stattgefunden zu haben.

Jedenfalls kostet der sozialpartnerschaftliche Klassenkompromiss einen Preis in Machtressourcen (Abschnitt 7.2). Vermessen wäre es jedoch zu behaupten, dass dieser Preis umsonst bezahlt wird. Schließlich ergeben sich aus der Rolle der repräsentativen, korporatistisch-kooperativen Sozialpartnergewerkschaft Einflussmöglichkeiten durch institutionelle Machtressourcen, von denen so manch bewegungsgewerkschaftliche Akteur nur träumen kann. Die vorliegende Arbeit kann daher nicht als Vorwurf betreffend die gewählte Diskursstrategie durch Gewerkschaften gelesen werden, sondern allenfalls als Anstoß zur Reflexion. Wird der Preis aus Routine bezahlt, oder wird seine Höhe bei jeder Einzahlung aufs Neue evaluiert? Bekommt man als Gewerkschaft für den bezahlten Preis noch das, was man sich dafür erwartet? Wo könnte gespart werden, ohne dass die erworbenen Vorteile maßgeblich darunter leiden? Fragen wie diese könnten sich die gewerkschaftlichen Akteure stellen um zu überprüfen, ob in getätigten Artikulationen stärker die Prägung der Formationsbedingung, oder die strategische Ausrichtung zum Ausdruck kommt. Jedenfalls sollten solchen Artikulationen Einhalt geboten werden, die man als alternativlos im Angesicht der technologischen Sachzwänge zu tätigen gewillt ist.

Als Leitprinzip hinter jeder Artikulation sollte jedenfalls die Frage danach stehen, welche Wirklichkeitselemente über diskursive Interessenpolitik in den Kampf um Deutungshoheit geschickt werden sollen. Schließlich versteht die WDA gesellschaftlichen Wandel als „Verschiebung von Wissensregimen“ (Keller 2008, S. 193). Entsprechende

Verschiebungsansprüche stechen im Zuge der hier umgesetzten Analyse nicht unbedingt ins Auge, was womöglich bis zu einem gewissen Grad durch die Formationsbedingungen bedingt ist. Eine mögliche, strategische Intervention könnte darin bestehen stärker auf Argumente zu hören, denen zufolge ein gewisser Wandel durchaus sinnvoll wäre. So verweisen etwa mit Klaus Dörre und Hans-Jürgen Urban zwei den Gewerkschaften wohl gesonnene Soziologen immer wieder auf die Notwendigkeit einer Demokratisierung der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel. Transformationskonflikte bieten die Möglichkeit derartige Projekte in die Wege zu leiten. Sie bieten die Möglichkeit an die „Zuspitzung von Widersprüchen" durch den zunehmenden Einsatz digitaler Technologien am Arbeitsplatz mit „arbeitspolitische[n] Offensiven an[zu]setzen" (Mayer-Ahuja 2022, S. 162). Sie bieten „im unsicherheitsdurchsetzten Kontext schnellen technologischen Wandels" (Nachtwey et al. 2023, S. 475) Gelegenheit zur Durchsetzung normativer Ideen. Sie bieten die Möglichkeit demokratische Prozesse im Betrieb zu erstreiten, die über klassische „Mitbestimmung hinausgehen und neben dem Wie auch auf das Was und das Wozu (digitaler) Produktion Einfluss nehmen" (Dörre 2015, S. 282). Sie bieten dabei die Möglichkeit digitale Technologien als zentrale Vermittlungsinstanz der „Akkumulation von Kapital, Macht und Reputation" (Fuchs 2023, S. 180) unter demokratische Kontrolle zu bringen.

All das und vieles mehr bieten sie jedoch nur dann, wenn gewerkschaftliche und andere, demokratisierungsorientierte Akteure es vermeiden dem Mythos der Alternativlosigkeit auf den Leim zu gehen. Der Pathos, der mitschwingt wenn an dieser Stelle darauf verwiesen wird, dass sich die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften als Geschichte der Klassenkämpfe vollzogen hat (Marx und Engels 2003 [1890], S. 10), treibt beim Schreiben die Schamesröte ins Gesicht. Es scheint jedoch angebracht mit größter Vehemenz auf die Kontingenz historischer Prozesse wie auch der Digitalisierung hinzuweisen, um Akteuren die Relevanz ihrer interessenpolitischen Praxis vor Augen zu halten. Hierzu zählt eben auch die diskursive Technopolitik österreichischer Gewerkschaften. Sie mobilisiert „Handlungsressourcen (Akteurspotenziale) und materiale Ressourcen (Dispositive) zur Erzeugung und Verbreitung von Bedeutungen" (Keller 2008, S. 208). Vielleicht ist hierbei ein bisschen demokratische Emanzipation nicht zu viel verlangt.

9 Literaturverzeichnis

Ahlers, Elke (2018): Forderungen der Betriebsräte für die Arbeitswelt 4.0. Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut. Düsseldorf (WSI Policy Brief,, 20). Online verfügbar unter https://www.econstor.eu/bitstream/10419/224228/1/wsi-pb20.pdf, zuletzt geprüft am 22.11.2022.

Albicker, Stephanie; Blättel-Mink, Birgit (2023): Gewerkschaften im Plattformkapitalismus. Arbeitskämpfe und gewerkschaftliche Organisierung in der Lieferbranche. 1. Auflage. Baden-Baden: Tectum Verlag (Young Academics: Soziologie, 7). Online verfügbar unter https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783828850842.pdf, zuletzt geprüft am 12.10.2024.

Aulenbacher, Brigitte; Friedl, Walpurga; Langthaler, Ernst; Maric, Sara; Meyer, Uli; Pillinger, Anna et al. (2024a): Digitalisierung und Arbeitsorganisation: Narrative, Praxis und Gestaltungsoptionen. JKU Linz. Linz.

Aulenbacher, Brigitte; Langthaler, Ernst; Meyer, Uli; Schüßler, Elke (2024b): Digitalisierung und Arbeitsorganisation in Narrativen und Praxis: Fazit und Gestaltungsoptionen. In: Digitalisierung und Arbeitsorganisation: Narrative, Praxis und Gestaltungsoptionen. JKU Linz. Linz, S. 102–108.

Aulenbacher, Brigitte; Pillinger, Anna (2024): Digitalisierungsnarrative und alltägliche Praxis in der Altenbetreuung und -pflege. In: Digitalisierung und Arbeitsorganisation: Narrative, Praxis und Gestaltungsoptionen. JKU Linz. Linz, S. 63–79.

Bader; Verena; Kaiser; Stephan (2023): Mitbestimmung 4.0: Mit Widersprüchlichkeiten aktiv umgehen. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf (Working Paper Forschungsförderung), zuletzt geprüft am 12.10.2024.

Barthel, Georg (2023): Amazonismus. Management, Eigensinn und kollektiver Widerstand im digitalen Kapitalismus. Dissertation. Universotät Duisburg Essen, Duisburg, Essen. Fakultät für Gesellschaftswissenschaften. Online verfügbar unter https://d-nb.info/132303854X/34, zuletzt geprüft am 19.11.2024.

Bastani, Aaron (2019): Fully automated luxury communism. A manifesto. London, New York: Verso.

Becka, Denise; Enste, Peter; Ludwig, Christine (2019): Zur Wirkungsmessung digitaler Transformationsprozesse in Arbeitswelten. In: *Arbeit* 28 (4), S. 341–362.

Bella, Natalie; Gamradt, Julia; Staples, Ronald; Widuckel, Werner; Wilga, Matthäus; Whittall, Michael (2022a): Partizipation und Un_gleichzeitigkeit. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Bella, Natalie; Gamradt, Julia; Staples, Ronald; Widuckel, Werner; Wilga, Matthäus; Whittall, Michael (2022b): Partizipation und Un_gleichzeitigkeit. Eine Herausforderung für die Mitbestimmung. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS.

Bendel, Oliver (2015): Die Industrie 4.0 aus ethischer Sicht. In: *HMD* 52 (5), S. 739–748. DOI: 10.1365/s40702-015-0163-z.

Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas (2021 [1966]): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. 28. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl.

Blaschke, Sabine (2002): Gewerkschaftliche Reorganisation in Österreich: der ÖGB auf dem Weg zu einem Bund von Multibranchengewerkschaften. In: *Industrielle Beziehungen* 9 (4), S. 381–401, zuletzt geprüft am 14.10.2024.

Blumer, Herbert (1954): What is Wrong with Social Theory? In: *American Sociological Review* 19 (1), S. 3. DOI: 10.2307/2088165.

Boes, Andreas; Kämpf, Tobias (2023): Informatisierung und Informationsraum: eine Theorie der digitalen Transformation. In: Tanja Carstensen, Simon Schaupp und Sebastian Sevignani (Hg.): Theorien des digitalen Kapitalismus. Arbeit und Ökonomie, Politik und Subjekt. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 2415), S. 141–164.

Boes, Andreas; Kämpf, Tobias; Ziegler, Alexander (2020): Arbeit im Informationsraum – Informatisierung als Perspektive für ein soziologisches Verständnis der digitalen Transformation. In: Sabine Maasen und Jan-Hendrik Passoth (Hg.): Soziologie des Digitalen - Digitale Soziologie?: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 305–325.

Boltanski, Luc; Chiapello, Ève (2008): Der neue Geist des Kapitalismus. Broschierte Ausgabe, unveränderter Nachdruck. Köln: Herbert von Halem Verlag (Édition discours, Band 38).

Bormann, Sarah; Haake, Gunter (2019): Selbstständige Arbeit auf Crowdworking-Plattformen – ein Gestaltungsfeld für Gewerkschaften. In: Isabell Hensel (Hg.): Selbstständige Unselbstständigkeit. Crowdworking zwischen Autonomie und Kontrolle. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH and Co. KG, S. 133–142.

Bosse, Christian; Hellge, Viola; Schröder, Delia (2019): Partizipation als Schlüssel zum Erfolg. In: *Mittelstand-Digital Magazin* (11), S. 5–11. Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/profile/christan-k-bosse/publication/331592058_partizipation_als_schlussel_zum_erfolg/links/5d075a05299bf12e7be6d4a9/partizipation-als-schluessel-zum-erfolg.pdf.

Brinkmann, Ulrich; Nachtwey, Oliver (2017): Postdemokratie und industrial Citizenship. Erosionsprozesse von Demokratie und Mitbestimmung. 1. Auflage. Weinheim: Belz Juventa.

Bublitz, Hannelore (2003): Diskurs. 1. Aufl. Bielefeld: transcript Verlag (Einsichten. Themen der Soziologie).

Buckermann, Paul; Koppenburger, Anne (2017a): Technologie, Fortschritt, Strategie. Eine Kartierung emanzipatorischer Politiken und ihrer Technologieverständnisse. In: Paul

Buckermann, Simon Schaupp und Anne Koppenburger (Hg.): Kybernetik, Kapitalismus, Revolutionen. Emanzipatorische Perspektiven im digital-technologischen Wandel. Unter Mitarbeit von Philipp Frey, Malena Nijensohn, Nikolaus Lehner, David Waldecker, Christian Papsdorf, Magdalena Wicher et al. 1. Auflage. Münster: UNRAST, S. 23–50.

Buckermann, Paul; Koppenburger, Anne (2017b): Technologie, Fortschritt, Strategie. Eine Kartierung emanzipatorischer Politiken und ihrer Technologieverständnisse. In: Paul Buckermann, Simon Schaupp und Anne Koppenburger (Hg.): Kybernetik, Kapitalismus, Revolutionen. Emanzipatorische Perspektiven im digital-technologischen Wandel. Unter Mitarbeit von Philipp Frey, Malena Nijensohn, Nikolaus Lehner, David Waldecker, Christian Papsdorf, Magdalena Wicher et al. 1. Auflage. Münster: UNRAST, S. 23–50.

Buhr, Daniel (2021): Neuland? Über den Digitalisierungsdiskurs in Deutschland: Frames, Akteure und ihre Netzwerke. In: *GWP* 70 (4-2021), S. 527–538, zuletzt geprüft am 15.10.2024.

Butollo, Florian; Feuerstein, Patrick; Krzywdzinski, Martin (2021): Was zeichnet die digitale Transformation der Arbeitswelt aus? Ein Deutungsangebot jenseits von Großtheorien und disparater Empirie. In: *AIS-Studien* 14 (2), S. 27–44.

Carstensen, Tanja (2023): Ringen um Handlungsfähigkeit im digitalen Kapitalismus - Aushandlungsprozesse um digitale Technologien aus intersektionaler Perspektive. In: Tanja Carstensen, Simon Schaupp und Sebastian Sevignani (Hg.): Theorien des digitalen Kapitalismus. Arbeit und Ökonomie, Politik und Subjekt. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 2415), S. 402–420.

Conrads, Ralph; Guggemos, Peter; Klevenow, Gert-Holger (2020): Gute Arbeit 4.0 – Was könnte „gute Arbeit“ unter Bedingungen des Arbeitens 4.0 bedeuten? In: Thomas Freiling, Ralph Conrads, Anne Müller-Osten und Jane Porath (Hg.): Zukünftige Arbeitswelten. Facetten guter Arbeit, beruflicher Qualifizierung und sozialer Sicherung. Wiesbaden, Heidelberg: Springer, S. 3–40.

Dittmar, Nele (2024): Tarifpolitik zu Digitalisierung – Gestaltung von Machtrelationen in der Arbeitswelt. In: *WSI* 77 (1), S. 42–49.

Dörre, Klaus (2011): Funktionswandel der Gewerkschaften. Von der intermediären zur fraktalen Organisation. In: Thomas Haipeter und Klaus Dörre (Hg.): Gewerkschaftliche Modernisierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 267–301. Online verfügbar unter https://d1wqtxts1xzle7.cloudfront.net/93274136/978-3-531-93332-0_11-libre.pdf?1667064383=&response-content-disposition=inline%3B+filename%3DFunktionswandel_der_Gewerkschaften_Von_d.pdf&Expires=1732037187&Signature=ai5oK3aei169fou6e2ES0ZoAhanF9kwFpwuTcyxNh8PmN54CgY2ukQEaGagfaQ-C7wr-LsMi1mEKSR2WhBw8sRdSLYGOwvW-g25ePO~7hcGySyYbJI3rYdi4my8aIYJGnmf4J5kNd29Y0r8B1UGob6o-PtS-vLXT2K9UqRcmzkFXgvuCnebNQ7A7pjaQER6B~CGh9OZM-St91GZSoW6Ahc-

UEgk~p4zpK4o3MC5PTacQIeFkTycP88iW7DZruHzHC15TBor0Eufk-biL2JzHhHE5cqyJU8eEAefTeQKckXrrwzJT0ZljEX1IK2pbqUsl4X0fDL5jHjTtlSS-GQGvyLAsQ__&Key-Pair-Id=APKAJLOHF5GGSLRBV4ZA, zuletzt geprüft am 19.11.2024.

Dörre, Klaus (2015): Digitalisierung - neue Prosperität oder Vertiefung gesellschaftlicher Spaltung? In: Hartmut Hirsch-Kreinsen, Peter Ittermann und Jonathan Falkenberg (Hg.): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos (Edition sigma), S. 269–284.

Dörre, Klaus (2022): Kontrollverluste, Autoritarismus und Extremismus in der Großen Transformation. In: Günter Frankenberg und Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 215–250.

Dribbusch, Heiner; Luth; Marlena Sophie; Schulten, Thorsten (2023): WSI-Arbeitskampfbilanz 2022. Streik als normales Instrument der Konfliktregulierung bei Tarifauseinandersetzungen. Hg. v. Wirtschafts- uns Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler Stiftung. Düsseldorf (83).

Droste, Luigi (2020): Digitalisierung als Bedrohung für den eigenen Job? Ausmaß und Determinanten subjektiver Arbeitsplatzunsicherheit aufgrund von Digitalisierung bei Erwerbstätigen in Deutschland. In: *AIS-Studien* 13 (1), S. 7–21.

Ehrlich, Martin; Engel, Thomas (2019): Technik und Teilhabe. Wer entscheidet in der digitalen Arbeitswelt? In: Rolf Dobischat, Bernd Käpplinger, Gabriele Molzberger und Dieter Münk (Hg.): Bildung 2.1 für Arbeit 4.0? Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Bildung und Arbeit), S. 201–219. Online verfügbar unter https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-23373-0_11.

Eichmann, Huber; Hofbauer, Ines; Schönauer, Annika (2006): Arbeit und Partizipation in kleinbetrieblichen Strukturen ohne Betriebsrat. Eigenverantwortung und Fremdbestimmung in Software-/IT-Dienstleistungsfirmen und Callcentern. Wien.

Eiechhorst, Werner; Timo Weishaupt, J. (2013): Mit Neokorporatismus durch die Krise? Die Rolle des sozialen Dialogs in Deutschland, Österreich und der Schweiz. In: *Zeitschrift für Sozialreform* 59 (3), S. 313–336. DOI: 10.1515/zsr-2013-0304.

Erol, Selim; Schuhmacher, Andreas; Sihn, Wilfred (2016): Industrie 4.0 - Chancen und Risiken einer angekündigten Revolution. In: Andreas Mörk und Herwig Schneider (Hg.): Industriebuch 2016 des Industriewissenschaftlichen Instituts. Wien: Industriewissenschaftliches Institut, S. 53–66, zuletzt geprüft am 20.11.2024.

Ewen, Janis (2023): Schluss mit ausgeliefert? In: *PROKLA* 53 (211), S. 289–304.

Ewen, Janis; Heiland, Heiner; Seeliger, Martin (2023): Gegenöffentlichkeit folgt Singularisierung? Der Arbeitskampf bei Gorillas und die Herausforderungen gegenwärtiger Rider-Proteste. In: Martin Oppelt und Falko Blumenthal (Hg.): Digitalisierung von Gegenmacht.

Gewerkschaftliche Konfliktfähigkeit und Arbeitskampf heute. Bielefeld: Transcript (Politik in der digitalen Gesellschaft, Band 5), S. 103–130.

Ewen, Janis; Nies, Sarah; Seeliger, Martin (2022): Sozialpartnerschaft und arbeitspolitische Ordnungsbildung im Prozess der Digitalisierung. Eine Einführung. In: Janis Ewen, Sarah Nies und Martin Seeliger (Hg.): Sozialpartnerschaft im digitalisierten Kapitalismus. Hat der institutionalisierte Klassenkompromiss eine Zukunft? 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa (Arbeit - Organisation - Politik), S. 7–24.

Ey, Frank (2021): Die Lücken in der europäischen Digitalisierungsstrategie. In: *A&W blog*, 2021. Online verfügbar unter https://awblog.at/luecken-europaeische-digitalisierungsstrategie/, zuletzt geprüft am 14.09.2022.

Falkenberg, Jonathan; Haipeter, Thomas; Krzywdzinski, Martin; Kuhlmann, Martin; Schietinger, Marc; Virgillito, Alfredo (2020a): Digitalisierung in Industriebetrieben: Auswirkungen auf Arbeit und Handlungsansätze für Betriebsräte. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf (Forschungsförderung Report, 6). Online verfügbar unter https://www.econstor.eu/handle/10419/228545.

Falkenberg, Jonathan; Haipeter, Thomas; Krzywdzinski, Martin; Kuhlmann, Martin; Schietinger, Marc; Virgillito, Alfredo (2020b): Digitalisierung in Industriebetrieben: Auswirkungen auf Arbeit und Handlungsansätze für Betriebsräte. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf (Forschungsförderung Report, 6). Online verfügbar unter https://www.econstor.eu/handle/10419/228545.

Flecker, Jörg (2017): Arbeit und Beschäftigung. Eine soziologische Einführung. Wien: Facultas (Utb Soziologie, 4860).

Flecker, Jörg (2018): TINA und die technologische Revolution. In: *sozialpolitik ch* 2018 (1), article 1.4. DOI: 10.18753/2297-8224-101.

Flecker, Jörg; Schönauer, Annika; Riesenecker-Caba, Thomas (2016): Digitalisierung und Arbeit: Welche Revolution? In: *WISO* 39 (4), S. 17–34, zuletzt geprüft am 13.11.2024.

Foucault, Michel (1969): Archäologie des Wissens. 4. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 356).

Foucault, Michel (1974): Die Ordnung des Diskurses. Inauguralvorlesung am Collège de France, 2. Dezember 1970. Unter Mitarbeit von Ralf Konersmann. Hanser: München (Fischer Taschenbuch Fischer Wissenschaft).

Foucault, Michel (1991 [1975]): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. 1. Aufl., 9. [Dr.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 184).

Foucault, Michel (1994): Entretien avec Michel Foucault. In: Michel Foucault (Hg.): Dits et écrits 1954-1988. Vol. 4 1980-1988. Unter Mitarbeit von Daniel Defert. Paris: Ewald (Quarto, 1), S. 41–95.

Foucault, Michel (2023 [1976]): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1. 24. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel (2023 [1966]): Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaft. 7. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 96).

Franken, Swetlana; Cutmore-Beinlich, Samantha Angela (2018): Digitalisierung und Industrie 4.0 – neues Arbeiten, veränderte Belegschaften. In: Sascha Armutat, Natalie Bartholomäus, Swetlana Franken, Volker Herzig und Bernd Helbich (Hg.): Personalmanagement in Zeiten von Domografie und Digitalisierung. Herausforderungen und Bewältigungsstrategien für den Mittelstand. Wiesbaden: Springer Gabler, S. 57–75.

Fraser, Nancy (2015): Dreifachbewegung. Die politische Grammatik der Krise nach Karl Polanyi. 100-115. In: Michael Brie (Hg.): Polanyi neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi. Unter Mitarbeit von Michael Brie, Karl Polanyi und Nancy Fraser. Hamburg: VSA-Verl. (Beiträge zur kritischen Transformationsforschung, 1).

Fraser, Nancy; Jaeggi, Rahel (2020): Kapitalismus. Ein Gespräch über kritische Theorie. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Frey, Carl Benedikt; Osborne, Michael A. (2013): he Future of Employment: How Susceptible Are Jobs to Computerization? Hg. v. Oxford Martin. Oxford (Working Paper), zuletzt geprüft am 13.11.2024.

Frey, Philipp; Gnisa, Felix; NIERLING, LINDA (2024): Demokratische Technikgestaltung in der Arbeitswelt. In: *WSI* 77 (1), S. 50–57. DOI: 10.5771/0342-300X-2024-1-50.

Friedl, Walpurga; Langthaler, Ernst (2024): Historische Vermessung des Digitalisierungsdiskurses. In: Digitalisierung und Arbeitsorganisation: Narrative, Praxis und Gestaltungsoptionen. JKU Linz. Linz, S. 26–43.

Fuchs, Christian (2023): Anmerkungen zum Begriff des digitalen Kapitalismus. In: Tanja Carstensen, Simon Schaupp und Sebastian Sevignani (Hg.): Theorien des digitalen Kapitalismus. Arbeit und Ökonomie, Politik und Subjekt. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 2415), S. 163–186.

Georg, Arno; Katenkamp, Olaf; Guhlemann, Kerstin (2017): Digitalisierungsprozesse und das Handeln von Betriebsräten. In: *Arbeit* 26 (2), S. 251–274. DOI: 10.1515/arbeit-2017-0015.

Gerber, Christine (2023): Alte Herrschaft in digitalen Gewändern? Der Arbeitsprozess auf Crowdworkplattformen. In: Florian Butollo und Sabine Nuss (Hg.): Marx und die Roboter. Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit. Berlin: Dietz Vlg Bln (Analyse), S. 256–275.

Gerst, Detlef (2023): Digitalisierung und Gewerkschaften. Gestaltungsansätze, Bilanz und Perspektiven. In: *WSI* 76 (5), S. 401–406.

Giddens, Anthony (1988): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt, New York: Campus Verlag (Theorie und Gesellschaft, Band 1).

Glassner, Vera (2022): Kollektivvertragspolitik im österreichischen Metallsektor. In: Susanne Pernicka (Hg.): Sozialpartnerschaftliche Handlungsfelder: Kontinuitäten, Brüche und Perspektiven. Aktuelle Befunde. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 59–70.

Glassner, Vera; Hofmann, Julia (2023): Austria: Trade unions in a world of 'contested stability'? In: Jeremy Waddington, Torsten Müller und Kurt Vandaele (Hg.): Trade Unions in the European Union. Picking up the pieces of the neoliberal challenge. Bern: Peter Lang International Academic Publishers (Travail et Société / Work and Society), S. 93–130.

Gotschall, Karin; Häberle, Andreas; Heuer, Jan-Ocko; Hils, Sylvia (2017): Effizienz, Kundenorientierung, Flexibilität, Transparenz [...] – dadurch verkaufen wir uns ja sozusagen": Werthaltungen im öffentlichen Dienst in Deutschland in marktnahen und marktfernen Bereichen. In: Patrick Sachweh und Sascha Münnich (Hg.): Kapitalismus als Lebensform? Deutungsmuster, Legitimation und Kritik in der Marktgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS (Wirtschaft + Gesellschaft), S. 81–106.

Greef, Samuel; Schroeder, Wolfgang; Sperling, Hans Joachim (2020): Plattformökonomie und Arbeitsbeziehungen: Digitalisierung zwischen imaginierter Zukunft und empirischer Gegenwart. In: *IndBez* 27 (2-2020), S. 205–226. DOI: 10.3224/indbez.v27i2.06.

Griesser, Markus; Gruber-Risak, Martin; Herr, Benjamin; Plank, Leonhard; Vogel, Laura (2023): Faire Arbeit in der österreichischen Plattformökonomie? Arbeiterkammer Wien. Wien (Working Paper-Reihe der AK Wien).

Griesser, Markus; Plank, Leonhard; Vogel, Laura; Gruber-Risak, Martin; Herr, Benjamin; Stewards, Shelly et al. (2022): Fairwork Austria Ratings 2022. Labour Standards in the Platform Economy. Wien, zuletzt geprüft am 20.10.2024.

Gruber-Risak, Martin (2020): Soziale Sicherung von Plattformarbeitenden. Expertise für den Dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Hg. v. Geschäftsstelle Dritter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. nstitut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. Berlin. Online verfügbar unter https://genderopen.de/bitstream/handle/25595/2389/gruber-risak-martin-soziale-sicherung-von-plattformarbeitenden-data.pdf?sequence=1&isAllowed=y, zuletzt geprüft am 20.11.2024.

Guhlemann, Kerstin; Georg, Arno; Katenkamp, Olaf (2018): Der Mensch im Mittelpunkt oder im Weg? Grenzen und Potenziale menschengerechter Arbeitsgestaltung in der digitalen Transformation. In: *WSI* 71 (3), S. 211–218.

Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. 11. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1175).

Haipeter, Thomas (2019): Interessenvertretung in der Industrie 4.0: Das gewerkschaftliche Projekt Arbeit 2020: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Online verfügbar unter https://www.econstor.eu/handle/10419/203858.

Haipeter, Thomas; Hoose, Fabian; Rosenbohm, Sophie (2021): Arbeitspolitik in digitalen Zeiten: Chancen und Herausforderungen für Arbeitsbeziehungen, Arbeitsgestaltung und Organisation. In: Thomas Haipeter, Fabian Hoose und Sophie Rosenbohm (Hg.): Arbeitspolitik in digitalen Zeiten: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 9–44.

Haipeter, Thomas; Korflür, Inger; Schilling, Gabi (2018): Neue Koordinaten für eine proaktive Betriebspolitik. Erfahrungen aus dem Gewerkschaftsprojekt „Arbeit 2020 in NRW“. In: *WSI* 71 (3), S. 219–226.

Hartmann, Frank (2017): Zukünftige Anforderungen an Kompetenzen im Zusammenhang mit Industrie 4.0 – Eine Bestandsaufnahme. In: Prokom 4.0 - Kompetenzmanagement (Hg.): Fachberiet und Digitalisierung. Ergebnisse aus dem BMBF-Verbundprojekt „Kompetenzmanagement für die Facharbeit in der High-Tech-Industrie“ (Prokom 4.0) 2015-2017. Bottrop / Duisburg / Erkrath / Flensburg / Rheine / Rostock / Wildau: Prokom 4.0 - Kompetenzmanagement, S. 19–28.

Hassel, Anke; Schroeder, Wolfgang (2018): Gewerkschaftliche Mitgliederpolitik: Schlüssel für eine starke Sozialpartnerschaft. In: *WSI* 71 (6), S. 485–496, zuletzt geprüft am 27.11.2024.

Helfen, Markus (2013): Sozialpartnerschaft bei Arbeitgeberverbänden: „Schnee von gestern“ oder vor der Renaissance? In: *WSI Mittteilungen* (7), S. 1–10, zuletzt geprüft am 27.11.2024.

Herr, Benjamin (2017): Riding the Gig-Economy. An in-depth study of a branch in the app-based on-demand food delivery industry. Hg. v. Arbeiterkammer Wien. Wien (Working Paper-Reihe der AK Wien).

Herr, Benjamin (2020): Die menschenleere Fabrik? Digitalisierung in der Produktion und was Gewerkschaften tun können. In: *A&W blog*, 2020. Online verfügbar unter https://awblog.at/die-menschenleere-fabrik/, zuletzt geprüft am 14.09.2022.

Heßler, Martina (2016): Zur Persistenz der Argumente im Automatisierungsdiskurs. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte: APuZ* 66 (18/19), S. 17–24.

Hinterseer, Tobias (2017): Totgesagte leben länger: Stabilität und Kontinuität der Sozialpartnerschaft in Österreich. In: *Momentum Quarterly* 6 (1), S. 28–46.

Hirsch-Kreinsen, Hartmut (2015): Einleitung: Digitalisierung industrieller Arbeit. In: Hartmut Hirsch-Kreinsen, Peter Ittermann und Jonathan Falkenberg (Hg.): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos (Edition sigma), S. 10–31.

Hirsch-Kreinsen, Hartmut (2018): Die Pfadabhängigkeit digitalisierter Industriearbeit. In: *Arbeit* 27 (3), S. 239–259. Online verfügbar unter https://elibrary.utb.de/doi/pdf/10.3224/indbez.v26i2.03.

Hoffmann, Reiner; Fischer, Thomas (2016): Gewerkschaftliche Gestaltungsanforderungen an die Arbeit der Zukunft – Überlegungen zur Praxisrelevanz der Arbeitsbewusstseinsforschung. In: *WSI* 69 (7), S. 547–551, zuletzt geprüft am 24.02.2025.

Honneth, Axel: Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie. Dissertation, Frankfurt am Main.

Honneth, Axel (2023): Der arbeitende Souverän. Eine normative Theorie der Arbeit. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp.

Hoose, Fabian; Haipeter, Thomas (2021): Individualisierte Plattformarbeit und kollektive Interessenartikulation. In: Thomas Haipeter, Fabian Hoose und Sophie Rosenbohm (Hg.): Arbeitspolitik in digitalen Zeiten. Entwicklungslinien einer nachhaltigen Regulierung und Gestaltung von Arbeit. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 143–178.

Hoose, Fabian; Haipeter, Thomas; Ittermann, Peter (2019): Digitalisierung der Arbeit und Interessenvertretungen. In: *Arbeit* 28 (4), S. 423–444.

Hövermann; Andreas; Kohlrausch; Bettina; Voss-Dahm; Dorothea (2021): Anti-demokratische Einstellungen: Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf (Forschungsförderung Policy Brief, 007), zuletzt geprüft am 14.04.2025.

Hucker, Tobias (2008): Betriebliche Partizipation und gesellschaftlicher Wandel. Dissertation. Universität der Bundeswehr, Hamburg. Online verfügbar unter https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/32467.

Humpert, Franziska; Kadelke, Philipp; Möstl, Christian; Schad, Miriam; Sommer, Bernd (2021): Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit (PONN): National-autoritärer Populismus und neue soziale Disparitäten als gesellschaftliche Rahmenbedingungen einer sozial-ökologischen Transformation. Pilotstudie in Folge des Agendaprozesses zur Sozial-Ökologischen Forschung (SÖF) 2018. Europa-Universität Flensburg, Technische Universität Dortmund, zuletzt geprüft am 14.04.2025.

Ittermann, Peter; Ortmann, Ulf; Virgillito, Alfredo; Walker, Eva-Maria (2019): Hat die Digitalisierung disruptive Folgen für Einfacharbeit? Kritische Reflexion und empirische Befunde aus Produktion und Logistik. In: *IndBez* 26 (2-2019), S. 150–168. DOI: 10.3224/indbez.v26i2.03.

Jaeggi, Rahel (2023): Fortschritt und Regression. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp. Online verfügbar unter https://www.perlentaucher.de/buch/rahel-jaeggi/fortschritt-und-regression.html.

Jäger, Siegfried (2015): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 7. Aufl. Duisburg: DISS, Duisburger Inst. für Sprach- und Sozialforschung.

Kammler, Clemens; Parr, Rolf; Schneider, Ulrich Johannes; Reinhardt-Becker, Elke (Hg.) (2017): Foucault-Handbuch. Leben -- Werk -- Wirkung. Sonderausgabe. Stuttgart: J.B. Metzler.

Katzian, Wolfgang; Klocker, Sebastian (2023): Gute Arbeit im digitalen Zeitalter. In: Georg Krause (Hg.): Die Praxis des Digitalen Humanismus. Welchen Beitrag Unternehmen dazu leisten und wie sie davon profitieren können. Wiesbaden, Heidelberg: Springer Vieweg (ars digitalis), S. 17–27.

Keller, Reiner (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (SpringerLink Bücher).

Keller, Reiner (2011a): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag (Qualitative Sozialforschung, Band 14).

Keller, Reiner (2011b): Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Reiner Keller, Andreas Hirseland, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. 3., erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag (Interdisziplinäre Diskursforschung), S. 125–158.

Kiess, Johannes (2022): Die Gig-Economy und die Sozialpartnerschaft in Deutschland: Auf dem Weg zu einem deutschen Modell 4.0? In: Janis Ewen, Sarah Nies und Martin Seeliger (Hg.): Sozialpartnerschaft im digitalisierten Kapitalismus. Hat der institutionalisierte Klassenkompromiss eine Zukunft? 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa (Arbeit - Organisation - Politik), S. 102–123.

Kiess, Johannes; Schmidt, Andre (2020): Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: industrial citizenship zur Stärkung der Demokratie. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 119–148.

Kißler, Leo; Greifenstein, Ralph; Schneider, Karsten (2011): Die Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Lehrbuch).

Kittel, Bernhard; Emmerich, Tálos (1999): Interessensvermittlung und politischer Entscheidungsprozeß: Sozialpartnerschaft in den 1990 Jahren. In: Ferdinand Karlhofer und Tálos Emmerich (Hg.): Zukunft der Sozialpartnerschaft. Veränderungsdynamiken und Reformbedarf. Wien: Signum, S. 96–136.

Klippert, Jürgen; Niehaus, Moritz; Gerst, Detlef (2018): Mit digitaler Technologie zu Guter Arbeit? Erfahrungen mit dem Einsatz digitaler Werker-Assistenzsysteme. In: *WSI* 71 (3), S. 235–240. DOI: 10.5771/0342-300x-2018-3-235.

Kohlrausch; Bettina (2018): Abstiegsängste in Deutschland: Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf (Working Paper Forschungsförderung, 085), zuletzt geprüft am 14.04.2025.

Kral-Bast; Claudia; Schmölz; Alexander (2021): "Digital, aber human: Gute Arbeit hat Zukunft.": Claudia Kral-Bast, Leiterin der Abteilung Arbeit & Technik der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), im Gespräch. Hg. v. AMS Österreich. Wien (AMS info, 527). Online verfügbar unter https://www.econstor.eu/bitstream/10419/256846/1/AMS_info_527.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2024.

Kramer, Paul-Fiete (2019): Interessenvertretung in der Wolke? Historische Erfahrungen und aktuelle Herausforderungen der Erwerbsregulierung bei Solo-Selbstständigen und Crowdworkern. In: *Beitrag im Rahmen des 27. wissenschaftlichen Kongresses der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft*. Online verfügbar unter https://elibrary.utb.de/doi/pdf/10.3224/indbez.v27i2.06, zuletzt geprüft am 12.10.2024.

Krüppers, Arnd (2022): Gewerkschaften in der digitalisierten Arbeitswelt – Perspektiven einer kollektiven Interessenvertretung von Beschäftigten in der Plattformökonomie. In: Bernhard Emunds und Stephan Rixen (Hg.): Oswald von Nell-Breuning weiterdenken: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 195–219.

Kuba, Sylvia (2018): Vorwort. In: Sylvia Kuba (Hg.): Überall ist Zukunft. Die Gesellschaft im digitalen Zeitalter gestalten. Wien: ÖGB Verlag, S. 8–17.

Kühl, Stefan (2016): Arbeit 4.0: Flexibel, demokratisch und agil? In: *Wirtschaftspsychologie aktuell. Zeitschrift für Personal und Management* 23 (2), S. 58–59, zuletzt geprüft am 12.04.2025.

Kuhlenkötter, Bernd; Lins, Dominik; Niewerth, Claudia; Prinz, Christopher; Schäfer, Marvin; Wannöffel, Manfred (2019): Mitbestimmung und Partizipation im Transformationsprozess zur Industrie 4.0. In: *Arbeit* 28 (4), S. 401–422. DOI: 10.1515/arbeit-2019-0024.

Kuhlmann, Martin (2023): Digitalisierung und Arbeit. Eine Zwischenbilanz als Einleitung. In: *WSI* 76 (5), S. 331–336, zuletzt geprüft am 13.11.2024.

Kuhlmann, Martin; Rüb, Stefan (2020): Wirkmächtige Diskurse - betriebliche Auseinandersetzungen um Digitalisierung. In: *AIS-Studien* 13 (1), S. 22–39. DOI: 10.21241/ssoar.67655.

Kuhlmann, Martin; Splett, Barbara; Wiegrefe, Sascha (2018): Montagearbeit 4.0 ? Eine Fallstudie zu Arbeitswirkungen und Gestaltungsperspektiven digitaler Werkerführung. In: *WSI* 71 (3), S. 182–188.

Kutlu, Yalcin; Seibold, Bettina; Mugler, Walter; Kirner, Eva; Klatt, Sandra (2023): Betriebliche Digitalisierungsprozesse. In: *Arbeit* 32 (1), S. 51–74. DOI: 10.1515/arbeit-2023-0004.

Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (2020): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. 6., überarbeitete Auflage. Hg. v. Michael Hintz und Gerd Vorwallner. Wien: Passagen Verlag (Passagen Philosophie).

Lorig, Philipp; Gnisa, Felix (2022): Interessen, Machtressourcen und kollektive Organisation in Crowd- und Gigwork. Ein Überblick über bestehende Konzepte und Diagnosen. In: Janis Ewen, Sarah Nies und Martin Seeliger (Hg.): Sozialpartnerschaft im digitalisierten Kapitalismus. Hat der institutionalisierte Klassenkompromiss eine Zukunft? 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa (Arbeit - Organisation - Politik), S. 124–144.

Loschert, Franziska; Hampel, Anna-Elisabeth; Ebenhöh, Maria (2024): Neue Formen, Akteure und Koalitionen der Interessensvertretung in der Plattformarbeit. Hürden und innovative Lösungsansätze. minor. Bierlin. Online verfügbar unter https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2024/03/CPA_Interessensvertretung-in-der-Plattformarbeit_WP_2024-03-14.pdf, zuletzt geprüft am 12.10.2024.

Lühr, Thomas (2022): Zur Restrukturierung von Handlungsfähigkeit in der digitalen Transformation. Digitalisierungserleben am Beispiel der Automatisierung von Arbeit. In: *Arbeits- und Industriesoziologische Studien* 15 (1), S. 88–103.

Lutz, Burkart (1987): Das Ende des Technikdeterminismus und die Folgen: soziologische Technikforschung vor neuen Aufgaben und neuen Problemen. In: Burkart Lutz (Hg.): Technik und sozialer Wandel. Verhandlungen des 23. Dt. Soziologentages in Hamburg 1986. Frankfurt am Main: Campus Verlag (Verhandlungen des ... Deutschen Soziologentages, Bd. 23,1), S. 35–52, zuletzt geprüft am 17.03.2023.

MacKenzie, Donald; Wajcman, Judy (Hg.) (1999): The social shaping of technology. 2. ed. Buckingham: Open University.

Marhold, Franz; Brockmann, Judith; Brameshuber, Elisabeth; Miranda Boto, José María (Hg.) (2023): Kollektive Arbeitsbeziehungen in der Gig Economy. Wien, Baden-Baden: Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung; Nomos. Online verfügbar unter https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783214251451/kollektive-arbeitsbeziehungen-in-der-gig-economy?hitid=00&search-click.

Maric, Sara; Schüßler, Elke (2024): Narrative und Praxis der Digitalisierung in der Plattformökonomie. In: Digitalisierung und Arbeitsorganisation: Narrative, Praxis und Gestaltungsoptionen. JKU Linz. Linz, S. 80–95.

Marx, Karl (1962 [1864]): Das Kapital. Kritik der polititischen Ökonomie. Berlin: Dietz Verlag Berin (Marx Engels Werke, 23).

Marx, Karl; Engels, Friedrich (2003 [1890]): Manifest der Kommunistischen Partei. Unter Mitarbeit von Frans Masereel. 17. Aufl. Berlin: Dietz.

Matuschek, Ingo; Kleemann, Frank (2018): „Was man nicht kennt, kann man nicht regeln“ Betriebsvereinbarungen als Instrument der arbeitspolitischen Regulierung von Industrie 4.0 und Digitalisierung. In: *WSI* 71 (3), S. 227–234.

Mayer-Ahuja, Nicole (2022): „Transformation“ als Sachzwang? Ein Plädoyer für Arbeitspolitik und Demokratisierung. In: *WSI Mittteilungen* (2), S. 160–162, zuletzt geprüft am 19.11.2024.

Melber, Henning (2017): Agency. In: Dirk Göttsche, Axel Dunker und Gabriele Dürbeck (Hg.): Handbuch Postkolonialismus und Literatur. Stuttgart: J. B. Metzler Verlag, S. 128–130.

Menz, Wolfgang (2022): Handlungsfähigkeiten und politisches Arbeitnehmer:innenbewusstsein. Plädoyer für eine Revitalisierung und Repolitisierung der Bewusstseinsforschung. In: *Arbeits- und Industriesoziologische Studien* 15 (1), S. 144–159.

Menz, Wolfgang; Nies, Sarah (2021): Ansprüche an Arbeit, Kirsen der Legitimität und intetressenpolitische Mobilisierung. In: Horst Kahrs (Hg.): Gesellschaftsbilder und Klassenhanden. Ansprüche an betriebliche Arbeit und Solidarität. Beiträge zur Klassenanalyse (3). Berlin, S. 10–43.

Menz, Wolfgang; Tullius, Knut (2015): Stellvertreterpolitik in der Legitimitätskrise? Bedingungen und Grenzen von Aktivierung und Mobilisierung. In: *Arbeits- und Industriesoziologische Studien* 8 (2), S. 5–19, zuletzt geprüft am 24.02.2025.

Merton, Robert K. (1936): The Unanticipated Consequences of Purposive Social Action. In: *American Sociological Review* 6 (1), S. 894–904. Online verfügbar unter https://scholar.google.com/citations?user=fizcgdoaaaaj&hl=de&oi=sra.

Meyer, Uli (2020): Industrie 4.0 als sozio-technische Zukunftsvorstellung. Zur Bedeutung von organisationaler Sinnerzeugung und -stiftung. In: Sabine Maasen und Jan-Hendrik Passoth (Hg.): Soziologie des Digitalen - Digitale Soziologie?: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 349–378. Online verfügbar unter https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783845295008-349.pdf, zuletzt geprüft am 13.11.2024.

Meyer, Uli; Raible, Stefanie (2024): Digitalisierungsnarrative und alltägliche Praxis in der IT-Industrie. In: Digitalisierung und Arbeitsorganisation: Narrative, Praxis und Gestaltungsoptionen. JKU Linz. Linz, S. 44–62.

Michalowitz, Irina; Tálos, Emmerich (2007): Österreichs Interessenpolitik auf neuen Pfaden: zwischen Austrokorporatismus und Lobbying? In: *Österreichische Zeitung für Politikwissenschaft (ÖZP)* 4 (4), S. 369–388, zuletzt geprüft am 25.04.2025.

Müller, Moritz; Ruiner, Caroline (2022): Arbeitspolitische Akteure im Kampf um "Arbeit 4.0". Eine hegemonietheoretische Auseinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie. In: Janis Ewen, Sarah Nies und Martin Seeliger (Hg.): Sozialpartnerschaft im digitalisierten Kapitalismus. Hat der institutionalisierte Klassenkompromiss eine Zukunft? 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa (Arbeit - Organisation - Politik), S. 45–62.

Müller, Torsten; Vandaele, Kurt; Zwysen, Wouter (2024): Wages and collective bargaining: the Adequate Minimum Wages Directive as a game changer. In: Piasna, Agnieszka und

Theodorpoulou (Hg.): Benchmarking Working Europe 2024. The ongoing quest for Social Europe. Brussels: European Trade Union Institute, S. 87–113.

Müller-Jentsch (2017): Industrielle Beziehungen. Begriff und Gegenstandsbereich. In: Hartmut Hirsch-Kreinsen und Heiner Minssen (Hg.): Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie, 178-183. Unter Mitarbeit von Rainer Bohn. 2. Auflage. Baden-Baden: Nomos.

Müller-Jentsch, Walther (2009): Arbeit und Bürgerstatus. Studien zur sozialen und industriellen Demokratie. Wiesbaden: Springer Fachmedien (SpringerLink Bücher).

Müller-Jentsch, Walther (2021): Wirtschaftsordung und Sozialverfassung als mitbestimmte Institutionen. Studien zur sozialen und industriellen Demokratie II. Wiesbaden: Springer VS.

Nachtwey, Oliver; Staab, Philipp (2015): Die Avantgarde des digitalen Kapitalismus. In: *Mittelweg* 36, zuletzt geprüft am 15.10.2024.

Nachtwey, Oliver; Truffer, Johannes; Seidl, Timo (2023): Der solutionistische Geist des digitalen Kapitalismus. In: Tanja Carstensen, Simon Schaupp und Sebastian Sevignani (Hg.): Theorien des digitalen Kapitalismus. Arbeit und Ökonomie, Politik und Subjekt. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 2415), S. 458–476.

Nagl, Wolfgang; Titelbach, Gerlinde; Valkova, Katarina (2017): Digitalisierung der Arbeit: Substituierbarkeit von Berufen im Zuge der Automatisierung durch Industrie 4.0. Institut für höhere Studien (IHS). Wien, zuletzt geprüft am 13.11.2024.

Naisbitt, John (1984): Megatrends. 10 [ten] new directions transforming our lives. 1. paperback print. New York, NY: Warner Books (Warner books). Online verfügbar unter https://permalink.obvsg.at/AC02043304.

Neumayer, Christoph (2023): Humanistisch durch Innocation. In: Georg Krause (Hg.): Die Praxis des Digitalen Humanismus. Welchen Beitrag Unternehmen dazu leisten und wie sie davon profitieren können. Wiesbaden, Heidelberg: Springer Vieweg (ars digitalis), S. 45–56.

Niebler, Valentin; Kern, Annemarie (2020): Organising YouTube. Neue Formen der Organisierung von Plattform-Arbeiter_innen. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Globale Politik und Entwicklung (Gewerkschaften im Wandel 4.0).

Niehaus, Moritz; Katzan, Johannes (2020): Betriebsräte und Digitalisierung: Beispiele erfolgreicher Gestaltung und Begrenzung. In: *AIS-Studien* 13 (1), S. 40–53. DOI: 10.21241/ssoar.67656.

Nies, Sarah (2021): Eine Frage der Kontrolle? Betriebliche Strategien der Digitalisierung und die Autonomie von Beschäftigen in der Produktion. In: *Berlin J Soziol* 31 (3-4), S. 475–504. DOI: 10.1007/s11609-021-00452-8.

Nuss, Sabine; Butollo, Florian (2023): Einleitung der Herausgeber. 8-21. In: Florian Butollo und Sabine Nuss (Hg.): Marx und die Roboter. Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit. Berlin: Dietz Vlg Bln (Analyse).

OECD (2019): Negotiating Our Way Up. Collective bargainung in a changing world of work. Paris: OECD Publishing.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (2018): Faire Arbeit 4.0. ÖGB-Grundsatzprogramm 2018-2023. 19. ÖGB-Bundeskongress 2018. Hg. v. Österreichischer Gewerkschaftsbund. Wien.

Parr, Rolf (2017): Diskurs. In: Clemens Kammler, Rolf Parr, Ulrich Johannes Schneider und Elke Reinhardt-Becker (Hg.): Foucault-Handbuch. Leben -- Werk -- Wirkung. Sonderausgabe. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 274–277.

Passweg, Mirion (2019): Forschung, Technologie und Innovation: Der Erfolg hängt an den Beschäftigten. In: *A&W blog*, 2019. Online verfügbar unter https://awblog.at/forschung-technologie-innovation/, zuletzt geprüft am 14.09.2022.

Pernicka, Susanne (2022): Einleitung. In: Susanne Pernicka (Hg.): Sozialpartnerschaftliche Handlungsfelder: Kontinuitäten, Brüche und Perspektiven. Aktuelle Befunde. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 1–23.

Pernicka, Susanne; Stern, Sandra (2011): Von der Sozialpartnergewerkschaft zur Bewegungsorganisation? Mitgliedergewinnungsstrategien österreichischer Gewerkschaften. In: *Österreichische Zeitung für Politikwissenschaft (ÖZP)* 40 (4), 335-355, zuletzt geprüft am 14.10.2024.

Pfeiffer, Sabine (2017): Diskursmacht und technologischer Wandel. Auf dem Weg in einen digitalen Despotismus? In: *Geschlossene Gesellschaften-38. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*. 38, zuletzt geprüft am 11.10.2024.

Pfeiffer, Sabine (2018): Technisierung von Arbeit. In: Fritz Böhle, G. Günter Voß und Günther Wachtler (Hg.): Handbuch Arbeitssoziologie. Band 1: Arbeit, Strukturen und Prozesse. Unter Mitarbeit von Anna Hoffmann. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS (Handbuch), S. 321–358.

Pfeiffer, Sabine (2019a): Digitale Arbeitswelten und Arbeitsbeziehungen: What you see is what you get? In: *Industrielle Beziehungen* (2), S. 232–249.

Pfeiffer, Sabine (2019b): Digitale Transformation: Great, greater, tilt ...? In: Klaus Dörre, Hartmut Rosa, Karina Becker, Sophie Bose und Benjamin Seyd (Hg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 383–399.

Pfeiffer, Sabine (2023): Produktivkraft konkret. Vom schweren Start der Leichtbauroboter. In: Florian Butollo und Sabine Nuss (Hg.): Marx und die Roboter. Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit. Berlin: Dietz Vlg Bln (Analyse).

Pfeiffer, Sabine; Huchler, Norbert (2018): Industrie 4.0 konkret – vom Leitbild zur Praxis ? In: *WSI* 71 (3), S. 167–173. DOI: 10.5771/0342-300X-2018-3-167.

Pfeiffer, Sabine; Lee, Horan; Held, Maximilian (2019): Doing Industry 4.0 – participatory design on the shop floor in the view of engineering employees. In: *Cuad. Relac. Lab.* 37 (2), S. 293–311. DOI: 10.5209/crla.66039.

Ploss, Reinhard (2014): Industrie 4.0 – Chance für Europas Wirtschaft. In: *Elektrotech. Inftech.* 131 (7), S. 198. DOI: 10.1007/s00502-014-0225-x.

Polanyi, Karl (2021 [1944]): The great transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. 15. Auflage, erste Auflage 1978, Lizenzausgabe mit freundlicher Genehmigung des Europa Verlags Wien. Frankfurt: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 260).

Pretterhofer, Nicolas (2022): Von der digitalen Transformation zur demokratischen Transformation? Über unterschiedliche Verständnisse betrieblicher Partizipation im Digitalisierungsdiskurs. Paper zum Momentum Kongress 2022. Wien.

Raffetseder, Eva-Maria; Schaupp, Simon; Staab, Philipp (2017): Kybernetik und Kontrolle. In: *PROKLA* 47 (187), S. 229–248. DOI: 10.32387/prokla.v47i187.143.

Rego, Kerstin; Houben, Daniel; Brünning, Steffan; Schaupp, Simon; Meyer, Uli (2021): Mitbestimmungspraxis in der "Industrie 4.0": Möglichkeiten der Einflussnahme und Gestaltung für Betriebsräte. Hg. v. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf (Working Paper Forschungsförderung, 232).

Schadt, Peter (2020): Die Digitalisierung als Scheinsubjekt. In: *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 40 (158), S. 33–47. Online verfügbar unter https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/91863.

Schaupp, Simon (2021): Technopolitik von unten. Algorithmische Arbeitssteuerung und kybernetische Proletarisierung. Erste Auflage. Berlin: Matthes & Seitz Berlin (Batterien, neue Folge, 106). Online verfügbar unter https://www.deutschlandfunk.de/simon-schaupp-technopolitik-von-unten-100.html.

Schaupp, Simon (2022): Technokorporatismus 4.0 - Konsens und Konflikt bei der Aushandlung industrieller Digitalisierung. In: Janis Ewen, Sarah Nies und Martin Seeliger (Hg.): Sozialpartnerschaft im digitalisierten Kapitalismus. Hat der institutionalisierte Klassenkompromiss eine Zukunft? 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa (Arbeit - Organisation - Politik), S. 26–44, zuletzt geprüft am 27.02.2023.

Schaupp, Simon (2023): Was ist Technopolitik? Aushandlungsarenen in der digitalisierten Arbeitswelt. In: Tanja Carstensen, Simon Schaupp und Sebastian Sevignani (Hg.): Theorien des digitalen Kapitalismus. Arbeit und Ökonomie, Politik und Subjekt. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 2415), S. 326–343.

Schaupp, Simon (2024): Stoffwechselpolitik. Arbeit, Natur und die Zukunft des Planeten. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp. Sonderdruck).

Schief, Sebastian (2006): Kooperatismus unter Druck? Zum Einfluss der Erweiterung der Europäischen Union auf die industriellen Beziehungen der Mitgliedsländer. In: Ulrich Brinkmann (Hg.): Endspiel des Kooperativen Kapitalismus? Institutioneller Wandel unter den Bedingungen des marktzentrierten Paradigmas. Unter Mitarbeit von Paul Windolf. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, S. 181–196.

Schlogl, Lukas; Weiss, Elias; Prainsack, Barbara (2021): Constructing the 'Future of Work': An analysis of the policy discourse. In: *New Technol Work Employ* 36 (3), S. 307–326. DOI: 10.1111/ntwe.12202.

Schmalz, Stefan; Dörre, Klaus (2014): Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens. In: *Industrielle Beziehungen* 21 (3), S. 217–237.

Schmitter, Phillippe; Streeck, Wolfgang (1981): The organization of business interests. a research design to study the associative action of business in the advanced industrial societies of Western Europe. IIMV/Arbeitsmarktpoliti k - IIM/Labour Market Policy. Berlin (discussion papers). Online verfügbar unter https://pure.mpg.de/pubman/faces/viewitemoverviewpage.jsp?itemid=item_1235969.

Schneider, Pauline; Struck, Olaf (2024): Digitale Technik und schwindende Machtressourcen in der Transportlogistik 4.0. In: *WSI* 77 (1), S. 3–9. DOI: 10.5771/0342-300X-2024-1-3.

Schörpf, Philip; Astleithner, Franz; Schönauer, Annika; Flecker, Jörg (2020): Entwicklungstrends digitaler Arbeit II. Projektbericht im Auftrag der Arbeiterkammer Wien. Wien.

Schrack, Christian (2018): Berufsbildung 4.0 – Digitalisierung und Industrie 4.0 in der österreichischen Berufsbildung. In: *Elektrotech. Inftech.* 135 (1), S. 103–105.

Schreyer, Jasmin; Feist, Nelli (2024): Brüchige Solidarität in der Gig Economy: Zwischen Zusammenhalt und Individualismus. In: *AIS-Studien* 17 (1), S. 23–37, zuletzt geprüft am 12.10.2024.

Schroeder, Wolfgang (2016): Konfliktpartnerschaft - still alive. Veränderter Konfliktmodus in der verarbeitenden Industrie. In: *IndBez* 23 (3), S. 374–392, zuletzt geprüft am 27.11.2024.

Schulten, Thorsten; Behrens, Martin (2023): Neue Institutionen braucht das Land. In: *WSI* 76 (3), S. 211–220. DOI: 10.5771/0342-300X-2023-3-211.

Seidl, Timo (2023): Commodification and Disruption. In: *Weizenbaum Journal of the Digital Society* 3. DOI: 10.34669/WI.WJDS/3.1.2.

Sevignani, Sebastian; Schaupp, Simon; Carstensen, Tanja (2023): Einleitung: Basiskategorien und zukünftige Herausforderungen für eine Theorie des digitalen Kapitalismus. In: Tanja Carstensen, Simon Schaupp und Sebastian Sevignani (Hg.): Theorien des digitalen

Kapitalismus. Arbeit und Ökonomie, Politik und Subjekt. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 2415), S. 9–39.

Sommer, Bernd; Schad, Miriam (2023): Rechtspopulismus, das Klima und die Umwelt. In: *ÖW* 38 (O1), S. 19–21. DOI: 10.14512/OEWO380119.

Spindler, Eva (2020): Wie betriebliche Mitbestimmung sozioökonomische Reflexion in Zeiten digitaler Transformation bewahren kann. In: *zfwu Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 21 (3), S. 279–308. DOI: 10.5771/1439-880X-2020-3-279.

Staab, Philipp (2019): Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.

Staab, Philipp; Prediger, Lena J. (2019): Digitalisierung und Polarisierung: eine Literaturstudie zu den Auswirkungen des digitalen Wandels auf Sozialstruktur und Betriebe. Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW). Düsseldorf (FGW-Studie Digitalisierung von Arbeit, 19), zuletzt geprüft am 14.04.2025.

Stangl, Johannes (2022): Die Zwillingstransformation. Wie gelingt der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft mithilfe der Digitalisierung? Beitrag zum Momentum Kongress 2022, zuletzt geprüft am 22.11.2024.

Streeck, Wolfgang (2016): Vom Konflikt ohne Partnerschaft zur Partnerschaft ohne Konflikt: Industrielle Beziehungen in Deutschland. In: *Industrielle Beziehungen* 23 (1), S. 47–60, zuletzt geprüft am 19.11.2024.

Südekum, Jens (2018): Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit. Was ist am Arbeitsmarkt passiert und wie soll die Wirtschaftspolitik reagieren? Hg. v. IZA - Institute of Labor Economics. Bonn (IZA Standpunkte, 90). Online verfügbar unter https://docs.iza.org/sp90.pdf, zuletzt geprüft am 05.04.2025.

Tálos, Emmerich; Kittel, Bernhard (1996): Sozialpartnerschaft. Zur Konstituierung einer Grundsäule der zweitern Republik. In: Reinhard Sieder (Hg.): Österreich 1945 - 1995. Gesellschaft, Politik, Kultur. 2. Aufl. Wien: Verl. für Gesellschaftskritik (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, 60), S. 107–121.

Teiber, Barbara (2023): Mitbestimmung ist der Schlüssel für eine menschengerechte Digitalisierung der Arbeitswelt. Geschwindigkeit und Arbeitsdruck sind heutzutage enorm - Digitalisierung kann entlasten und eine gesunde Arbeitswelt ermöglichen. In: Georg Krause (Hg.): Die Praxis des Digitalen Humanismus. Welchen Beitrag Unternehmen dazu leisten und wie sie davon profitieren können. Wiesbaden, Heidelberg: Springer Vieweg (ars digitalis), S. 57–70.

Traue, Boris; Pfahl, Lisa; Schürmann, Lena (2022): Diskursanalyse. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 627–645.

Traxler, Franz (1999): Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände: Probleme der Verbandlichung und Interessensvereinheitlichung. In: Walther Müller-Jentsch (Hg.): Konfliktpartnerschaft. Akteure und Institutionen der industriellen Beziehungen. 3., überarb. und erw. Aufl. München, Mering: Hampp (Schriftenreihe industrielle Beziehungen, Bd. 1), S. 57–77.

Tullius, Knut; Wolf, Harald (2012): Legitimationsprobleme im System industrieller Beziehungen: Krise oder Revitalisierung des sozialpartnerschaftlichen Geistes? In: *Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management* 19 (4), S. 367–386, zuletzt geprüft am 06.04.2025.

Uhl, Karsten (2023): Eine lange Geschichte der "menschenleeren Fabrik". Automatisierungsvisionen und technologischer Wandel im 20. Jahrhundert. In: Florian Butollo und Sabine Nuss (Hg.): Marx und die Roboter. Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit. Berlin: Dietz Vlg Bln (Analyse), S. 74–91.

Urban, Hans Jürgen (2011): Statement: Neue öko-soziale Wirtschaftsdemokratie? Überlegungen zu einem gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprojekt. In: Ursula Birsl, Cornelius Schley und Petra Wilke (Hg.): Zukunft der Demokratie - Demokratie der Zukunft. Dokumentation der Tagung am 22. Januar 2011 in Hannover. Hannover: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen, S. 77–87.

Urban, Hans-Jürgen (2016): Arbeiten in der Wirtschaft 4.0. Über kapitalistische Rationalisierung und digitale Humanisierung. In: Lothar Schröder, Klaus Pickshaus, Hans-Jürgen Urban, Jürgen Reusch und Nadine Müller (Hg.): Digitale Arbeitswelt. Trends und Anforderungen. Frankfurt am Main: Bund-Verlag (Gute Arbeit, Ausgabe 2016), S. 21–45.

Urban, Hans-Jürgen (2022): Digitalisierung und die Verwilderung der Arbeitsbeziehungen. In: Janis Ewen, Sarah Nies und Martin Seeliger (Hg.): Sozialpartnerschaft im digitalisierten Kapitalismus. Hat der institutionalisierte Klassenkompromiss eine Zukunft? 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa (Arbeit - Organisation - Politik), S. 82–101.

van Dijk, Jan (2020): The digital divide. Cambridge, Medford: Wiley ((Keine Angabe)).

Vey, Judith (2015): Gegen-hegemoniale Perspektiven. Analyse linker Krisenproteste in Deutschland 2009/2010. Hamburg: VSA, zuletzt geprüft am 18.09.2023.

Wajcman, Judy (2023): Automatisierung: Ist es diesmal wirklich anders? In: Florian Butollo und Sabine Nuss (Hg.): Marx und die Roboter. Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit. Berlin: Dietz Vlg Bln (Analyse), S. 22–37.

Walker, Eva-Maria (2017): Subjektive Aneignungspraktiken digitaler Technologien und die zugrunde liegenden Gerechtigkeitsansprüche der Beschäftigten. In: *Arbeit* 26 (3-4), S. 315–342. DOI: 10.1515/arbeit-2017-0021.

Weber, Max (2014): Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie ; unvollendet ; 1919 - 1920. Tübingen: Mohr Siebeck; Mohr (Studienausgabe der Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. 23).

Wenckebach, Johanna (2023): Technik, Macht und Mitbestimmung. In: Martin Oppelt und Falko Blumenthal (Hg.): Digitalisierung von Gegenmacht. Gewerkschaftliche Konfliktfähigkeit und Arbeitskampf heute. Bielefeld: Transcript (Politik in der digitalen Gesellschaft, Band 5), S. 37–56.

Westerheide, Jule Elene (2022): Materialistischer Moralismus. Relationierungen ideeller Ansprüche und materieller Interessen am Beispiel von Entgeltkonflikten in der Sekretariatsarbeit. In: *Arbeits- und Industriesoziologische Studien* 15 (1), S. 54–69.

Widuckel, Werner (2020): Arbeit 4.0 und Transformation der Mitbestimmung. In: Verena Bader und Stephan Kaiser (Hg.): Arbeit in der Data Society. Zukunftsvisionen für Mitbestimmung und Personalmanagement. Unter Mitarbeit von Hubertus Heil. Wiesbaden, Heidelberg: Springer Gabler (Research), S. 17–34.

Wienzek, Tobias; Virgillito, Alfredo (2018): Leise Innovation, nicht radikaler Umbruch. Die Einführung einer Industrie-4.0-Lösung bei einem Möbelhersteller – ein Fallbeispiel. In: *WSI* 71 (3), S. 204–210. DOI: 10.5771/0342-300X-2018-3-204.

Wimmer, Bernd (2022): Reflexion und Interesse. Anmerkungen zur Aktualisierung des gewerkschaftspolitischen Interessenverständnis im digitalen Kapitalismus. In: Janis Ewen, Sarah Nies und Martin Seeliger (Hg.): Sozialpartnerschaft im digitalisierten Kapitalismus. Hat der institutionalisierte Klassenkompromiss eine Zukunft? 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa (Arbeit - Organisation - Politik), S. 280–303.

Wolf, Harald (2003): Partizipatives Management - was bleibt? Göttingen (Expertise für die Hans-Böckler-Stiftung), zuletzt geprüft am 06.12.2024.

Woodcock, Jamie (2023): Plattformarbeit. In: Tanja Carstensen, Simon Schaupp und Sebastian Sevignani (Hg.): Theorien des digitalen Kapitalismus. Arbeit und Ökonomie, Politik und Subjekt. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 2415), S. 85–101.

10 Tabellenanhang

Tabelle 1: Analysierte Ausgaben „Glück auf!“

Code	Jahrgang	Ausgabe
GA1_15	2015	1
GA2_15	2015	5
GA3_16	2016	1
GA4_16	2016	3
GA5_16	2016	4
GA6_16	2016	5
GA7_17	2017	1
GA8_18	2018	1
GA9_19	2019	3
GA10_19	2019	4
GA11_21	2021	4
GA12_22	2022	3
GA13_23	2023	1
GA14_24	2024	1
GA15_24	2024	2
GA16_24	2024	3
GA17_24	2024	4

Tabelle 2: Analysierte Ausgaben „Solidarität“

Code	Jahr	Ausgabe
S1_15	2015	963
S2_18	2018	976
S3_19	2019	984

Tabelle 3: Analysierte Ausgaben „Kompetenz“

Code	Jahrgang	Ausgabe
K1_15	2015	6
K2_16	2016	Sonderausgabe Digitalisierung

Tabelle 4: Analysierte OTS-Presseaussendungen[19]

Code	Link
PI1_15	https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150717_OTS0028/3-sozialpolitische-almgespraeche-veraenderte-arbeitswelten
PI2_15	https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20151006_OTS0007/bad-ischler-dialog-den-digitalen-wandel-gestalten
PI3_16	https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160216_OTS0041/menschengerechte-arbeit-40
PI4_16	https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160614_OTS0131/gewerkschaft-pro-ge-fuer-wertschoepfungsbeitrag-und-arbeitszeitverkuerzung
PI5_17	https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170801_OTS0030/oegb-achitz-politik-muss-weg-der-investitionen-in-den-arbeitsmarkt-weitergehen
PI6_18	https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180328_OTS0082/faire-arbeit-40-der-fortschritt-muss-der-gesamten-gesellschaft-zugutekommen
PI7_18	https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180613_OTS0199/was-arbeitnehmerinnen-brauchen-gute-arbeit-gute-einkommen-demokratie-und-mitbestimmung
PI8_24	https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241018_OTS0088/metaller-kv-loehne-und-gehaelter-steigen-um-48-prozent

[19] Alle Links zuletzt abgerufen am 25.04.2024